



KIRCHE IN NOT

ACN DEUTSCHLAND

PÄPSTLICHE
STIFTUNG



Religionsfreiheit weltweit

Bericht 2021
Zusammenfassung der Ergebnisse

... damit der Glaube lebt!

Ein Bericht von KIRCHE IN NOT – Aid to the Church in Need, einer päpstlichen Stiftung der katholischen Kirche.

IN MEMORIAM Berthold Pelster, Mitglied des Redaktionsausschusses († 14. Februar 2021)

Der Bericht von 2021 ist die 15. Ausgabe des „Berichts zur Religionsfreiheit weltweit“ von KIRCHE IN NOT, der alle zwei Jahre erstellt wird. Er wird auf Englisch, Französisch, Deutsch, Italienisch, Portugiesisch und Spanisch veröffentlicht.

Chefredakteurin und Redaktionsleitung: Marcela Szymanski

Vorsitzender des Redaktionsausschusses: Mark von Riedemann

Assistenz der Chefredaktion: Irmina Nockiewicz, Ellen Fantini

Redaktionsassistent: Pierre Rossi, Ravi Jay Gunnoo, Bartholomew Townsend

Produktionsmanagement (Print und Internet): Irmina Nockiewicz

Redaktionsausschuss: Carla Diez de Rivera, John Pontifex, Berthold Pelster, Maria Lozano (nicht stimmberechtigtes Mitglied), Irmina Nockiewicz (nicht stimmberechtigtes Mitglied)

Regionale Redakteure u. a.: Miriam Diez-Bosch, Paulina Eyzaguirre, Ellen Fantini, Oliver Maksan, Oscar Mateos

Autoren und Mitwirkende u. a.: Steven Axisa, Heiner Bielefeldt, Miriam Diez-Bosch, Paulina Eyzaguirre, Ivan Cigic, Andrew Bennett, Willy Fautré, Conn McNally, Ellen Fantini, Anna Lichtenberg, Maria Lozano, Oliver Maksan, Oscar Mateos, Piotr Mazurkiewicz, Johannes Mehlitz, John Newton, Irmina Nockiewicz, Marta Petrosillo, F. Borba Ribeiro Neto, José Carlos Rodríguez Soto, Benedict Rogers, Chiara Verna, Mark von Riedemann.

Übersetzung: Ravi Jay Gunnoo, Philippe Joas, Mercedes Lucini, Shahid Mobeen, Pierre Rossi, Sofia Sondergaard, Team wort-wahl, André Stiefenhofer

Cover Design: Joao Sotomayor (Lissabon)

Design: Grafos (Brüssel), Michał Banach (Warschau)

Umsetzung der deutschen Version: GEIGER GRAFIK-DESIGN (München)

Verwendung von Inhalten: Für Fotografien sind die Quellen einzeln zu prüfen. Wenn nicht anders ausgewiesen, können alle Inhalte unter Angabe der Quelle zitiert werden. Die Quellenangabe ist: "Religious Freedom in the World 2021", Aid to the Church in Need International, April 2021. <https://acninternational.org/religiousfreedomreport>

Presseanfragen: Bitte schreiben Sie an: presse@kirche-in-not.de.

Haftungsausschluss

Bei der Erstellung des „Berichts zur Religionsfreiheit weltweit“ wurden alle Anstrengungen zur Einhaltung höchstmöglicher redaktioneller Standards unternommen. Eine unabhängige Prüfung ausnahmslos aller hierin enthaltenen Informationen ist KIRCHE IN NOT (ACN) jedoch nicht möglich. Der Bericht stützt sich auf mehrere Quellen. Hierzu zählen Fallstudien, die sich mit der Art und Schwere von Verletzungen der Religionsfreiheit beschäftigen. Es sollte darauf geachtet werden, dass den dargelegten Fällen keine übermäßige Bedeutung beigemessen wird; diese werden vor allem als Beispiele für die Situation der Religionsfreiheit ausgewählt. In vielen Fällen ließen sich auch andere Beispiele anführen. Geäußerte Ansichten oder Meinungen spiegeln nicht zwingend die Ansichten von KIRCHE IN NOT (ACN) wider. Vielmehr handelt es sich um individuelle Meinungen der an der Berichterstellung mitwirkenden Personen.

Wenn nicht anders vermerkt, stammen alle Daten zu Ländern, Religionsstatistiken und BIP pro Kopf (kaufkraftbereinigt, um Vergleiche zwischen den Ländern zu ermöglichen) aus den aktuell verfügbaren Daten von: Todd M. Johnson and Brian J. Grim, eds. World Religion Database (Leiden/Boston: Brill, 2020) www.worldreligiondatabase.org. Die Gini-Index-Zahlen sind auf www.databank.worldbank.org verfügbar. Der Gini-Koeffizient beschreibt die Ungleichverteilung von Einkommen und Konsum; ein Gini-Koeffizient von 0 repräsentiert perfekte Gleichheit; ein Koeffizient von 100 repräsentiert maximale Ungleichverteilung.

Einführung

von **Dr. Thomas Heine-Geldern**,
Geschäftsführender Präsident von KIRCHE IN NOT (ACN) International

„In einer Welt, in der verschiedene Formen moderner Tyrannei versuchen, die Religionsfreiheit zu unterdrücken oder sie auf eine Subkultur ohne Mitsprache- und Stimmrecht in der Öffentlichkeit herabzusetzen oder die Religion als Vorwand für Hass und Brutalität zu gebrauchen, ist es notwendig, dass die Anhänger der verschiedenen religiösen Traditionen ihre Stimmen vereinen, um Frieden, Toleranz sowie die Achtung der Würde und der Rechte der anderen zu fordern.“¹

Papst Franziskus

Am 28. Mai 2019 verabschiedete die UN-Generalversammlung eine Resolution, die den 22. August zum Internationalen Tag des Gedenkens an die Opfer von Gewalthandlungen aufgrund der Religion oder des Glaubens erklärte. Der Vorschlag war von Polen eingebracht und von den Vereinigten Staaten, Kanada, Brasilien, Ägypten, Irak, Jordanien, Nigeria und Pakistan unterstützt worden. Mit der Resolution gingen eine klare Botschaft und ein Mandat (und künftig jeden 22. August eine Erinnerung daran) einher: Die Vereinten Nationen, ihre Mitgliedsstaaten und die Zivilgesellschaft können und werden Gewalt aus Gründen der Religion nicht tolerieren.

Neben der UN-Resolution vom 28. Mai 2019 und dem „Globalen Aufruf zum Schutz der Religionsfreiheit“ vom 23. September 2019 – die erste UN-Veranstaltung zur Religionsfreiheit, die von einem US-Präsidenten ausgerichtet wurde – gab es eine Reihe weiterer Initiativen auf staatlicher Ebene. Dazu zählen die von den USA initiierte Internationale Allianz für Religionsfreiheit, die Einrichtung eines Staatssekretariats für Christenverfolgung in Ungarn und – vielleicht am bemerkenswertesten – eine wachsende Zahl von Ländern, in denen das Amt eines Botschafters für Religions- und Glaubensfreiheit eingerichtet oder reaktiviert wurde, z. B. in Dänemark, den Niederlanden, den USA, Norwegen, Finnland, Polen, Deutschland und in Großbritannien.

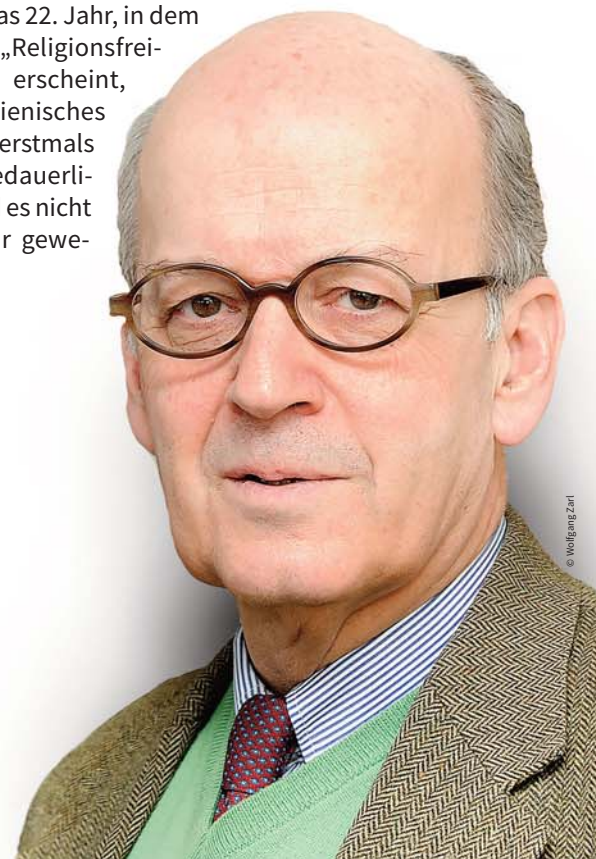
Ein Bemühen um den Schutz derjenigen, die aufgrund ihrer Religion Gewalt erfahren, impliziert auch eine Anerkennung der Religionsfreiheit als grundlegendes Menschenrecht sowie eine Akzeptanz der soziologischen Realität der Religion in der Gesellschaft und ihrer positiven Rolle in den Kulturen. Wie Papst Benedikt XVI. einmal im Zusammenhang mit christenfeindlicher Gewalt im Irak anmerkte: „Das Recht auf Religionsfreiheit ist in der Würde des Menschen selbst verankert, dessen transzendente Natur nicht ignoriert oder vernachlässigt werden darf.“²

Bedauerlicherweise ist die Reaktion der internationalen Gemeinschaft auf Gewalt aus Gründen der Religion und religiöse Verfolgung im Allgemeinen trotz der – obgleich wichtigen – Erklärungen der Vereinten Nationen und der Einrichtung von Botschafterstellen für die Religionsfreiheit

bislang als „zu wenig und zu spät“ einzustufen. Obwohl es unmöglich ist, genaue Zahlen zu ermitteln, deuten unsere Recherchen darauf hin, dass zwei Drittel der Weltbevölkerung in Ländern leben, in denen Verletzungen der Religionsfreiheit in der einen oder anderen Form auftreten, wobei Christen die am meisten verfolgte Gemeinschaft sind. Überrascht uns dies? Nein, denn es handelt sich um eine Entwicklung, die sich im Laufe der Jahrhunderte von den Wurzeln der Intoleranz über die Diskriminierung bis hin zur Verfolgung ausgewachsen hat.

Der Bericht „Religionsfreiheit weltweit“ ist das wichtigste Forschungsprojekt von KIRCHE IN NOT (ACN) und hat sich im Laufe der Jahre erheblich weiterentwickelt – von einer kleinen Broschüre zu einer rund 800 Seiten starken Publikation, die von einem weltweiten Team erstellt wird. Diese Entwicklung ist der Tatsache geschuldet, dass Diskriminierung und Verfolgung aufgrund religiöser Überzeugungen heutzutage wachsende globale Phänomene sind. Inmitten der gewalttätigen Konflikte – sei es in Syrien, im Jemen, in Nigeria, in der Zentralafrikanischen Republik oder in Mosambik, um nur einige Beispiele zu nennen – gibt es diejenigen, die im Schatten agieren und Religion für ihr Streben nach Macht instrumentalisieren, indem sie die tiefsten Überzeugungen der Menschheit manipulieren.

Unser Engagement für dieses Thema spiegelt unseren Auftrag wider. So ist dieser Bericht nicht nur ein Mittel, mit dem wir unseren Dienst an der leidenden Kirche besser zu erfüllen hoffen, sondern er dient auch dazu, unseren Projektpartnern eine Stimme zu geben – jenen, die auf tragische Weise die Konsequenzen der Verfolgung zu spüren bekommen. Dies ist das 22. Jahr, in dem unser Bericht „Religionsfreiheit weltweit“ erscheint, seit unser italienisches Büro ihn 1999 erstmals herausgab. Bedauerlicherweise wird es nicht das letzte Jahr gewesen sein.



Inhalt

Vorwort von Emmanuel Youssaf, Direktor der Nationalen Kommission für Gerechtigkeit und Frieden in Pakistan	3
Die wichtigsten Ergebnisse	4
Globale Analyse	8
Regionale Analyse	
Ost- und Westafrika	15
Festland-Asien	20
Maritimes Asien	24
Nahe Osten und Nordafrika	28
OSZE-Staaten	33
Lateinamerika und Karibik	38
Hintergrundinformationen	
„Ein kostbares Gut“: Das Recht auf Religions- oder Weltanschauungsfreiheit	6
Afrika: Transnationaler Dschihadismus bedroht einen Kontinent	12
Ein Fenster zur Seele: China bedroht die Religionsfreiheit	22
Ethnoreligiöser Nationalismus: Manipulation des Strebens nach gemeinsamer Identität	26
Gibt es den einen Islam? Faktensammlung zu den Zweigen des Islam	31
„Höfliche Verfolgung“: Verfolgung getarnt als Fortschritt	36
Covid-19: Auswirkungen auf die Religionsfreiheit weltweit	42
Fallstudien	
Nigeria: Massenentführung von Schulkindern	14
Mosambik: Gewalt gerät außer Kontrolle	18
Pakistan: Sexuelle Gewalt und Zwangskonversion	32
Chile: Kirchen in Flammen	41
Globale Entwicklung der Religionsfreiheit	44
Karte	46
Infografiken	48
Quellen	49

Vorwort

von **Emmanuel Yousaf,**

Direktor der Nationalen Kommission für Gerechtigkeit und Frieden in Pakistan

Als Priester in Pakistan habe ich über 45 Jahre im Namen unserer Gemeinschaft gekämpft – in einem Kontext der Verfolgung und Diskriminierung.

Wenn Christen, die auf den Feldern und in den Ziegelbrennereien arbeiten, nicht den Anteil an Weizen oder Reis erhielten, der ihnen zustand, bin ich an die Grund- und Brennofenbesitzer herantreten und habe sie gebeten, gerechte Löhne zu zahlen und der Ungerechtigkeit ein Ende zu setzen. Als ich entdeckte, dass Jungen und Mädchen in meiner Gemeinde nicht die Bildung erhielten, die ihnen zustand, habe ich Schulen und Herbergen eröffnet. Ich habe in ländlichen Gemeinden gearbeitet, in denen Christen wegen ihres Glaubens nicht respektiert und aus Geschäften, Restaurants und Cafés verbannt wurden; an solchen Orten durften unsere Gläubigen keine Gläser oder andere Essutensilien anfassen, die von der Mehrheitsgemeinschaft benutzt wurden. Und wir haben Mädchen aus religiösen Minderheiten unterstützt, die besonders gefährdet sind: Sie werden als Kinder entführt und trotz ihrer Minderjährigkeit zur Konversion und Heirat gezwungen – und sind auch Opfer von Vergewaltigungen und anderen Misshandlungen. Die Notlage dieser Mädchen zeigt auf, dass das Leben für religiöse Minderheiten in Pakistan immer problematischer wird.

Und obwohl es einige Verbesserungen gegeben hat, nutzen Extremisten die Änderungen der Blasphemiegesetze aus den 1980er-Jahren aus und missbrauchen sie, um religiöse Minderheiten zu terrorisieren. Die betroffenen armen und marginalisierten Familien leben mit der Angst, der Blasphemie bezichtigt zu werden, die als Verbrechen gilt und mit Hinrichtung oder lebenslanger Haft bestraft wird. Ich habe an vielen Fällen mitgewirkt, nicht zuletzt an dem von Asia Bibi, die fast ein Jahrzehnt in der Todeszelle saß, bevor sich endlich die Gerechtigkeit durchsetzte.

Der Fall von Salamat Masih und seinen beiden Onkeln wird mir immer im Gedächtnis bleiben. Salamat wurde beschuldigt, blasphemische Bemerkungen über den islamischen Propheten Mohammed (Friede sei mit ihm) geschrieben zu haben. Seine beiden Onkel wurden ebenfalls angeklagt. Es spielte keine Rolle, dass Salamat gerade mal zwölf Jahre alt und Analphabet war; es spielte keine Rolle, dass es sich bei den besagten beleidigenden Parolen um Kalligrafie handelte und eine religiöse Sprache verwendet wurde, die normalerweise nur muslimische Geistliche gebrauchen – die drei wurden trotzdem angeklagt. Doch noch bevor weitere Schritte erfolgen konnten, schossen drei Männer mit automatischen Gewehren auf Salamat und seine Onkel. Dabei wurde Manzoor Masih tödlich verletzt; Rehmat Masih und Salamat selbst trugen schwere Verletzungen davon, überlebten aber durch Gottes Gnade.

Aber es sollte noch schlimmer kommen: Salamat und sein überlebender Onkel wurden zum Tode verurteilt. Ich arbeitete unablässig mit dem Anwalt der Familie auf eine Aufhebung des Urteils hin. Schließlich hatten wir Erfolg. Betrüblerweise wurde auch der Richter, der den Freispruch verkündete, kaltblütig von Extremisten ermordet. In den Jahrzehnten, die seither vergangen sind, haben wir hart daran gearbeitet, um Salamat, seinem überlebenden Onkel, seinen Verwandten und 40 weiteren Familien (die in der Nacht, als die ersten Anschuldigungen erhoben wurden, aus ihrem Dorf geflohen waren) zu helfen, ihr Leben wieder aufzubauen. Ich bin KIRCHE IN NOT (ACN) dankbar für die Hilfe für Familien, die in Bedrängnis sind, und für die Unterstützung unserer Fürsprache für die zu Unrecht Beschuldigten.

Ich bin KIRCHE IN NOT (ACN) außerdem dankbar für die Arbeit auf dem Gebiet der Religionsfreiheit. In der Tat könnte dieser Bericht „Religionsfreiheit weltweit“ kaum zeitgemäßer sein: Je mehr die Welt über religiös motivierten Hass und ebensolche Fahrlässigkeit weiß, desto eher wird sie in der Lage sein, etwas dagegen zu unternehmen. In dieser komplexen und leidenden Welt ist eine klare und umfassende Berichterstattung – ergänzt durch aufschlussreiche und ausgewogene Analysen – der beste Schutz vor unüberlegten Reaktionen und unwirksamen Tugendbekundungen. Dies ist es, was der Bericht von KIRCHE IN NOT (ACN) bieten möchte: Er spürt Fällen von Verstößen gegen die Religionsfreiheit nach, wenn die Fernsehkameras verschwunden sind und die Geschichte weitergeht. Dem Hilfswerk gebührt Lob für seine energische Verteidigung der Religionsfreiheit – ein grundlegendes Menschenrecht, das heute nicht weniger wichtig ist als in der Vergangenheit.



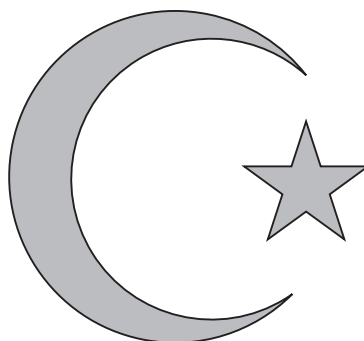
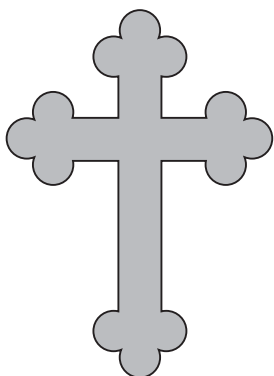
Die wichtigsten Ergebnisse

Verstöße gegen die Religionsfreiheit sind in nahezu einem Drittel der Länder der Erde (31,6 %), in denen wiederum zwei Drittel der Weltbevölkerung leben, an der Tagesordnung. In 62 von insgesamt 196 Ländern wird die Religionsfreiheit schwerwiegend verletzt. In diesen Ländern leben fast 5,2 Mrd. Menschen, denn zu den schlimmsten Rechtsverletzern gehören einige der bevölkerungsreichsten Staaten der Erde (China, Indien, Pakistan, Bangladesch und Nigeria). Hinweise zur Klassifizierung:

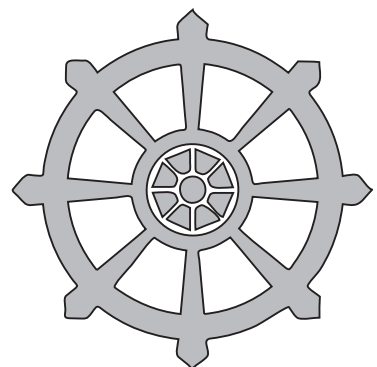
- a) **Die Kategorie „Rot“** weist auf Verfolgung hin; sie umfasst 26 Länder, in denen 3,9 Mrd. Menschen leben – etwas mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung (51 %). Darunter sind zwölf afrikanische Staaten sowie mit China und Myanmar (Birma) zwei Länder, gegen die wegen möglichen Völkermordes ermittelt wird.
- b) **Die Kategorie „Orange“** weist auf Diskriminierung hin; sie umfasst 36 Länder, in denen 1,24 Mrd. Menschen leben. In neun dieser Länder konnten leichte Verbesserungen der Situation festgestellt werden, in 20 Ländern allerdings eine Verschlechterung.
- c) **Als „unter Beobachtung“** klassifiziert sind Länder, in denen neu auftretende Faktoren beobachtet wurden, die das Potenzial haben, einen grundlegenden Zusammenbruch der Religionsfreiheit zu verursachen. In den Karten der Regionalen Analyse sind sie mit dem Symbol einer Lupe gekennzeichnet.
- d) **In allen zuvor genannten Kategorien tritt Hasskriminalität auf** (vorurteilsgeleitete Angriffe auf religiöse Menschen bzw. religiöses Eigentum).
- e) **Alle übrigen Länder** wurden nicht klassifiziert, was aber nicht unbedingt bedeutet, dass dort im Hinblick auf das Grundrecht der Religionsfreiheit ideale Bedingungen herrschen.

In den Hauptkategorien hat das Ausmaß an Verfolgung und Unterdrückung im Berichtszeitraum deutlich zugenommen.

1. **Transnationale dschihadistische Netzwerke, die sich über den Äquator ausdehnen, streben die Errichtung transkontinentaler „Kalifate“ an.** Der sogenannte Islamische Staat (IS) und Al Kaida schließen sich – mit ideologischer und materieller Unterstützung aus dem Nahen Osten – mit einheimischen bewaffneten Milizen zusammen und treiben deren Radikalisierung voran, um entlang des Äquators „Provinzen des Kalifats“ zu errichten; ein Halbmond dschihadistischer Gewalt erstreckt sich mittlerweile in Subsahara-Afrika von Mali bis Mosambik und weiter über die Komoren im Indischen Ozean bis hin zu den Philippinen im Südchinesischen Meer.
2. **Ein global expandierendes „Cyber-Kalifat“ ist nunmehr ein gängiges Instrument der Online-Rekrutierung und Radikalisierung im Westen.** Islamistische Terroristen nutzen ausgefeilte digitale Technologien, um zu rekrutieren, zu radikalieren und Anschläge zu verüben. Terrorismusbekämpfungsstellen ist es zwar bisher nicht gelungen, die Online-Kommunikation der Terroristen auszuschalten, doch konnten sie Attentate in mehreren westlichen Ländern vereiteln.
3. **Religiöse Minderheiten werden für die Covid-19-Pandemie verantwortlich gemacht.** Bereits bestehende gesellschaftliche Vorurteile gegenüber religiösen Minderheiten in Ländern wie China, Niger, der Türkei, Ägypten und Pakistan führten während der Covid-19-Pandemie zu verstärkter Diskriminierung, die sich z. B. in der Verweigerung des Zugangs zu Lebensmitteln und medizinischer Versorgung äußerte.



4. **Verschärfung religiöser Verfolgung durch autoritäre Regierungen und fundamentalistische Gruppen.** In einigen asiatischen Ländern mit überwiegend hinduistischer oder buddhistischer Bevölkerung haben mehrheitsgesellschaftliche Grundströmungen eines religiösen Nationalismus – manipuliert von Regierungen und religiösen Oberhäuptern, die sich entsprechend vereinnahmen lassen – dazu geführt, dass sich eine ethnoreligiöse Vorherrschaft etabliert hat. Dadurch werden Angehörige religiöser Minderheiten zunehmend unterdrückt und de facto zu Bürgern zweiter Klasse degradiert.
5. **Sexuelle Gewalt wird als Waffe gegen religiöse Minderheiten eingesetzt.** In immer mehr Ländern sind Verbrechen gegen Mädchen und Frauen zu verzeichnen, die entführt, vergewaltigt und durch Zwangskonversion zum Glaubenswechsel gezwungen werden. Angesichts der wachsenden Zahl derartiger Rechtsverletzungen, die häufig straffrei begangen werden, mehren sich Hinweise, dass es sich um eine fundamentalistische Strategie handeln könnte, mit der letzten Endes das „Verschwinden“ bestimmter Religionsgemeinschaften beschleunigt werden soll.
6. **Repressive Überwachungstechnologien nehmen zunehmend Glaubensgemeinschaften ins Visier.** In China sorgen 626 Mio. auf künstliche-Intelligenz-gestützte Überwachungskameras und Smartphone-Scanner an wichtigen Fußgängerkontrollpunkten, die mit Analyseplattformen verbunden und an ein integriertes Sozialkreditsystem gekoppelt sind, dafür, dass religiöse Oberhäupter und Gläubige sich an die Verordnungen der Kommunistischen Partei halten.
7. **30,4 Mio. Muslime in China und Myanmar (darunter Uiguren und Rohingya) sind schwerwiegender Verfolgung ausgesetzt.** Die internationale Gemeinschaft hat gerade erst damit begonnen, das Völkerrecht anzuwenden, um dieser Entwicklung Einhalt zu gebieten.
8. **Im Westen werden Instrumente, mit denen sich Radikalisierung vorbeugen lässt, über Bord geworfen.** Obwohl Regierungen anerkennen, dass die Behandlung der Weltreligionen in der Schule Radikalisierungstendenzen verringert und das interreligiöse Verständnis bei Jugendlichen fördert, schaffen immer mehr Länder den Religionsunterricht ab.
9. **Höfliche Verfolgung.** Dieser Begriff spiegelt den Siegeszug neuer „Rechte“ bzw. kultureller Normen wider, die darauf abzielen, die Religionen „zum Schweigen zu bringen und auf die Verborgenheit des Gewissens jedes Einzelnen zu beschränken oder sie ins Randdasein des geschlossenen, eingefriedeten Raums der Kirchen, Synagogen oder Moscheen zu verbannen“, wie Papst Franziskus es ausgedrückt hat. Diese neuen – gesetzlich verankerten – Normen führen dazu, dass die Rechte des Einzelnen auf Gewissens- und Religionsfreiheit in einen tiefen Konflikt mit der Verpflichtung zur Einhaltung dieser Gesetze geraten.
10. **Interreligiöser Dialog – neue Impulse aus dem Vatikan.** Papst Franziskus hat zusammen mit Ahmad al-Tayyib, Großimam von al-Azhar und Oberhaupt der sunnitisch-muslimischen Welt, eine Erklärung über die „Brüderlichkeit aller Menschen für ein friedliches Zusammenleben in der Welt“ unterzeichnet; er hat als erster Papst überhaupt eine katholische Messe auf der Arabischen Halbinsel gefeiert; und gegen Ende des Berichtszeitraums sollte er den Irak besuchen (sein erster Besuch in einem Land mit schiitischer Mehrheit), um den interreligiösen Dialog zu vertiefen.



„Ein kostbares Gut“: Das Recht auf Religions- oder Weltanschauungsfreiheit

von Prof. Dr. Heiner Bielefeldt

Die Religions- oder Weltanschauungsfreiheit ist ein „kostbares Gut“. Diese Umschreibung, die erstmals im historischen Kokkinakis-Fall (1993)³ auftauchte, ist zu einem Standardzitat in der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) geworden. Damit stellt der Gerichtshof heraus, dass die Religionsfreiheit – abgesehen von ihrer offensichtlichen Bedeutung für die Anhänger der verschiedenen Religionen – für die Gestaltung eines respektvollen Zusammenlebens in einer modernen Demokratie unverzichtbar ist. Sie ist weder Luxus noch Privileg. Die Religions- oder Weltanschauungsfreiheit ist, in den Worten des EGMR, „eine der Grundlagen einer demokratischen Gesellschaft“.⁴

Ungeachtet dieser eindeutigen Würdigung durch den EGMR ist die Religions- oder Weltanschauungsfreiheit allerdings erneut zu einem umstrittenen Thema geworden, nicht zuletzt in Europa. In den vergangenen Jahren sind neue Fragen aufgekommen. Während einige davon Aspekte der bestmöglichen praktischen Umsetzung dieses Menschenrechts betreffen, deuten andere Fragen auf eine gewisse Skepsis hinsichtlich der anhaltenden Relevanz der Religions- oder Weltanschauungsfreiheit in einer modernen säkularen Gesellschaft hin. Privilegiert die Religions- oder Weltanschauungsfreiheit bestimmte religiöse Weltanschauungen? Welchen Umfang hat sie, und wo stößt sie an Grenzen? Brauchen wir tatsächlich ein Menschenrecht, das sich speziell mit Fragen der Religion bzw. Weltanschauung befasst? Würde es nicht genügen, jedem Menschen die Freiheit zu garantieren, seine diversen Meinungen, Standpunkte und Überzeugungen (auch religiöser Natur) zu äußern? Wie ist das Verhältnis zu anderen Menschenrechten? Welche Rolle spielt die Religions- oder Weltanschauungsfreiheit innerhalb einer breiter gefassten Antidiskriminierungsagenda? Dies sind weitreichende Fragen.

Die Religions- oder Weltanschauungsfreiheit genießt den erhabenen Status eines unveräußerlichen Menschenrechts. So ist sie nicht nur in internationalen und regionalen Menschenrechtsinstrumenten verankert, sondern es fließen auch alle Prinzipien ein, die zusammen den Menschenrechtsansatz definieren: Universalismus, Freiheit und Gleichheit. Das Hauptanliegen der Menschenrechte besteht darin, die Achtung der Würde eines jeden Menschen zu institutionalisieren. Entgegen einem weitverbreiteten Missverständnis sollte betont werden, dass die Religions- oder Weltanschauungsfreiheit nicht Religionen oder Glaubenssysteme an sich schützt; auch ist sie keine direkte „Verlängerung“ religiöser Ansichten oder Werte in den Rahmen der Menschenrechte hinein. Stattdessen schützt die Religions-

oder Weltanschauungsfreiheit qua ihrer Natur als Menschenrecht Menschen vor allen Formen von Zwang, Einschüchterung und Diskriminierung im weiten Bereich religiöser oder glaubensbezogener Überzeugungen und Praktiken. Dementsprechend sind die Rechtsträger Menschen – als Individuen und in Gemeinschaft mit anderen. Diese konsequente Ausrichtung auf den Menschen und seine Würde, Freiheit und Gleichheit ist der gemeinsame Nenner, der die Religions- oder Weltanschauungsfreiheit mit allen anderen Menschenrechten verbindet.

Zugleich kommt der Religions- oder Weltanschauungsfreiheit innerhalb des breiteren Geflechts der Menschenrechte eine einzigartige Rolle zu. Sie steht für eine entscheidende Dimension unseres Menschseins – nämlich die Tatsache, dass wir Menschen identitätsstiftende, tiefe Überzeugungen annehmen und pflegen können, die alle Aspekte unseres Lebens durchdringen können, im privaten genauso wie im öffentlichen Bereich. Um es mit den Worten der UN-Erklärung über die Beseitigung aller Formen von Intoleranz aus dem Jahr 1981 auszudrücken, geht es um die Anerkennung, „dass die Religion oder Überzeugung für jeden, der sich dazu bekennt, einen grundlegenden Bestandteil seiner Weltanschauung darstellt“. Obwohl sie sich zum Teil mit der Meinungsfreiheit und dem Recht auf freie Meinungsäußerung überschneidet, hat die Religions- oder Weltanschauungsfreiheit also einen eigenständigen Anwendungsbereich. Dies macht sie zu einem unverzichtbaren Menschenrecht und rechtfertigt eine kritische Verteidigung gegen zeitgenössische Tendenzen der Marginalisierung und Trivialisierung. Darüber hinaus deckt die Religions- oder Weltanschauungsfreiheit eine Vielzahl praktischer Ausprägungen der existenziellen Überzeugungen von Menschen ab, wie z. B. die Freiheit, gemeinsam mit anderen zu beten; die eigene religiöse Identität sichtbar zu machen; religiöse Regeln zu befolgen; die eigenen Kinder im Einklang mit den eigenen Überzeugungen zu erziehen; eine Infrastruktur aufzubauen, die von Kindergärten bis zu Friedhöfen reicht u. v. a. m. Ohne eine Würdigung der besonderen Rolle der Religions- oder Weltanschauungsfreiheit würden die Menschenrechte der *conditio humana* nicht gerecht – ja, sie wären sogar nicht mehr in vollem Umfang human.

Die Tatsache, dass die verschiedenen Menschenrechte demselben allgemeinen Zweck dienen – nämlich dem Schutz der Würde aller Menschen –, schließt gelegentliche Konflikte nicht aus. Der Umgang mit Spannungen, die zwischen verschiedenen Menschenrechtsanliegen entstehen mögen, ist eigentlich ein normaler Bestandteil der Menschenrechtspraxis. Es wäre daher ein gravierendes Missverständnis, wenn

man die Religionsfreiheit als Hindernis für umfassendere Menschenrechtsanliegen (beispielsweise im Bereich der Nichtdiskriminierung) betrachtete. Die Religions- oder Weltanschauungsfreiheit ist nicht nur für ein adäquates Verständnis der Menschenrechte im Allgemeinen unverzichtbar; sie trägt auch zu einem angemessen komplexen Verständnis der Bemühungen zur Bekämpfung von Diskriminierung bei. Mag sie auch zuweilen ein Element der „Verkomplizierung“ hinzufügen, so liegt das vor allem daran, dass der Mensch tatsächlich ein „kompliziertes“ Wesen ist. In unserer Eigenschaft als Menschen sind vielfältige Bedürfnisse, Wünsche, Verletzbarkeiten, Identitäten und Gestaltungsmöglichkeiten charakteristisch für uns. Die Möglichkeit, existenzielle Überzeugungen zu hegen, die unser Innerstes durchdringen und unsere Wahrnehmungen und Prioritäten prägen, gehört zu dem, was uns zum Menschen macht. Genauso wie die Menschenrechte ohne Religionsfreiheit unvorstellbar wären, wären Antidiskriminierungsbemühungen unvollständig, wenn sie die Bedeutung religiöser Ansichten und Praktiken unberücksichtigt ließen.

Die Religions- oder Weltanschauungsfreiheit spielt darüber hinaus eine wichtige Rolle in den anhaltenden Debatten über den säkularen Charakter des modernen Staates. Säkularität ist zu einem bestimmenden Merkmal moderner Demokratien geworden und charakterisiert in hohem Maße auch die moderne Gesellschaft. Bei näherer Betrachtung stellt sich jedoch heraus, dass der Begriff Säkularität sehr unterschiedliche Bedeutungen in sich vereint. So kann der säkulare Charakter der Verfassung für die dauerhafte Aufgabe stehen, den öffentlichen Raum für religiöse und nicht-religiöse gesellschaftliche Vielfalt offen zu halten. Doch kann Säkularität auch stellvertretend für postreligiöse und

antireligiöse Weltanschauungen gebraucht werden, die öffentliche Institutionen und das öffentliche Leben durchdringen. Der Grat zwischen diesen offenen und restriktiven Formen der Säkularität mag schmal sein und niemand weiß, wo genau er verläuft; dennoch existiert er. In diesem Kontext bietet die Religions- oder Weltanschauungsfreiheit eine solide Grundlage für die Pflege eines offenen und inklusiven Verständnisses säkularer demokratischer Verfassungen. Sie erinnert uns außerdem daran, dass Säkularität nur dann sinnvoll ist, wenn sie im Dienst der Achtung der Freiheit der Menschen im privaten Bereich und in der Öffentlichkeit steht. Dies ist eine wichtige Aufgabe.

In unseren zunehmend pluralistischen, modernen Gesellschaften ist die Verwirklichung der Religions- oder Weltanschauungsfreiheit zu einer schwierigen Aufgabe geworden. In Anbetracht der unerschöpflichen Vielfalt von Glaubenssystemen, religiösen und moralischen Überzeugungen, individuellen und gemeinschaftlichen Praktiken ist die Religions- oder Weltanschauungsfreiheit Gegenstand vieler weitreichender Fragen, die eine umfassende öffentliche Debatte rechtfertigen. Doch in jedem Fall suchen die Menschen weiterhin nach einem letzten Sinn im Leben, pflegen ihre existenziellen Überzeugungen, beten gemeinsam mit anderen und erziehen ihre Kinder in Übereinstimmung mit Werten, die sie schätzen. Das Zusammenleben in einer pluralistischen und demokratischen Gesellschaft erfordert eine Kultur des Respekts, die ohne Religions- oder Weltanschauungsfreiheit nicht gedeihen könnte. Das Recht auf Religions- oder Weltanschauungsfreiheit ist sicherlich auch weiterhin „eine der Grundlagen einer demokratischen Gesellschaft“, wie es uns der EGMR in Erinnerung ruft – und in der Tat ein kostbares Gut.



Globale Analyse

von **Dr. Marcela Szymanski**

Ein Verlust von Grundrechten wie der Religionsfreiheit kann zwar plötzlich eintreten, z. B. bedingt durch Konflikte und Kriege, doch in vielen Fällen handelt es sich nicht um ein Ereignis, das gewissermaßen über Nacht eintritt, sondern vielmehr um einen Prozess der Aushöhlung, der sich über Jahre hinzieht. Wie bei Ziegeln eines Daches, die einer nach dem anderen (und manchmal auch mehrere auf einmal) von immer stärker auflebenden Winden weggeweht werden, muss der Beobachter schließlich erkennen, dass es keinen Schutz mehr gibt und er den Winden ausgesetzt ist. Diese Winde mögen Gestalt annehmen als autoritäre Regierungen, transnationale Terrornetzwerke oder fundamentalistische Religionsführer, die an der Spitze eines Lynchmobs stehen.

Die Gründe für die Aushöhlung des Rechts auf Religionsfreiheit sind offenkundig. Doch kann sie auch als Folge von Reibungen auftreten – verursacht durch die Einführung neuer Gesetze und Vorschriften, die religiöse Identitäten allmählich aus dem öffentlichen Raum verdrängen, nachdem sie die Religion einmal als Teil des Problems identifiziert haben. Der Staat als Hüter des Rechts ist verpflichtet, dem Einzelnen zu ermöglichen, „seine Religion oder Weltanschauung öffentlich oder privat zu bekennen“,⁵ indem er den öffentlichen Raum für alle Religionen und für Menschen ohne Religionszugehörigkeit offen hält. Ist dieser staatliche Schutz nicht gegeben, wird das unveräußerliche Menschenrecht angreifbar und droht zu verschwinden.

Basierend auf unserer Auswertung der Länderberichte und regionalen Analysen zeigt eine Karte, wo der Schutz der Religionsfreiheit fast gänzlich verschwunden ist (Länder in rot), wo dieser Schutz gefährdet ist (Länder in Orange) und wo neu auftretende Faktoren beobachtet wurden, durch die das Recht des Einzelnen auf Religionsfreiheit potenziell bedroht ist (neue Klassifizierung: Länder „unter Beobachtung“).

In der Rückschau bestätigen sich bedauerlicherweise zuvor erwähnte Beobachtungen. So haben sich Verletzungen der Religionsfreiheit, die wir in unserem Bericht 2018 bereits angedeutet haben, beschleunigt und ausgeweitet: In der gegenwärtigen Situation blicken wir auf systematische und ungeheuerliche Angriffe, die von staatlichen Akteuren (z. B. China oder Nordkorea) sowie von internationalen Terrororganisationen wie Boko Haram oder dem sogenannten Islamischen Staat (IS) und anderen fundamentalistischen Gruppen ausgehen. Diese Umstände haben sich durch die Covid-19-Pandemie noch verschärft: Staaten haben die Unsicherheit genutzt, um die Kontrolle über ihre Bürger zu erhöhen, und nichtstaatliche Akteure haben sich die Verwirrung zunutze gemacht, um zu rekrutieren, zu expandieren und größere humanitäre Krisen zu provozieren.

Doch gab es im zweijährigen Berichtszeitraum auch bedeutende Fortschritte zu verzeichnen – insbesondere auf dem Gebiet des interreligiösen Dialogs und in Hinblick auf die

zunehmend wichtige Rolle religiöser Oberhäupter im Kontext der Schlichtung und Beilegung von Feindseligkeiten und kriegerischen Handlungen.

Extreme Verfolgung (Karte: rot gekennzeichnete Länder)

Fast vier Milliarden Menschen leben in den 26 Ländern, die als diejenigen mit den schwerwiegendsten Verstößen gegen die Religionsfreiheit eingestuft wurden – etwas mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung (51 %).

Beinahe jeder zweite dieser Staaten liegt in Afrika. In Subsahara-Afrika teilt sich die Bevölkerung seit jeher zwischen Bauern und nomadischen Viehhirten auf, wobei es von Zeit zu Zeit zu Gewaltausbrüchen kommt, die in lange schwellenden ethnischen und ressourcenbasierten Konflikten ihre Ursache haben und sich in jüngster Zeit durch den Klimawandel, wachsende Armut und Angriffe von bewaffneten kriminellen Banden verschärft haben. Trotzdem haben die Gemeinschaften und verschiedenen Glaubensgruppen überwiegend relativ friedlich zusammengelebt – bis im vergangenen Jahrzehnt die Gewalt in der Region mit unvorstellbarer Grausamkeit ausbrach.

Mit diesem Schub, den der Konflikt erfahren hat, wurde die seit Generationen aufgestaute Frustration junger Menschen freigesetzt, die unter Armut, Korruption und schlechten Bildungs- und Arbeitsmöglichkeiten leiden mussten. Diese Frustration wiederum befeuerte den Aufstieg bewaffneter Gruppen, darunter islamistische Kämpfer – einheimische und seit einiger Zeit auch ausländische. Transnational agierende dschihadistische Gruppen betreiben gezielt und systematisch die Verfolgung all jener, die die extreme islamistische Ideologie nicht akzeptieren; hiervon sind Muslime und Christen gleichermaßen betroffen. In den vergangenen zwei Jahren haben Dschihadisten ihre Präsenz in Subsahara-Afrika gefestigt, und die Region ist zu einem Zufluchtsort für über zwei Dutzend Gruppen geworden, die mittlerweile in 14 Ländern aktiv operieren – und zunehmend kooperieren –, darunter Ableger des IS und von Al Kaida. Die Entwicklung solcher Zweigorganisationen hat sich innerhalb eines alarmierend kurzen Zeitraums vollzogen, und das Muster ist bekannt: Lokale kriminelle Banden, die von salafistischen Dschihad-Predigern angestachelt werden, gehen von sporadischen und willkürlichen zu ideologischen und gezielten Angriffen über. In manchen Fällen gipfeln die Bemühungen einer Bande in einer unheilvollen Auszeichnung – der „Angliederung“ als Provinz zu einem sogenannten Kalifat eines transnationalen islamistischen Netzwerks (**siehe Hintergrundinformation Afrika**).

Millionen Menschen sind aus den Konfliktregionen geflohen und leben als Vertriebene im eigenen Land oder als Flüchtlinge in den Nachbarstaaten. Es wird von gravierenden Menschenrechtsverletzungen berichtet, deren Opfer häufig Frauen und Kinder sind. In Subsahara-Afrika sind Millionen Menschen von Mittellosigkeit bedroht, da sie gezwungen sind, ihre Felder und traditionellen Kleinbetriebe aufzugeben. Die Folge ist Hunger, denn bewaffnete Gruppen behindern den Zugang zu humanitärer Hilfe. Frauen und Kinder werden versklavt; Männer werden zwangsrekrutiert, um die

Reihen der Extremisten zu füllen. Wie aus den Länderberichten hervorgeht, waren in Staaten wie Burkina Faso laut Weltgesundheitsorganisation zum Jahresende 2020 gut 60 % des Territoriums für humanitäre Helfer unzugänglich.

Die Regierungen sind entweder nicht in der Lage oder in einigen Fällen offenbar nicht willens, dieses Problem anzugehen. Die dschihadistischen Milizen sind deutlich besser ausgerüstet als die lokalen Streitkräfte und finanzieren sich durch Entführungen, Plünderungen und den illegalen Handel mit Menschen, wertvollen Mineralien und Drogen. Erst in jüngster Zeit wurden multinationale Arbeitsgruppen eingerichtet, um die Regierungen der betroffenen Länder zu unterstützen (**siehe Regionale Analyse und Hintergrundinformation Afrika**).

Während die Religionsfreiheit in Afrika vor allem unter der Gewalt zwischen den Bevölkerungsgruppen und vonseiten der Dschihadisten leidet, geht die Verfolgung von Religionsgemeinschaften in Asien vor allem von marxistischen Diktaturen aus. In China und Nordkorea – die schlimmsten Rechtsverletzer in der „roten Kategorie“ – ist die Religionsfreiheit (ebenso wie die meisten anderen Menschenrechte) schlicht nicht existent.

In Nordkorea werden keine grundlegenden Menschenrechte anerkannt, und Verfolgung richtet sich gegen jede Gruppe, die den Personenkult um den Herrscher Kim Jong-un in Frage stellt – wobei Christen besonders hart angefasst werden. Das nordkoreanische Regime kann in dieser Hinsicht als „exterminatorisch“ bezeichnet werden.

Von Chinas 1,4 Mrd. Einwohnern identifizieren sich fast 900 Mio. mit irgendeiner Form von Spiritualität oder Religion – und die staatliche Kontrolle ist unerbittlich. Massenüberwachung, u. a. mittels künstliche-Intelligenz-gestützter Technologie sowie eines Sozialkreditsystems, mit dem individuelles Verhalten belohnt oder bestraft wird, und brutales Durchgreifen gegen religiöse und ethnische Gruppen festigen die Überlegenheit des Staates. Wie die Regionale Analyse zeigt, verfügt die Kommunistische Partei Chinas (KPCh) über eine der allgegenwärtigsten und effektivsten staatlichen Maschinerien zur Kontrolle der Religion, die derzeit auf der Welt in Betrieb sind. Besonders deutlich wird dies am Beispiel der Masseninternierungen und „Umerziehungsprogramme“, von denen über eine Million – zumeist muslimische – ethnische Uiguren in der Provinz Xinjiang betroffen sind (**siehe Hintergrundinformation China**). Obwohl in China etwa 30 Mio. Muslime leben – darunter rund 13 Mio. Uiguren, die einem sunnitischen Zweig des Islam angehören (**siehe Faktensammlung: Zweige des Islam**) –, geben sich einige sunnitisch-muslimische Staaten keine Mühe, ihre Glaubensbrüder zu schützen, sondern kooperieren stattdessen mit den chinesischen Behörden, indem sie Zuflucht suchende Uiguren abschieben. Von allen Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen haben bisher nur die USA und Kanada Chinas Vorgehen gegen die Uiguren als Völkermord bezeichnet.

Auch Myanmar (Birma) hat sich im Berichtszeitraum weiter auf das schlimmste Verbrechen gegen die Menschlichkeit, den Völkermord, zubewegt. Andauernde Anschläge gegen

Christen und Hindus im Kachin-Staat im Norden Myanmars gerieten angesichts des massiven, mehrstufigen Angriffs des Militärs und anderer bewaffneter Gruppen auf die überwiegend muslimische Rohingya-Bevölkerung im Rakhaing-Staat in den Hintergrund. Im Nachbarland Bangladesch sind mittlerweile schätzungsweise eine Million systematisch dorthin vertriebene Rohingya in Lagern untergebracht, wo sie Krankheit, Elend, sexuellem Missbrauch und Mord ausgesetzt sind. Im Gegensatz zu China wurde Myanmars Regierung vom Internationalen Gerichtshof verpflichtet, Maßnahmen zur Verhinderung des Genozids zu ergreifen, während ein entsprechendes Verfahren anhängig ist.

Abgesehen von den Einschränkungen, die Religionsgemeinschaften von marxistischen Diktaturen und Militärregimen auferlegt werden, geht eine weitere ernste Herausforderung für die Religionsfreiheit in Asien mit einer zunehmenden Grundströmung des ethnoreligiösen Nationalismus einher. Das vielleicht markanteste Beispiel in diesem Zusammenhang ist Indien, Heimat von fast 1,4 Mrd. Menschen, wo neben der hinduistischen Mehrheitsbevölkerung auch bedeutende religiöse Minderheiten wie Muslime und Christen vertreten sind. Die regierende *Bharatiya Janata Party* (BJP; Indische Volkspartei) entwirft angesichts eines hinter den Erwartungen zurückbleibenden Wirtschaftssektors und der Notwendigkeit, Wählerstimmen zu gewinnen, eine zunehmend nationalistische Vision, die bei der Mehrheitsbevölkerung Anklang finden soll: nämlich, dass Indien von Natur aus hinduistisch ist. Indien ist freilich nicht das einzige Land, in dem der religiöse Nationalismus an Fahrt gewinnt; insgesamt sind Milliarden Menschen davon betroffen. Vergleichbare Tendenzen sind vor allem in demokratischen oder halbwegs demokratischen Kontexten zu beobachten, so z. B. im mehrheitlich muslimischen Pakistan, im mehrheitlich hinduistischen Nepal und in den mehrheitlich buddhistischen Staaten Sri Lanka, Myanmar, Thailand und Bhutan (**siehe Regionale Analyse Festland-Asien und Hintergrundinformation Ethnoreligiöser Nationalismus**).

Allen Ländern der „roten“ Kategorie gemeinsam (doch besonders ausgeprägt in Pakistan) sind die tiefgreifenden Folgen für die Schwächsten: Frauen und Mädchen, die der „falschen Religion“ angehören und entführt, vergewaltigt und durch Zwangskonversion gezwungen werden, ihren Glauben zu wechseln. Als Angehörige einer Minderheit – und damit de facto Bürgerinnen zweiter Klasse – haben sie wenige bis gar keine Chancen auf Gerechtigkeit und Wiedergutmachung, obwohl sie die Opfer von Verbrechen sind, die nach allgemeinem Recht strafbar sind. Diese Mädchen und Frauen werden ihrer Rechte derart umfassend beraubt, dass sie als Sklavinnen, Sexarbeiterinnen und Handarbeiterinnen missbraucht werden (**siehe Fallstudie Pakistan und Länderberichte Nigeria und Indien**).

Schwerwiegende Rechtsverletzungen (Karte: orange gekennzeichnete Länder)

1,24 Mrd. Menschen leben in den 36 Ländern, in denen keine vollumfängliche Religionsfreiheit genossen werden kann oder in der Verfassung verankert ist – das entspricht 16 % der Weltbevölkerung.

Bei den Ländern, die infolge einer Verschlechterung der Situation im Berichtszeitraum in die Kategorie „Orange“ eingestuft wurden, handelt es sich überwiegend um Staaten, in denen Gesetze verabschiedet wurden, die eine Ungleichbehandlung von Religionsgemeinschaften zur Folge haben. Illusionen in Bezug auf neu gewonnene Freiheiten nach dem Arabischen Frühling (Aufstände in Nordafrika und der Levante im Zeitraum 2010-2012) sind längst verblasst: Die Regierungen dieser Länder wandten in der Folge zunehmend ohnehin schon restriktive Gesetze an, um ihre Macht zu behaupten, die herrschende Ideologie zu festigen und die Kontrolle über religiöse Oberhäupter zu verschärfen. Staaten wie Algerien, Tunesien und die Türkei agieren als „hybride Pseudo-Demokratien“, die zwar Wahlprozesse zulassen, aber streng kontrollieren, wer kandidieren und wie lange er im Amt bleiben darf, und zudem dem Machthaber ermöglichen, Gesetze bezüglich der Wiederwahl zu seinen Gunsten zu ändern **(siehe Regionale Analyse Naher Osten und Nordafrika)**.

So legte Präsident Erdoğan im Berichtszeitraum den Laizismus Atatürks gewissermaßen beiseite und führte eine neo-osmanische Außenpolitik ein, mit der er die Türkei als sunnitische Weltmacht positionierte. Die Umwandlung der Hagia Sophia in Istanbul in eine Moschee ist nur ein Beispiel dafür, wie der Islam in allen Bereichen des öffentlichen Lebens gefördert wird. Auf internationaler Ebene hat Erdoğan militärische Interventionen in Libyen, Syrien, im Nordirak sowie im Krieg zwischen Armenien und Aserbaidschan vorangetrieben. Auch in Albanien, Bosnien, Zypern und im Kosovo hat die Türkei versucht, Einfluss zu nehmen – mit Folgen für die Religionsfreiheit **(siehe entsprechende Länderberichte und Regionale Analyse Naher Osten und Nordafrika)**.

Kein Muslim zu sein ist in über einem Dutzend Ländern, die normale oder sogar freundschaftliche Beziehungen zum Westen unterhalten, heute mit einem höheren Risiko verbunden als noch im vergangenen Berichtszeitraum. Länder im Nahen Osten, in Süd- und Zentralasien sowie die ehema-

ligen Sowjetstaaten und einige ihrer Nachbarn haben Gesetze verabschiedet, die darauf abzielen, die Ausbreitung „fremder“ Religionen zu unterbinden und auch den „nicht-traditionellen Islam“ zu verbieten. Die freie Religionsausübung wird zwar garantiert, aber eben keine vollumfängliche Religionsfreiheit. So wird z. B. in einigen Ländern eine Abkehr vom Staat oder von der Mehrheitsreligion bestraft – manchmal sogar mit dem Tod. Und auch in Ländern, in denen eine Konversion von der Mehrheitsreligion nicht gesetzlich verboten ist, ist sie infolge des großen gesellschaftlichen Drucks faktisch nicht erlaubt. In vielen dieser Länder ist es illegal, Menschen zu missionieren, die der Staatsreligion angehören. Wie die Regionale Analyse Naher Osten und Nordafrika dokumentiert, werden religiöse Minderheitsgemeinschaften durch Blasphemiegesetze zum Schweigen gebracht. Die gesellschaftliche Toleranz gegenüber Christen ist nach wie vor gering, und es kann jederzeit zu Gewaltausbrüchen kommen, wie zahlreiche Vorfälle in Oberägypten belegen.

Eine positive Entwicklung im Berichtszeitraum ist die Annäherung zwischen Christen und Muslimen unter der Ägide von Papst Franziskus. Nach seinem Treffen mit Ahmad al-Tayyib, Großimam von al-Azhar und Oberhaupt der sunnitisch-muslimischen Welt, im Jahr 2019 kamen die beiden Religionsführer 2020 erneut in den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE) zusammen, um die Erklärung von Abu Dhabi über die Brüderlichkeit aller Menschen zu unterzeichnen. Der Besuch des Heiligen Vaters in den VAE stand auch im Zeichen der erstmaligen Feier einer Papstmesse auf der Arabischen Halbinsel. Der Irak-Besuch von Papst Franziskus im Jahr 2021 – sein erster in einem Land mit schiitischer Mehrheit – wird hoffentlich zu einer Vertiefung des interreligiösen Dialogs beitragen und helfen, über die desolate Lage aufzuklären, in der sich religiöse Minderheiten im Irak und darüber hinaus befinden **(siehe entsprechende Länderberichte und Regionale Analyse Naher Osten und Nordafrika)**.

Die Covid-19-Pandemie hat auf der ganzen Welt herkömmliche Verfahren in Bereichen wie Gesundheitsversorgung,



Regierungsführung und Wirtschaft auf den Kopf gestellt – oft mit tiefgreifenden Auswirkungen auf die Menschenrechte, einschließlich der Religionsfreiheit. Die Hintergrundinformation zu Covid-19 beleuchtet, wie die Pandemie in weniger entwickelten Gebieten der Welt nicht nur grundlegende gesellschaftliche Schwächen offenbart, sondern auch bestehende Probleme verschärft hat, die auf Armut, Korruption und anfällige staatliche Strukturen zurückzuführen sind. So nutzten Terrorgruppen und islamistische Extremisten beispielsweise in Afrika den verschobenen Fokus der Aufmerksamkeit der Regierungen aus, um gewalttätige Angriffe zu verstärken, territoriale Eroberungen zu festigen und neue Mitglieder zu rekrutieren. Darüber hinaus führten bereits bestehende gesellschaftliche Vorurteile gegenüber religiösen Minderheiten während der Pandemie zu verstärkter Diskriminierung, so etwa in Pakistan, wo muslimische Wohltätigkeitsorganisationen Christen und Angehörigen anderer Minderheiten den Zugang zu Lebensmitteln und medizinischer Versorgung verweigerten. Im Westen wiederum hatten die als Reaktion auf die Pandemie ergriffenen Notfallmaßnahmen Auswirkungen auf die Versammlungs- und Religionsfreiheit und gaben Anlass zu Kritik und Auseinandersetzungen (**siehe Hintergrundinformation Covid-19**).

Länder unter Beobachtung (Karte: in den Karten der Regionalen Analyse gekennzeichnet)

Mit dem aktuellen Bericht wurde eine neue Kategorie eingeführt, nämlich Länder „unter Beobachtung“, in denen neu auftretende Faktoren beobachtet wurden, die Anlass zur Sorge über deren Auswirkungen auf die Religionsfreiheit geben.

Die Plausibilität dieser Kategorie erschließt sich durch eine Zunahme von religiös motivierter Hasskriminalität. Die vorurteilsgeleiteten Straftaten gegen Menschen und Eigentum reichen von Vandalismus gegen Gotteshäuser und religiöse

Symbole (darunter Moscheen, Synagogen, Friedhöfe, Statuen) bis hin zu Gewaltverbrechen gegen religiöse Würdenträger und Gläubige (**siehe Regionale Analyse OSZE**). Eine im September 2019 ins Leben gerufene Initiative der Vereinten Nationen zum Schutz von Kultstätten zeigte keine Wirkung im Hinblick auf gewalttätige Demonstrationen in Lateinamerika, wo bei regierungskritischen Protesten religiöse Symbole und religiöses Eigentum angegriffen und zerstört wurden (**siehe Fallstudie Chile**).

In einem weiteren Kontext, den Papst Franziskus als „höfliche Verfolgung“ definiert hat, beobachten wir einen Siegeszug neuer „Rechte“ bzw. neuer kultureller Normen, die entsprechend der Weiterentwicklung von Werten geschaffen werden und in Kauf nehmen, die Religionen „zum Schweigen zu bringen und auf die Verborgenheit des Gewissens jedes Einzelnen zu beschränken oder sie ins Randdasein des geschlossenen, eingefriedeten Raums der Kirchen, Synagogen oder Moscheen zu verbannen“. So genießt zum Beispiel in westlichen Ländern das Recht auf Verweigerung aus Gewissensgründen für Angehörige der Gesundheitsberufe mit religiösen Vorbehalten hinsichtlich Abtreibung oder Sterbehilfe keinen ausreichenden gesetzlichen Schutz mehr. Absolventen von bestimmten religiösen Hochschulen wird zunehmend der Zugang zu bestimmten Berufen verwehrt. Auch das Recht von Religionsgemeinschaften, eigene Schulen entsprechend ihrem Ethos zu betreiben, ist in mehreren Ländern gefährdet. Die neuen – gesetzlich verankerten – Normen führen dazu, dass die Rechte des Einzelnen auf Gewissens- und Religionsfreiheit in einen tiefen Konflikt mit der Verpflichtung zur Einhaltung dieser Gesetze geraten (**siehe Hintergrundinformationen „Höfliche Verfolgung“ und „Ein kostbares Gut“: Das Recht auf Religions- oder Weltanschauungsfreiheit**). Derartige Dissonanzen haben bereits jetzt und auch künftig erhebliche Auswirkungen auf über 84 % der Weltbevölkerung, die sich laut Pew Research Center⁶ als Angehörige einer Religion oder Weltanschauung verstehen.

Papst Franziskus bei einem interreligiösen Treffen in der Ebene von Ur im Südirak, die als Geburtsort Abrahams gilt, am 6. März 2021.



Afrika: Transnationaler Dschihadismus bedroht einen Kontinent

von Mark von Riedemann

Die Frage, vor der Afrika steht, ist nicht, ob der Kontinent das nächste Schlachtfeld im Kampf gegen militante Islamisten ist, sondern vielmehr: Wann ist die Zahl der verlorenen Menschenleben und vertriebenen Familien hoch genug, damit die internationale Gemeinschaft endlich handelt? Schon jetzt gibt es Hunderttausende Tote und Millionen Vertriebene.

Subsahara-Afrika bietet geradezu ideale Bedingungen für eine Infiltration durch islamistische Ideologien. Seit Generationen andauernde Armut, Korruption, bereits existierende gewaltsame Streitigkeiten innerhalb der Bevölkerung zwi-

Ugandische Soldaten der Mission der Afrikanischen Union befreien Kurtunwaarey von der Terrorgruppe al-Shabaab; Somalia, 31. August 2014.

schen Hirten und Bauern um Landrechte (verschärft durch die Folgen des Klimawandels) und schwache staatliche Strukturen haben einen Nährboden geschaffen, der marginalisierte und frustrierte junge Männer hervorbringt – ein Rekrutierungsparadies für Extremisten, die diese Menschen mit Versprechungen von Reichtum, Macht und dem Sturz korrupter Behörden ködern. Durch eine umfassende Manipulation der Religion wird all dies noch enger mit dem menschlichen Wesenskern verknüpft. Kämpferprobte islamistische Extremisten sind aus den Ebenen des Irak und Syriens nach Süden gezogen, um sich in subsaharischen Ländern mit einheimischen kriminellen Gruppen zusammenzutun, z. B. in Mauretanien, Mali, Burkina Faso, Niger, Nigeria, im Norden Kameruns, im Tschad, in der Zentralafrikanischen Republik, in der Demokratischen Republik Kongo, in Somalia und Mosambik (siehe Länderberichte).

Die Gewalt ist grauenhaft: Jungen, die als Kindersoldaten dienen müssen; Vergewaltigungen als Kriegswaffe; Massenhauptungen von Männern – Muslime und Christen gleichermaßen –, die sich weigern, sich den Dschihadisten anzuschließen. Die Forschungsarbeit des *Armed Conflict Location & Event Data Project* (ACLED; Projekt zur Erfassung von Orten bewaffneter Konflikte und von Ereignisdaten) zeigt auf, dass sich die Zahl der von bewaffneten Gruppen getöteten Menschen in Burkina Faso, Kamerun, Mali und im Tschad von Januar bis Mitte April 2020 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum mehr als verdoppelt hat.⁷ In Burkina Faso belief sich die Zahl der von Terrorgruppen Vertriebenen im Februar 2020 auf 765 000 Menschen (gegenüber 65 000 in den zwölf Monaten zuvor).⁸

Bei den Kämpfern handelt es sich oft um profitorientierte Söldner oder Einheimische, die lokale Interessen verfolgen und von Predigern angestachelt werden, die einer salafistisch-dschihadistischen Ideologie anhängen. Ihre Angriffsziele sind staatliche Behörden, Militär und Polizei sowie Zivilisten, darunter Dorfvorsteher, Lehrer (sie stehen wegen der säkularen Lehrpläne im Visier), führende Vertreter der muslimischen und christlichen Gemeinschaften und Gläubige. Ihre finanziellen Mittel beschaffen sich die bewaffneten Terrorgruppen hauptsächlich durch Plünderungen, Erpressungen, Menschen- und Drogenhandel sowie Entführungen.

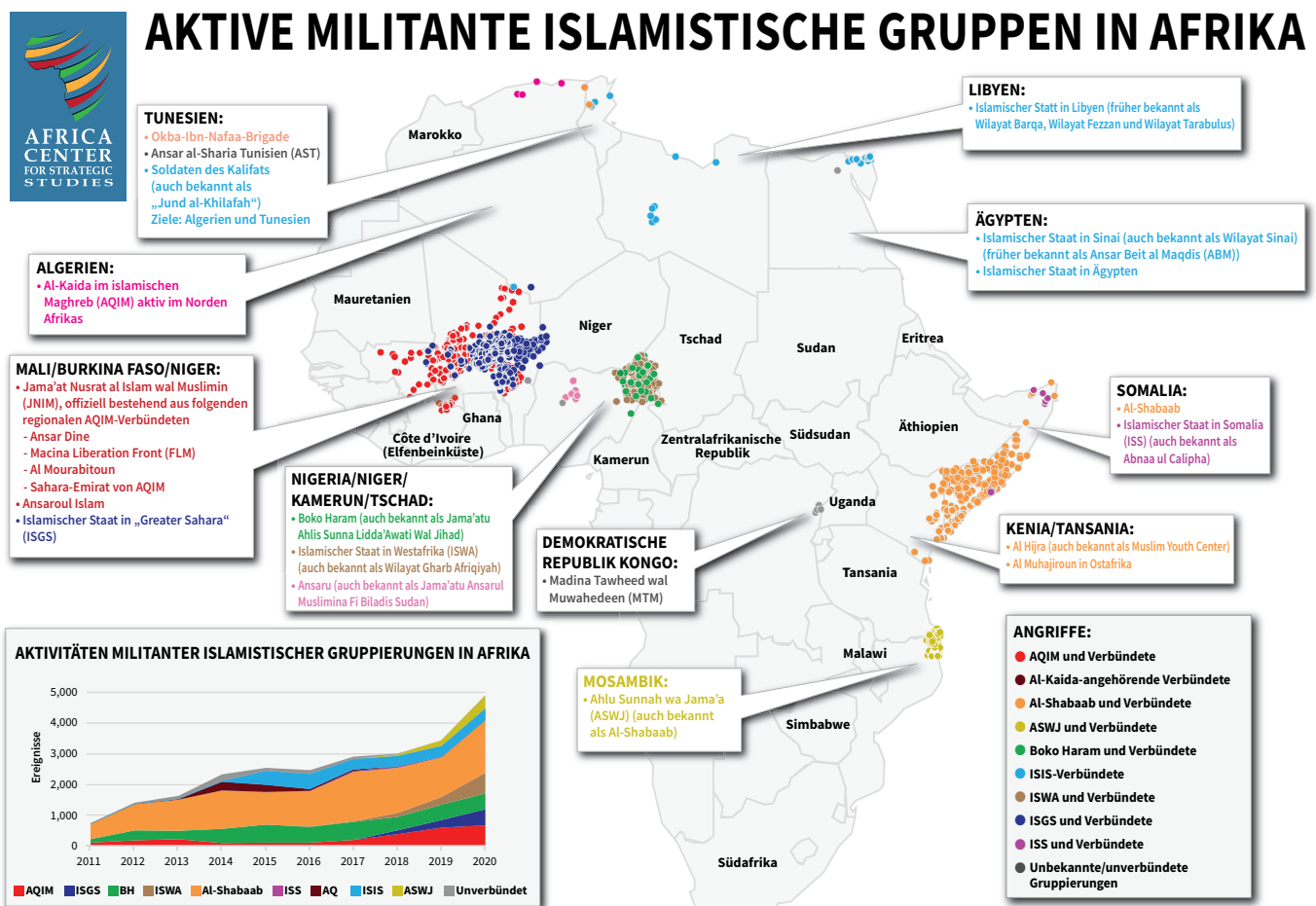
Obwohl Muslime und Christen gleichermaßen Opfer extremistischer Gewalt sind, geraten mit zunehmender islamistischer Radikalisierung verstärkt Christen in den Fokus der Terroristen, die den für die Region charakteristischen gesellschaftlichen und religiösen Pluralismus und jegliche Eintracht auslöschen wollen.

Nach Angaben des *Africa Center for Strategic Studies* (ACSS; Afrika-Zentrum für strategische Studien) ist die Bedrohung durch militante Islamisten keineswegs ein monolithisches Gebilde, sondern gekennzeichnet durch eine sich ständig wandelnde Mischung von rund zwei Dutzend Gruppen, die in 14 Ländern operieren – und zunehmend auch kooperieren.⁹ Zu den aktivsten islamistischen Gruppen in Subsahara-Afrika gehören: Dschamaat Nusrat al-Islam wal-Muslimin – eine Koalition aus Teilorganisationen wie Katiba Macina (auch: FLM) und Al Kaida im Maghreb (AQIM) – Boko Haram, Ansarul Islam, Katiba Salaheddine, Dschihad al-Islamiyya, al-Shabaab in Somalia und die transnationale Terrormiliz Islamischer Staat (IS) mit ihren Ablegern in der Großen Sahara (ISGS), Westafrika (ISWA), Zentralafrika (ISCA) und Somalia (ISS).¹⁰

Ein neues Mitglied in diesem finsternen Club ist Mosambik. Dort hat die mit dem IS verbündete dschihadistische Gruppe Ahlu-Sunnah Wa-Jama (ASWJ) in der mehrheitlich muslimischen Provinz Cabo Delgado einen Aufstand gestartet und die Kontrolle über die Hafenstadt Mocímboa da Praia übernommen – eine vorrangige Infrastruktur für die Verarbeitung der enormen Erdgasvorkommen, die vor der Nordküste des Landes entdeckt wurden.¹¹ Von Mosambik rufen die Dschihadisten „Provinzen des Kalifats“ aus, die sie auf den Komoren, im Norden Madagaskars und jenseits des Indischen Ozeans in Indonesien, Malaysia und den Philippinen errichtet haben wollen (siehe Länderberichte).

Das *Dansk Institut for Internationale Studier* (DIIS; Dänisches Institut für internationale Studien) gelangte zu folgender Feststellung: „Unter Wissenschaftlern auf dem Gebiet des transnationalen Dschihadismus besteht weitgehend Einigkeit darüber, dass seine beiden führenden Organisationen, Al Kaida und der Islamische Staat, selten neue Konflikte auslösen. Stattdessen machen sie sich lokale Missstände zunutze, stellen Verbindungen zu marginalisierten Gruppen in der Gesellschaft her und verwandeln auf lange Sicht, was ursprünglich ein ethnisch oder politisch motivierter Konflikt gewesen sein mag, in einen religiös umrahmten, bewaffneten Kampf.“¹²

In einem Interview mit KIRCHE IN NOT vom 24. Februar 2020 sagte Professor Olivier Hanne, ein französischer Islamwissenschaftler und Autor des Buches *Jihād au Sahel* („Dschihad in der Sahelzone“), auf die Frage, wie sich die Lage in der Region voraussichtlich entwickeln werde: „Ich befürchte, dass sich die territoriale Ausdehnung der bewaffneten Terrorgruppen in den nächsten fünf Jahren fortsetzen wird. Der illegale Handel wird sich besser organisieren und zunehmen. Nachdem die Terroristen ihren Einfluss auf die muslimische Sahara ausgedehnt haben, werden Orte, an denen Christen und Muslime Seite an Seite leben, ihr nächstes Ziel sein. [...] In den nächsten fünf Jahren werden diese afrikanischen Staaten die Unterstützung des Westens brauchen, wenn sie eine Katastrophe vermeiden wollen.“¹³



Aktualisiert: Februar 2021

Fußnote: Zusammengestellt von „Africa Center for Strategic Studies“; die Grafik zeigt gewaltsame Ereignisse der involvierten aufgelisteten Gruppierungen in einem Zeitraum von einem Jahr mit Ende 31. Dezember 2020). Daten über Angriffe oder Todeszahlen versuchen nicht zwischen den Tätern der Ereignisse zu unterscheiden. Die Gruppenlisten dienen der Information und sollten nicht als offizielle Bezeichnungen angesehen werden. Wegen der Fluktuation vieler Gruppen kann sich die Liste ändern.

Quellen: Armed Conflict Location & Event Data Project (ACLED); Daniel Byman; HumAngle; Thomas Joscelyn; SITE Intelligence Group; The Soufan Group; Stanford University's Mapping Militants Project; Stratfor; Terrorism Research & Analysis Consortium (TRAC); und Aaron Y. Zelin.

Nigeria: Massenentführung von Schulkindern

Am 11. Dezember 2020 überfielen Boko-Haram-Kämpfer die weiterführende Jungenschule *Government Science Secondary School* in der Stadt Kankara und kidnapten mehr als 300 Schüler.¹⁴ Die Terrororganisation bekannte sich zu der Entführung und begründete sie mit ihrem Widerstand gegen westliche Bildung. Am 18. Dezember wurden die entführten Jungen vom nigerianischen Militär befreit. Nach Angaben des Gouverneurs des Bundesstaates Katsina, Aminu Massarhe, wurde kein Lösegeld gezahlt.¹⁵

Am 17. Februar 2021 drangen bewaffnete Männer in Militäruniformen in das *Government Science College* in Kagara (Regierungsbezirk Rafi, Bundesstaat Niger) ein und verschleppten 27 Personen, darunter Schüler, Lehrer und deren Familienangehörige.¹⁶ Sie wurden am 27. Februar freigelassen.

Am 26. Februar 2021 wurden etwa 300 Mädchen aus einem staatlichen Internat in der Stadt Jangabe entführt. Lokalen Quellen zufolge verschleppten die Entführer, die auf rund 20 Motorrädern eintrafen, die Mädchen in den Wald.¹⁷ Sie wurden am 2. März freigelassen. Der Gouverneur des Bundesstaates Zamfara, Bello Matawalle, bestritt die Zahlung eines Lösegeldes. Der nigerianische Präsident Buhari gab allerdings zu einem späteren Zeitpunkt zu, dass Regierungen der Bundesstaaten in der Vergangenheit Entführer „mit Geld und Fahrzeugen“ bezahlt hätten; er habe sie aufgefordert, dieses Vorgehen zu überdenken.¹⁸

Mit dem jüngsten Überfall – der dritten Massenentführung von Schülern innerhalb von drei Monaten – stieg die Gesamtzahl der Entführungsoffer seit Dezember 2020 auf über 600.¹⁹ Staatlichen Behörden zufolge kommt eine dschihadistische Motivation bei diesen Kidnappings nicht als Hauptelement in Betracht. Stattdessen seien die Angriffe auf Schulen im Nordwesten des Landes von „Banditen“ durchgeführt worden – ein Sammelbegriff für Entführer, bewaffnete Räuber, Viehdiebe, Fulani-Hirten und bewaffnete Milizen –, die hauptsächlich nach finanziellem Gewinn strebten.²⁰ Manche Beobachter merken in diesem Zusammenhang jedoch an, dass die Eskalation der Massenentführungen eine Zusammenarbeit zwischen Boko Haram und militanten Fulani nahelege und es bei den Angriffen durchaus eine wichtige religiöse Komponente gebe.²¹ Der Sultan von Sokoto sagte hierzu: „Machen wir uns keine Illusionen: Die Entführung ist ein klassisches Beispiel für das philosophische Fundament von Boko Haram – dass nämlich westliche Bildung verboten gehört. Deshalb haben sie es immer auf Internate abgesehen, vor allem auf naturwissenschaftliche Schulen, deren Pädagogik als atheistisch gilt.“²²

Eines der 300 im Nordwesten Nigerias entführten Schulmädchen – wieder mit der Familie vereint; Jangabe, Bundesstaat Zamfara, 3. März 2021.





REGIONALE ANALYSE

Ost- und Westafrika

von Dr. Miriam Diez-Bosch und Dr. Oscar Mateos

Die Länder Ost- und Westafrikas, die hauptsächlich südlich der Sahara liegen, beherbergen ein komplexes Mosaik ethnischer, religiöser und sprachlicher Gemeinschaften und eine überwiegend jugendliche Bevölkerung. Obwohl die Region über beträchtliche menschliche und natürliche Ressourcen verfügt, führen Probleme wie Armut, Korruption und ein Mangel an Bildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten für junge Menschen zu Frustration und gesellschaftlicher Instabilität. Diese Tatsache wird gerne von einheimischen und transnational agierenden kriminellen und dschihadistischen Gruppen ausgenutzt. Obwohl es zu schwerwiegenden Verstößen gegen die Religionsfreiheit durch bewaffnete dschihadistische Gruppen gekommen ist, haben lokale Regierungen und (in geringerem Ausmaß) Angehörige verschiedener Religionsgemeinschaften ermutigende Schritte unternommen, um religiöse Diskriminierung zu bekämpfen und den interreligiösen Dialog zu fördern. Die Katholische Kirche wiederum ist zu einem wichtigen politischen Akteur geworden und beteiligt sich aktiv an Bemühungen zur Konfliktlösung.

Dschihadismus in der Region

In vielen Ländern sind die Anschläge bewaffneter Gruppen vor allem von Willkür und Profitdenken geprägt; sie haben ihre Ursache in wiederkehrenden Gewaltausbrüchen zwischen einzelnen Bevölkerungsgruppen und zeichnen sich gewissermaßen durch Gleichgültigkeit in Bezug auf die religiöse Identität ihrer Opfer aus – Muslime und Christen stehen gleichermaßen im Visier. Wie die Länderberichte zeigen, sind jedoch viele Staaten zunehmend auch vom

islamistischen Extremismus betroffen, vor allem in Westafrika und am Horn von Afrika. Im Berichtszeitraum waren mehrere dschihadistische Gruppen weiter in der Region aktiv, darunter Boko Haram, der sogenannte Islamische Staat (IS; auch: Daesh), Dschamaat Nusrat al-Islam wal-Muslimin (JNIM; Akronym nach der englischen Bezeichnung) und al-Shabaab.

Boko Haram hat vor allem rund um den Tschadsee, an den die Länder Nigeria, Tschad, Niger und Kamerun grenzen, Anschläge verübt und Gräueltaten gegen Sicherheitskräfte und Zivilisten begangen; dazu gehörten Morde, Entführungen und Plünderungen sowie das Niederbrennen ganzer Dörfer. Die Gruppe hat ihre Aktivitäten im Norden Kameruns ausgeweitet und in einem Fall 18 Zivilisten getötet und elf weitere verletzt, die in der Region Extrême-Nord in einem Lager für Vertriebene Schutz gesucht hatten.²³ In Niger waren Christen das Ziel der Terroristen und wurden vor die Wahl gestellt, das Gebiet zu verlassen oder zu sterben (siehe Länderbericht). Einige Länder in der Tschadsee-Region haben eine gemeinsame Taskforce zur Bekämpfung von Boko Haram eingerichtet, doch die Terrororganisation hat sich bisher als widerstandsfähig erwiesen.

Andere bewaffnete Extremistengruppen von Bedeutung, die in der Region aktiv sind, sind Ableger der grenzüberschreitenden Terrornetzwerke des IS und der JNIM. Letztere ist ein Zusammenschluss einzelner islamistischer Extremistengruppen, zu denen auch Al Kaida gehört (lokal als Al Kaida im Islamischen Maghreb (AQIM) bekannt). In Mali und Niger

operieren IS-Kämpfer unter dem Namen Islamischer Staat in der Großen Sahara (ISGS). Sowohl JNIM- als auch ISGS-Gruppen haben sich den Umsturz des Staates und die Durchsetzung islamischen Rechts auf die Fahne geschrieben; sie legen Hinterhalte und verüben Anschläge auf Soldaten und Zivilisten – und im Fall Malis sogar auf Friedenstruppen.²⁴ Das Verständnis dschihadistischer Gewalt wird dadurch erschwert, dass sie mit Gewalt zwischen Bevölkerungsgruppen verwoben ist; so wurden z. B. in Mali ethnische Gruppen angegriffen, weil man sie beschuldigte, Dschihadisten Unterschlupf zu gewähren (siehe Länderbericht).

Die Terrororganisation IS ist neuerdings auch in der Demokratischen Republik Kongo präsent. Im Jahr 2019 hat sie sich zu ihrem ersten Anschlag in der Stadt Beni bekannt und die Region zur „zentralafrikanischen Provinz des Kalifats“ erklärt.²⁵ Auch im Norden Mosambiks haben einheimische bewaffnete Gruppen dem IS Treue geschworen. Wie aus dem Länderbericht Mosambik hervorgeht, haben die Angriffe in diesem Gebiet seit dem Auftauchen lokaler Milizen gegen Ende des Jahres 2017 zugenommen. Die Dschihadisten haben grausame Gewalttaten begangen: Sie haben Soldaten ermordet, mehrfach Dutzende von Zivilisten enthauptet (vor allem Männer und Jungen, die sich weigerten, sich ihnen anzuschließen), Frauen und Kinder entführt und Dörfer geplündert und niedergebrannt.

Am Horn von Afrika hat al-Shabaab die somalische Bevölkerung terrorisiert, Zivilisten und Soldaten ermordet und Anschläge auf Regierungsgebäude und Hotels verübt. Besonders hervorzuheben ist die brutale Ermordung des Bürgermeisters von Mogadischu durch eine Selbstmordattentäterin von al-Shabaab im Jahr 2019.²⁶ Des Weiteren haben die Terroristen Christen angegriffen, die sie des Proselytismus bezichtigten, und Kinder entführt, um Lösegeld zu erpressen oder Soldaten aus ihnen zu machen. In Anbetracht mangelnder Religionsfreiheit sind Christen im Land gezwungen, im Verborgenen zu beten – aus Furcht, entführt oder getötet zu werden, wenn sie sich als Gläubige zu erkennen geben. Auch in der somalisch-kenianischen Grenzregion hat al-Shabaab Terroranschläge verübt und dabei das Ziel verfolgt, Nicht-Muslime ausfindig zu machen und zu töten.²⁷

Neben den zuvor genannten dschihadistischen Organisationen berichten die Behörden in Mali, Niger, Mosambik und der Demokratischen Republik Kongo von der Präsenz kleinerer bewaffneter einheimischer Gruppierungen. Diese Kämpfer haben oft Kontakte zu kriminellen Banden, und ihre Motivation ist ebenso das Streben nach Gewinn aus der illegalen Ressourcenausbeutung wie islamistischer Extremismus. In der Demokratischen Republik Kongo beispielsweise sind etwa 134 verschiedene bewaffnete Gruppen aktiv, darunter die *Allied Democratic Forces* (ADF; Alliierte Demokratische Kräfte). Diese Milizionäre verüben vor allem in der Region Kivu Anschläge, wo staatliche und nichtstaatliche Akteure um sogenannte „Blutminerale“ konkurrieren, die Ausbeute aus dem Abbau wertvoller Rohstoffe und Schwermetalle.²⁸ In Mosambik gefährdet der Aufstand der einheimischen Ansar al-Sunnah Wa-Jama in der nördlichen Provinz Cabo Delgado internationale Investitionen in milliarden schwere Erdgasprojekte. Im Jahr 2019 hat Ansar al-

Sunnah Wa-Jama dem IS Treue geschworen und erklärt, ein „Kalifat“ im Land errichten zu wollen.²⁹

Diskriminierung aufgrund der Religion

Neben den Schwerpunktthemen im Zusammenhang mit islamistischem Extremismus spielten im Berichtszeitraum auch Fälle von Diskriminierung sowie Verfolgung von Religionsgemeinschaften eine Rolle, wie in den Länderberichten ersichtlich wird.

So wurden z. B. im Senegal, in Malawi und in Liberia Fälle von Diskriminierung verzeichnet, bei denen Muslimas das Recht verwehrt wurde, in Schulen oder am Arbeitsplatz einen Schleier zu tragen (siehe Länderberichte). Es gab jedoch auch Fälle, in denen die Behörden Maßnahmen ergriffen haben, um entsprechende Probleme anzugehen. So wurden etwa in Südafrika Schulzeiten an das islamische Fest Eid angepasst, und muslimische Frauen dürfen künftig auch beim Militär Kopftuch tragen.³⁰

Im Bereich Verfolgung waren allerdings besorgniserregende Entwicklungen zu verzeichnen, darunter Angriffe vonseiten staatlicher und nichtstaatlicher Akteure auf Kultstätten und religiöse Oberhäupter. Entsprechende Vorfälle wurden aus Kenia, Malawi, Südafrika, Niger, Äthiopien und dem Sudan gemeldet (siehe Länderberichte). Im Sudan etwa haben die Behörden Kirchengrundbesitz beschlagnahmt, und Sicherheitskräfte sind während Protesten in Moscheen eingedrungen und haben die Heiligkeit der Gotteshäuser verletzt.³¹

Auch Fälle von gewaltsamer Verfolgung wurden gemeldet, wenn auch weniger häufig. Dazu gehörten Vergeltungsmaßnahmen von Muslimen gegen Konvertiten zum Christentum in Dschibuti, Liberia und Uganda. Besonders schwerwiegende Vorfälle ereigneten sich in Uganda, wo Menschen wegen ihres Religionswechsels verprügelt und getötet wurden.³²

Die Katholische Kirche als politischer Akteur

Während des Berichtszeitraums hat die Katholische Kirche in einer Reihe von Ländern eine wichtige diplomatische und seelsorgerische Rolle in der politischen Arena gespielt. Bischöfe haben sich mehrfach eingeschaltet und gegenüber den Medien oder der Regierung ihre Meinung zu Wahlprozessen geäußert, Korruption öffentlich kritisiert und Gewalt von Sicherheitskräften, Demonstranten und bewaffneten Extremisten angeprangert. Besonders hervorzuheben ist jedoch, dass die Kirche in einigen Ländern aktiv bei der Wahlbeobachtung, Schlichtung und Konfliktlösung mitgewirkt hat.

In Kamerun, der Demokratischen Republik Kongo und Burundi (siehe Länderberichte) hat sich die Katholische Kirche für demokratische Prozesse stark gemacht, indem sie Tausende Beobachter entsandte, um Einschüchterung und Betrug bei Wahlen zu verhindern. In allen drei Ländern wurden dabei Unregelmäßigkeiten festgestellt. In der Demokratischen Republik Kongo stellte die Katholische Kirche sogar das Ergebnis der Präsidentschaftswahl in Frage. Dort siegte zwar letztlich der Oppositionsführer Félix Tshisekedi; doch der Kirche zufolge war der Wahlprozess von Betrug überschattet und der Kandidat Martin Fayulu der wahre Sieger.

Die aktivste Rolle, die die Katholische Kirche auf politischer Ebene übernommen hat, bestand allerdings in der Ermutigung, Unterstützung und Vermittlung im Rahmen von Friedensgesprächen. Im Kontext des südsudanesischen Bürgerkriegs (2013-2020) warb der dortige Kirchenrat durchgängig für Vergebung und Versöhnung und fungierte gleichzeitig als Drehscheibe für die Koordinierung von friedensfördernden Bemühungen. Die Gemeinschaft Sant'Egidio vermittelte zweimal erfolgreiche Waffenstillstandsabkommen.³³ Im April 2019 lud Papst Franziskus die Anführer der Konfliktparteien zu einer zweitägigen Einkehr in seine Residenz ein, um einen Dialog zu führen. Dieses Treffen – von dem ein Foto, auf dem der Heilige Vater vor Präsident Kiir niederkniet und dessen Füße küsst, weltweit für Schlagzeilen sorgte – gab einen wichtigen Anstoß für einen Neustart und letztlich den erfolgreichen Abschluss des Friedensprozesses.³⁴ Die Konfliktparteien dankten der Kirche im Land und dem Papst für ihr Engagement und zeigten damit die positive Rolle der Religion auf dem Gebiet der Verhandlungen und der Friedensförderung auf.

Auch in Kamerun hat die Katholische Kirche im Bürgerkrieg, der 2016 zwischen der frankophonen und der anglophonen Gemeinschaft ausbrach, weiterhin eine wichtige Vermittlerrolle gespielt. So fanden im Juli 2020 Friedensgespräche in der Residenz des Erzbischofs von Yaoundé statt.³⁵ Bis heute hat die Gewalt in Kamerun nach Angaben der Menschenrechtsorganisation *Human Rights Watch* mehr als 3500 Menschenleben gefordert³⁶ und die Feindseligkeiten setzen sich fort. Die katholischen Würdenträger verurteilen weiterhin die Gewalt und rufen zum Dialog zwischen den Konfliktparteien auf.

Ermutigende Zeichen des Zusammenlebens von Religionsgemeinschaften

Trotz zahlreicher beunruhigender Vorfälle, die aus der gesamten Region gemeldet werden, gibt es in einigen Ländern gute interreligiöse Beziehungen und Bemühungen zur Förderung religiöser Toleranz. In Burundi z. B. hat die Katholische Kirche 47 religiöse Oberhäupter, die ein breites Spektrum von Glaubensrichtungen vertraten, zur Teilnahme an einem Workshop eingeladen, der eine Stärkung der Fähigkeiten aller Religionsgemeinschaften im Bereich der Konfliktlösung und des friedlichen Miteinanders zum Ziel hatte.³⁷ Mit einem weiteren Beispiel für friedliches Zusammenleben kann Kenia aufwarten: Trotz der störenden Präsenz von Dschihadisten im Land sammelten Vertreter der Katholischen Kirche während der Weihnachtszeit Spenden für Muslime, und muslimische Oberhäupter sammelten im Rahmen ihrer religiösen Feste, wie z. B. das Fest des Fastenbrechens, für Christen.³⁸

Auswirkungen der Covid-19-Pandemie auf die Religionsfreiheit

Infolge der Maßnahmen zur räumlichen Distanzierung, die ergriffen wurden, um die Ausbreitung des neuartigen Coronavirus einzudämmen, blieben in den meisten Ländern der Region die Gotteshäuser mehrere Monate lang geschlossen. Davon waren sowohl die christliche Karwoche als auch der muslimische Fastenmonat Ramadan betroffen.

Die Schließung von Gotteshäusern löste in einigen Ländern Proteste aus. Auf den Komoren und im Niger versammelten sich Gläubige in Moscheen, um gegen die Schließung zu protestieren, da bis dahin in ihren Ländern keine Infektionen gemeldet worden waren. In Mosambik und Gabun kam es zu Spannungen, nachdem die Regierung eine Verlängerung der Schließung beschlossen hatte, obwohl Märkte, Schulen und Hotels wieder öffnen durften (siehe Länderberichte).

In Liberia, Guinea-Bissau und Sambia wiederum beschlossen die religiösen Verantwortungsträger in einigen Fällen, Kirchen und Moscheen nicht zu öffnen, obwohl eine entsprechende Genehmigung von staatlicher Seite vorlag. In Mali und im Senegal wurden Moscheen für Ramadan-Feierlichkeiten wieder geöffnet, während die Kirche in diesen Ländern beschloss, ihre Gotteshäuser aufgrund der hohen Zahl der registrierten Covid-19-Fälle geschlossen zu halten.

Situationen, die besondere Aufmerksamkeit erfordern

Wie aus den Länderberichten hervorgeht, konnten dschihadistische Gruppen ihre Präsenz in der Region weiter ausbauen; vor allem die instabile Sahelzone ist zu einem Rückzugsgebiet für den IS und weitere bewaffnete Gruppen, die mit Al Kaida verbunden sind, geworden. Die Auswirkungen dieser fundamentalistischen Präsenz sind durch Gewalt zwischen einzelnen Bevölkerungsgruppen und ethnopolitische Konflikte noch vielschichtiger – mit besorgniserregenden Folgen für Religionsgemeinschaften. Insbesondere wird die Religionszugehörigkeit in Konfliktsituationen oft missbraucht, um Menschen gewissermaßen als Mitglieder der einen oder anderen Konfliktpartei zu brandmarken. Dadurch werden Gläubige der Gefahr von Angriffen ausgesetzt, obwohl die Religion an sich nicht die Hauptursache der Gewalt ist.

In Westafrika konnten multinationale Militäreinsätze bisher keinen entscheidenden Erfolg gegen die Terrorgruppe Boko Haram verbuchen, die sich 2015 dem IS angeschlossen hat.³⁹ Auch in anderen Gegenden konnten Dschihadisten an Boden gewinnen: Insgesamt hat der IS in Afrika sechs sogenannte „Provinzen des Kalifats“ ausgerufen⁴⁰ und seine Anschläge im Norden Mosambiks in den vergangenen zwei Jahren ausgeweitet.⁴¹ In Somalia kam es zu gewalttätigen Angriffen von al-Shabaab, und es bleibt abzuwarten, inwiefern sich die Lage nach dem Abzug der Mission der Afrikanischen Union in Somalia im Dezember 2020 verschärfen wird.⁴²

Schließlich gab es im Berichtszeitraum mit dem Machtwechsel im Sudan eine positive Entwicklung. Mit der Absetzung von Umar al-Baschir und den darauffolgenden Schritten, die die Übergangsregierung – in deutlichem Kontrast zum vorherigen islamistischen Regime – zur Förderung des religiösen Miteinanders unternommen hat, wurde im Land eine neue Ära der Religionsfreiheit eingeläutet. Einer dieser Schritte war eine öffentliche Entschuldigung, die der Minister für religiöse Angelegenheiten und Stiftungen, Nasredin Mufreh, an die sudanesischen Christen richtete: „für die Unterdrückung und den Schaden, der euren Körpern zugefügt wurde, die Zerstörung eurer Tempel, den Diebstahl eures Eigentums und die ungerechte Verhaftung und Verfolgung eurer Diener und die Beschlagnahmung von Kirchengebäuden“.⁴³



fallstudie

FALLSTUDIE

Mosambik: Gewalt außer Kontrolle

Anfang November 2020 wurden fünfzehn Jungen und fünf Erwachsene, die in einem kleinen Bauerndorf namens 24 de Março im Distrikt Muidumbe an einem Initiationsritus für Teenager teilnahmen, von Milizionären des Islamischen Staats (IS) mit Macheten enthauptet. Anschließend brachten die Dschihadisten die Leichen ihrer Opfer zu einem Fußballfeld im Dorf Muatide.⁴⁴ Bei einem ähnlichen Überfall, der etwas später ebenfalls von Dschihadisten im gleichen Distrikt begangen wurde, wurden 30 Jugendliche und Erwachsene enthauptet. Ihre Leichen wurden ebenfalls nach Muatide gebracht und dort in grausamer Weise zur Schau gestellt, um „die örtliche Gemeinschaft in Angst und Schrecken zu versetzen.“⁴⁵

Diesen Massakern ging ein Massenangriff im April 2020 voraus, bei dem schätzungsweise 52 Männer im Dorf Xitaxi (Distrikt Muidumbe) getötet wurden, nachdem sie sich geweigert hatten, sich den Dschihadisten anzuschließen.⁴⁶ In einer Erklärung gegenüber dem staatlichen Fernsehsender TVM sagte Polizeisprecher Orlando Mudumane: „Die Verbrecher haben versucht, junge Leute für ihre Reihen zu rekrutieren, doch es gab Widerstand. Das verärgerte die Verbrecher, die willkürlich und auf grausame und diabolische Weise 52 junge Menschen töteten.“⁴⁷

Diese Beispiele verdeutlichen einen wachsenden Trend der extremen Gewalt und des Mordens in Mosambiks nördlicher Provinz Cabo Delgado. Berechnungen zufolge hat die mit dem IS verbundene fundamentalistische Gruppe Ansar al-Sunnah Wa-Jama (lokal auch al-Shabaab genannt) in den vergangenen drei Jahren mehr als 2.500 Zivilisten getötet und über 570 000 Menschen vertrieben.⁴⁸

Der Siegeszug des islamistischen Extremismus im Norden Mosambiks ist ein komplexes Phänomen, das mehrere Ursachen hat. Zu den Faktoren, die die schnelle Ausbreitung und Rekrutierungsfähigkeit dschihadistischer Netzwerke begünstigen, gehören Armut und Korruption; schwache staatliche Strukturen; fehlende Bildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten; die Ankunft transnational agierender krimineller Netzwerke, die vom illegalen Handel mit Holz, Edelsteinen, Gold oder Drogen profitieren; Frustration in der einheimischen Bevölkerung, die von den Gewinnen aus Bodenschätzen ausgeschlossen ist; Missstände infolge repressiver Maßnahmen der Sicherheitskräfte; fehlende Landrechte; und fundamentalistische Einflüsse aus Ländern wie Saudi-Arabien und Somalia. Diese Ursachen, die den Aufstieg von Gruppen wie al-Shabaab begünstigen, spiegeln ein ähnliches Muster und eine ähnliche Dynamik islamistischer Radikalisierung und extremer Gewalt wider, wie sie auch in anderen Gebieten (z. B. im Tschadseebecken, in der Sahelzone und in Somalia) zu beobachten sind.

Ungeachtet der Tatsache, dass alle Akteure die Notwendigkeit anerkennen, der Suche nach Lösungen für die sozioökonomischen Ursachen des Konflikts Priorität einzuräumen, war die Reaktion bisher vor allem militärisch – was die Spirale der Gewalt noch beschleunigt hat. Für Luis Fernando Lisboa, den ehemaligen katholischen Bischof von Pemba, der Hauptstadt von Cabo Delgado, ist die einzige nachhaltige Antwort auf den gewalttätigen Extremismus in der Provinz soziale Gerechtigkeit.

Überlebende des Massakers in Muidumbe, die 300 km zu Fuß zurücklegten, um in eine Flüchtlingsiedlung in Pemba zu gelangen, wo die Caritas sich ihrer annimmt. Mosambik, Cabo Delgado, Dezember 2020.





REGIONALE ANALYSE

Festland-Asien

Zur Region Festland-Asien werden Ostasien, die koreanische Halbinsel, das südostasiatische Festland und der indische Subkontinent sowie die großen Inselstaaten in unmittelbarer Nähe zu den asiatischen Küsten (Japan, Taiwan und Sri Lanka) gerechnet. Einerseits liegen in dieser bevölkerungsreichen und strategisch wichtigen Region Länder wie China, Nordkorea und Myanmar, in denen derzeit einige der schwerwiegendsten Verstöße gegen die Religionsfreiheit weltweit zu verzeichnen sind; andererseits können sich mehrere Staaten – insbesondere Japan, Taiwan und Südkorea – eines robusten und stabilen Schutzes der Religionsfreiheit rühmen, der verfassungsrechtlichen und kulturellen Rückhalt genießt.

Mehrere Staaten in Festland-Asien sind weiterhin marxistische Einparteiendiktaturen. Dem größten dieser Länder, China, mit seiner Bevölkerung von 1,4 Mrd. Menschen, gebührt die zweifelhafte Ehre, über eine der allgegenwärtigsten und effektivsten staatlichen Maschinerien zur Kontrolle der Religion zu verfügen, die derzeit auf der Welt in Betrieb sind. Laut dem jüngsten Bericht des Meinungsforschungsinstituts Pew Research Center zu globalen Einschränkungen der Religionsfreiheit, der im November 2020 erschien, erreicht China auf dem *Government Restrictions Index* (GRI; Index staatlicher Restriktionen) 9,3 von 10 möglichen Punkten – der höchste Wert im weltweiten Vergleich der Studie.⁴⁹ Mit einer Kombination aus Massenüberwachung, einem Sozialkreditsystem, das individuelles Verhalten unter die Lupe nimmt und sanktioniert, und brutalem Vorgehen gegen religiöse und ethnische Gemeinschaften, die der Abtrünnigkeit verdächtigt werden, ist die Kommunistische Partei Chinas (KPCh) eine Klasse für sich, wenn es darum geht, die

Religionsfreiheit zu erstickern. Wie der Länderbericht China aufzeigt, ist die KPCh nur noch brutaler geworden, seit Xi Jinping 2013 das Präsidentenamt antrat; die Masseninternierung von über einer Million ethnischer Uiguren in der Provinz Xinjiang und die erzwungene Teilnahme dieser überwiegend muslimischen Menschen an sogenannten „Deradikalisierungsprogrammen“ seit 2017 sprechen in dieser Hinsicht eine deutliche Sprache.⁵⁰

Weitere Regime in Festland-Asien mit ähnlichen marxistisch geprägten Ideologien und Mechanismen der Religionskontrolle gibt es in Nordkorea, Vietnam und Laos. Wie die Länderberichte belegen, betreibt Nordkorea gegenüber der Religion eine Vernichtungspolitik, die sogar noch einschneidender ist als die der KPCh. Vietnam und Laos hingegen sind dabei, bescheidene und schrittweise Reformen durchzuführen, die zumindest staatlich registrierten Religionsgemeinschaften etwas mehr Freiheit einräumen, was den Besitz von Eigentum und die Religionsausübung angeht. Nicht registrierte Gemeinschaften, vor allem unabhängige Buddhisten in Vietnam und evangelische Protestanten in Laos, sind jedoch weiterhin beträchtlichen Schikanen und Diskriminierungen ausgesetzt, insbesondere auf kommunaler Ebene.

Abgesehen von den religiösen Einschränkungen, die marxistische Diktaturen „von oben“ auferlegen, stellt ein ethnoreligiöser Nationalismus „von unten“ die Religionsfreiheit in Festland-Asien vor eine ernste Herausforderung. Während eine methodische, staatlich geförderte Religionskontrolle im Allgemeinen nur in autokratischen Kontexten wie den kommunistisch regierten Staaten China und Nordkorea möglich ist, greifen die Flammen des ethnoreligiösen

Nationalismus dort besonders zerstörerisch um sich, wo sie vom Sauerstoff demokratischer Kontroversen und der Mobilisierung der Bevölkerung genährt werden. Beispiele für solche demokratischen oder halbwegs demokratischen Kontexte, die den Aufstieg eines religiösen Nationalismus der Mehrheit begünstigen, sind Indien und Nepal (beide mehrheitlich hinduistisch) sowie die mehrheitlich buddhistischen Staaten Sri Lanka, Myanmar, Thailand und – in abgeschwächter Ausprägung – Bhutan (siehe Länderberichte).

Mit einer Bevölkerung von fast 1,4 Mrd. Menschen ist Indien sowohl die größte Demokratie der Welt als auch das Land mit der weltweit größten und virulentesten Bewegung des religiösen Nationalismus. Seit den 1990er-Jahren ist die indische Wahlkampfpolitik von mehr Konkurrenz geprägt, und eine wachsende Zahl von Indern fühlt sich von der hindu-nationalistischen Botschaft angesprochen, der zufolge Indiens Kultur und nationale Identität ihrem Wesen nach hinduistisch sind. Die hindu-nationalistische *Bharatiya Janata Party* (BJP; Indische Volkspartei) erreichte bei den Parlamentswahlen 2014 und 2019 jeweils die absolute Mehrheit. Durch diese Erfolge ermutigt, hat die BJP ihr kulturell-nationalistisches Programm in einer Weise vorangetrieben, dass die Religionsfreiheit und weitere grundlegende bürgerliche Freiheiten untergraben werden und Muslime und Christen – besonders auf kommunaler Ebene – ins Visier genommen werden, sobald es um Themen wie das Schlachten von Kühen oder Konversion geht.⁵¹ Gemäß der oben erwähnten Pew-Research-Studie zu globalen Einschränkungen der Religionsfreiheit aus dem November 2020 erreicht Indien „den höchsten Grad an gesellschaftlicher Feindseligkeit – nicht nur unter den bevölkerungsreichsten Ländern, sondern unter allen 198 Ländern der Studie“ und erzielt auf dem *Social Hostilities Index* (SHI; Index gesellschaftlicher Feindseligkeit) 9,6 von 10 möglichen Punkten.⁵² Die Vermutung, dass der auf Exklusivismus beruhende religiöse Nationalismus in Festland-Asien Schule machen könnte, liegt nahe, da auch das mehrheitlich von Hindus bewohnte Nepal vor Kurzem eine Verfassung und ein Strafgesetzbuch verabschiedet hat, durch die Missionierung verboten und nicht-hinduistische Gemeinschaften und Organisationen ausgegrenzt werden.⁵³

Des Weiteren haben zahlreiche Länder mit buddhistischer Bevölkerungsmehrheit, allen voran Sri Lanka, Myanmar und Thailand, den Aufstieg extremistischer ethnoreligiöser Führer und Organisationen erlebt, die einen ähnlich minderheitenfeindlichen Hass verbreiten (siehe Länderberichte). Beispielhaft seien hier die Bewegung „969“ und die Buddha-Dhamma-Parahita-Stiftung in Myanmar sowie Bodu Bala Sena in Sri Lanka genannt. Derartige Gruppen sind mitverantwortlich dafür, dass muslimische Minderheiten sowohl in Myanmar als auch in Sri Lanka verstärkt angegriffen wurden, wobei der in mehreren Phasen verlaufende Völkermord an den überwiegend muslimischen Rohingya in Myanmars Rakhine-Staat im Zeitraum 2016-2017 das bei Weitem ungeheuerlichste Beispiel ist.⁵⁴ Im Kachin-Staat wurden auch auf Christen und Hindus gezielte Anschläge verübt.⁵⁵ Unterdessen haben in Sri Lanka eindeutige Siege der *Sri Lanka Podujana Peramuna* (SLPP; „Sri-Lanka-Volksfront“) bei den Präsidentschafts- und Par-

lamentwahlen 2019 und 2020 dazu geführt, dass nun eine politische Partei, deren Kurs ein singhalesisch-buddhistischer Nationalismus und deren Einstellung religiösen Minderheiten gegenüber feindselig ist, in dem Inselstaat den Ton angibt.

Eine weitere Bedrohung für die Religionsfreiheit in der Region stellt der transnationale islamistische Extremismus dar. Der mit Abstand verheerendste einzelne Gewaltakt der vergangenen Jahre, der die christliche Gemeinschaft traf, war ein islamistisches Selbstmordattentat in Sri Lanka am Ostersonntag, dem 21. April 2019, bei dem drei Kirchen und drei Hotels in Colombo und anderen Städten angegriffen und 267 Menschen getötet sowie etwa 500 verletzt wurden.⁵⁶ Antimuslimische Rhetorik und Gewalt vonseiten buddhistischer Extremisten, die seit dem Ende des Bürgerkriegs im Jahr 2009 stetig zugenommen hat, hat offenbar bei der Radikalisierung der Täter eine Rolle gespielt.⁵⁷ Der islamistische Terroranschlag selbst wiederum trug erheblich dazu bei, dass der extremistisch-buddhistische Nationalismus im Land geschürt wurde und ebnete den Weg für die massiven Wahlsiege der singhalesisch-buddhistischen Nationalisten Ende 2019 und Mitte 2020.⁵⁸

Die Ereignisse in Sri Lanka veranschaulichen, wie die größten Bedrohungen für die Religionsfreiheit in Festland-Asien – nämlich religiös-autokratische Herrschaft, Nationalismus und islamistischer Extremismus – nicht nur jeweils für sich betrachtet gefährlich sind, sondern sich darüber hinaus in einem zerstörerischen Kreislauf gegenseitig verstärken. Auch bei den Angriffen auf die Uiguren in China geht ein ausgeprägter Han-chinesischer Nationalismus eine Verbindung mit dem Verlangen ein, nach einer Serie von Terroranschlägen von radikalen Uiguren auf ethnische Chinesen in der Provinz Xinjiang im Zeitraum 2009-2016 „zurückzuschlagen“.⁵⁹ Da es starke Anzeichen dafür gibt, dass Autoritarismus, ethnischer und religiöser Nationalismus und Dschihadismus allesamt weiter zunehmen und sich in ganz Festland-Asien gegenseitig verstärken werden, wird dieser Teufelskreis in den kommenden Jahren wahrscheinlich noch teuflischer werden – mit verhängnisvollen Folgen für die Religionsfreiheit.

Ein Fenster zur Seele: China bedroht die Religionsfreiheit

Kein Regime in der Geschichte war je erfolgreicher darin, George Orwells dystopischen Roman „1984“ Wirklichkeit werden zu lassen, als die Volksrepublik China. Tatsächlich ist der Unterdrückungsapparat, den die Kommunistische Partei Chinas (KPCh) in den vergangenen Jahren aufgebaut hat, so fein abgestimmt, allgegenwärtig und technologisch ausgefeilt, dass der „Große Bruder“ aus Orwells Roman daneben wie ein Amateur erscheint.

Maßnahmen, die zunächst zur Überwachung der mehrheitlich muslimischen Uiguren in der Unruheprovinz Xinjiang eingesetzt wurden, halten mittlerweile im ganzen Land Einzug und machen China zu einem Überwachungsstaat mit 1,4 Milliarden Einwohnern. Ein Aspekt davon sind die „scharfen Augen“ – die Verbreitung hochentwickelter Sicherheitskameras und Datenscanner. Anders als herkömmliche Videoüberwachungsanlagen sind die neuen Geräte in der Lage, der Polizei hochauflösende Bilder von einzelnen Gesichtern zu liefern. In Ürümqi, der Hauptstadt der Provinz Xinjiang, hat die Polizei mehr als 18 000 Kameras zur Gesichtserkennung installiert, die rund 3500 Wohnkomplexe der Stadt im Auge haben,⁶⁰ und in ganz China dürfte sich die Zahl der Sicherheitskameras im öffentlichen und privaten Raum bis Ende 2020 voraussichtlich auf 626 Mio. erhöhen.⁶¹ Zudem sind landesweit an wichtigen Fußgängerkontrollpunkten Smartphone-Scanner installiert, die unbemerkt Daten von Passanten abgreifen.

Mithilfe spezieller Apps auf ihren Smartphones können Polizisten die gesammelten Daten dann auf gemeinsame Analyseplattformen hochladen, wie die „Integrierte Plattform für gemeinsame Operationen“, die derzeit in Xinjiang in Betrieb ist.⁶² Auf diesen Plattformen werden die gesammelten Informationen verglichen und Personen gekennzeichnet, die sich mit bekannten „Querulanten“ treffen, Apps nutzen, die eine Verschlüsselung verwenden (z. B. WhatsApp) oder in ungewöhnlich hohem Ausmaß religiös aktiv sind.

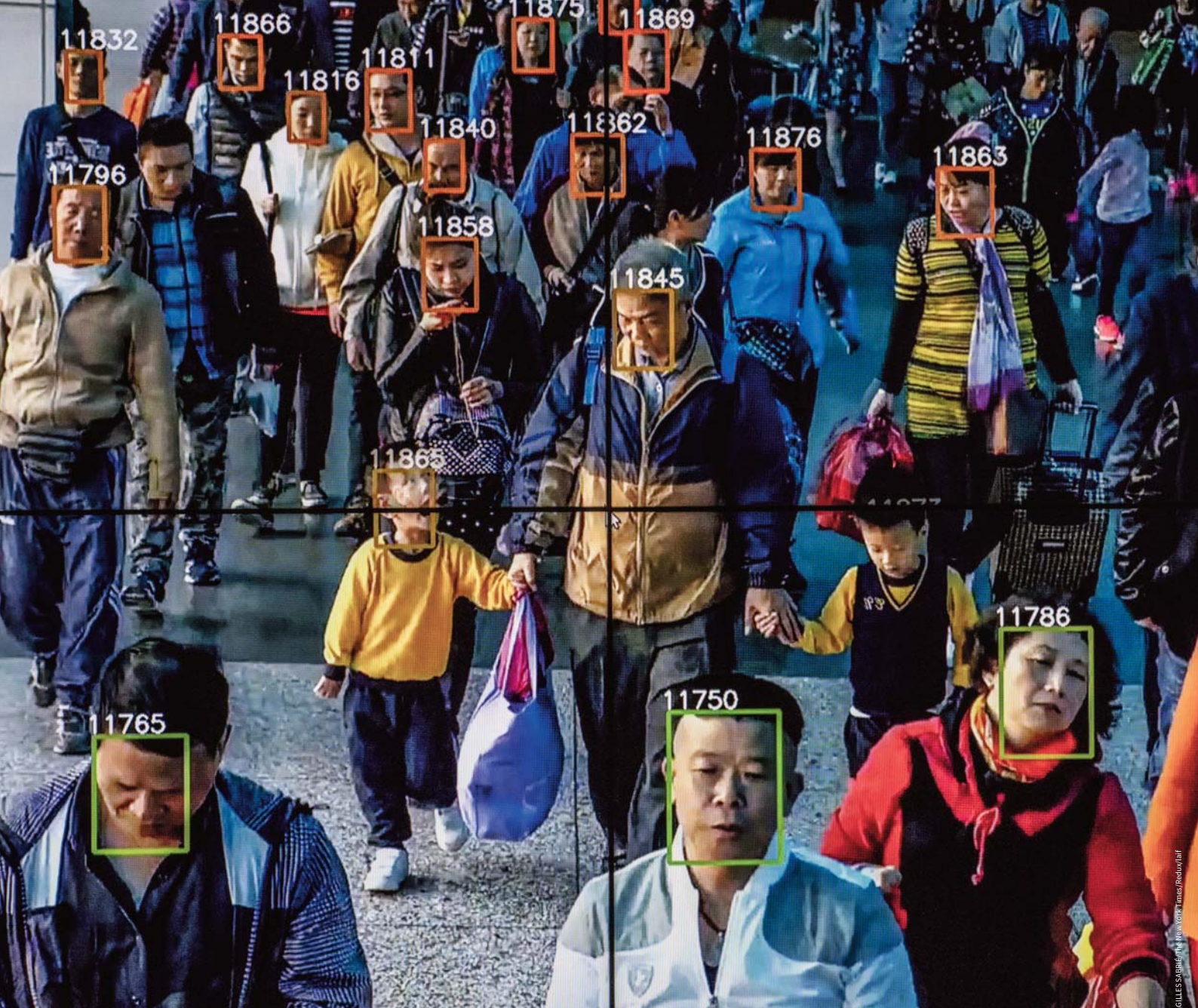
In der Tat sind die Auswirkungen auf die Religionsfreiheit bereits spürbar. Religionsgemeinschaften, die als unmittelbare Herausforderung für ein atheistisches System wahrgenommen werden, das keine „Nebenbuhler“ duldet, stehen unter Beobachtung – ein Trend, der sich in der Zukunft noch verstärken wird. Die ungeheuerlichste Verletzung der Religionsfreiheit ist jedoch das Vorgehen gegen die uigurischen Muslime im Autonomen Gebiet Xinjiang. Im Rahmen der Kampagne „Hartes Vorgehen gegen Terrorismus“ wurden schätzungsweise eine Million⁶³ der insgesamt 13 Mio. turkstämmigen Muslime⁶⁴ in „Umerziehungslagern“ interniert und „massenhafter willkürlicher Festnahme, Folter und Misshandlung“ ausgesetzt.⁶⁵ Diejenigen, die sich im Freien aufhalten, können der erzwungenen Sammlung biometri-

scher Daten und der Verfolgung durch omnipräsente, mit künstliche-Intelligenz-gestützter Gesichtserkennung ausgestattete Kameras sowie Software, die Sprachnachrichten aufzeichnet, übersetzt und transkribiert, nicht entgehen – Werkzeuge, die eine gezielte staatliche Repression ermöglichen. Die Menschenrechtsorganisation *Human Rights Watch* stellte 2018 fest: „Draußen werden Menschen für die friedliche Religionsausübung bestraft; draußen sind die Einschränkungen der Regierung bezüglich Religion so stringent, dass der Islam de facto verboten ist.“⁶⁶

Doch auch Christen sind im Visier der Überwachungs- und Repressionstechnologien. Berichten zufolge wurden Ende 2020 „über 200 Gesichtserkennungskameras in Kirchen und Tempeln in einem Kreis der Provinz Jiangxi installiert“: 50 in Kirchen der staatlich registrierten Drei-Selbst-Bewegung und beinahe 50 in 16 buddhistischen und taoistischen Gotteshäusern.⁶⁷ Kirchen, die sich weigern, die Kameras zu installieren, wie z. B. die Zionskirche (eine der größten nicht registrierten Hauskirchen in Peking) werden geschlossen.⁶⁸

Ein weiteres Element des chinesischen Überwachungsstaats ist das sogenannte Sozialkreditsystem. Zwar existiert derzeit noch keine einheitliche landesweite Struktur; doch haben mehrere größere Kommunen (einschließlich Peking) Systeme eingeführt, in denen Individuen auf der Grundlage ihres „guten“ und „schlechten“ Verhaltens Reputationspunkte sammeln.⁶⁹ Dabei kann „schlechtes Verhalten“ genauso in zu häufigen Gotteshausbesuchen bestehen wie in dem Versäumnis, der Polizei bei der Identifizierung von religiösen Dissidenten wie Falun-Gong-Mitgliedern zu helfen. Eine niedrige „soziale Kreditwürdigkeit“ kann es jemandem unmöglich machen, Zug- oder Flugtickets zu kaufen oder seinen Kindern einen Platz in einer begehrten Schule zu sichern. Die KPCh plant offenbar, dem ganzen Land ein integriertes Sozialkreditsystem aufzuzwingen.

Das Konzept des Sozialkredits wurde erweitert, um ranghohe Mitglieder von Religionsgemeinschaften gesondert zu erfassen. Am 9. Februar 2021 führte das Staatliche Amt für Religiöse Angelegenheiten (SARA) eine Datenbank mit dem Namen „Administrative Maßnahmen für religiöses Personal“ ein, die auf alle Glaubensgemeinschaften anwendbar ist und Informationen über Geistliche, Mönche, Priester und Bischöfe enthält. In dem System sollen „Belohnungen“ genauso wie verhängte „Strafen“ (einschließlich der Aberkennung des geistlichen Amtes) und weitere Informationen aufgezeichnet werden.⁷⁰ Die religiösen Oberhäupter sind verpflichtet, „die Führung der Kommunistischen Partei Chinas zu unterstützen, das sozialistische System zu unterstützen“, „sich gegen illegale religiöse Aktivitäten und religiösen Extremismus sowie



Ein Video zeigt die Gesichtserkennungssoftware, die in der Zentrale des Künstliche-Intelligenz-Unternehmens Megvii in Peking, China, verwendet wird.

gegen die Unterwanderung durch ausländische Kräfte, die sich der Religion bedienen, zur Wehr zu setzen“.⁷¹

Samuel Brownback, US-Sonderbotschafter für internationale Religionsfreiheit, warnte davor, dass Chinas Methoden „die Zukunft religiöser Unterdrückung“ darstellten und religiöse Minderheiten künftig von einem System unterdrückt würden, „in dem sie nicht in der Gesellschaft leben und arbeiten und weiterhin ihren Glauben ausüben können“.⁷²

Drei Merkmale des chinesischen Hightech-Leviathans sind besonders beunruhigend: (1) Die rasante technologische Entwicklung bedeutet, dass es unvermeidlich ist, dass das System noch ausgefeilter und umfassender wird; (2) China exportiert aktiv Elemente seines Überwachungsstaats in andere Länder, wie z. B. an seine Nachbarn in Zentralasien;⁷³ (3) das System ist so konzipiert, dass „gutes“ Verhalten belohnt und „schlechtes“ Verhalten bestraft wird.

Von den genannten Merkmalen birgt das dritte möglicherweise die größten Gefahren. Denn es schafft starke Anreize für Chinas Bürger, mit dem Überwachungsstaat des Regimes zu kooperieren und ihn sogar zu lieben – ähnlich wie die fiktive Person Winston Smith am Ende von Orwells Roman dazu kommt, den „Großen Bruder“ zu lieben. So ist vielleicht das Einzige, was schlimmer ist als eine verhasste Diktatur, eine Diktatur, die sich weitverbreiteter Akzeptanz, Legitimität und sogar Zuneigung erfreut. Wie Mark Warner, demokratischer Vize-Vorsitzender des Geheimdienstauschusses im US-Senat, feststellte: „Die kommunistischen Parteiführer entwickeln ein Modell der technologischen Regierungsführung, das (...) Orwell zum Erröten bringen würde.“⁷⁴



REGIONALE ANALYSE

Maritimes Asien

Zur Region Maritimes Asien werden die Malaiische Halbinsel, der Malaiische Archipel, Australien, Neuseeland und die zahlreichen kleinen Inselstaaten der indopazifischen Region gezählt. Religiöse Verfolgung trägt wesentlich zu Konflikten und Instabilität in diesem strategisch wichtigen Gebiet bei. Ihr bei Weitem wichtigster Motor ist der militante Islamismus, der im Bündnis mit einer staatlichen Macht agieren kann oder auch von nicht staatlichen Akteure und Bewegungen befeuert wird.

Diese auf eine islamistische Ideologie zurückzuführende Unterdrückung der Religionsfreiheit kann in der gesamten Region beobachtet werden, doch die extremsten Beispiele sind Malaysia und die Malediven (siehe Länderberichte). Während der radikale Islamismus in Malaysia selten gewalttätige Formen annimmt, setzt die Regierung sowohl auf Bundes- als auch auf Gliedstaatenebene eine rigide islamische Orthodoxie durch und bedient sich dazu eines Systems der Regulierung von Religionsgemeinschaften, das zu den einschneidendsten der Welt gehört. Als Wahldemokratie praktiziert Malaysia einen ethnoreligiösen Majoritarismus, der die religiösen Grundfreiheiten der muslimischen, ethnisch-malaiischen Mehrheit sowie der buddhistischen, hinduistischen und christlichen Minderheiten (überwiegend ethnische Chinesen und Inder) radikal einschränkt. Die Angehörigen der malaiisch-muslimischen Mehrheit haben im Grunde keine Religionsfreiheit, da der Staat die Art des Islam, an den sie glauben und den sie praktizieren müssen (eine bestimmte Schule des sunnitischen Islam) festlegt und vorschreibt, wodurch eine Konversion von dieser Form des Islam äußerst schwierig ist. Gleichzeitig erlegt der Staat

den religiösen und ethnischen Minderheiten im Land rücksichtslos zahlreiche Einschränkungen auf. So dürfen z. B. Nichtmuslime in Veröffentlichungen nicht das Wort „Allah“ für Gott gebrauchen,⁷⁵ und die Missionierung malaiischer Muslime durch Nicht-Muslime ist strengstens verboten und strafbar. Mit dem Zusammenbruch einer kurzlebigen Reformregierung und der Rückkehr zu einer Hardliner-Regierung im Februar 2020 sind jegliche Aussichten auf eine Verbesserung der Bedingungen für die Religionsfreiheit geschwunden. In diesem Klima rief der ehemalige malaysische Premierminister Mahathier bin Mohamad im Oktober 2020 auf Twitter die Muslime der Welt dazu auf, „Millionen Franzosen zu töten“, um sich für die Veröffentlichung von Karikaturen des Propheten Mohammed in der französischen Zeitschrift Charlie Hebdo zu rächen.⁷⁶

Der kleine Inselstaat der Malediven, südlich von Indien im Indischen Ozean gelegen, ist fest im Griff der staatlich verordneten islamischen Orthodoxie einerseits und eines nicht staatlichen islamistischen Extremismus andererseits. Als eines der religiös repressivsten Länder der Welt schreiben die Malediven formell vor, dass die Bürger dem sunnitischen Islam anhängen müssen und verbieten jegliche nicht muslimische Glaubensäußerung in der Öffentlichkeit; diese Regel gilt selbst für Touristen! Wie der Länderbericht zeigt, haben die Malediven seit dem Ende einer 30-jährigen Diktatur im Jahr 2008 zwar einige Fortschritte in Richtung Demokratie und Rechtsstaatlichkeit gemacht; doch hat das Land bisher weitgehend bei der Aufgabe versagt, dem gefährlichen Anstieg des dschihadistischen Extremismus Einhalt zu gebieten. Islamisten haben alle Hebel in Bewegung

gesetzt, um demokratische Reformen aufzuhalten. Es ist ihnen dabei sogar gelungen, die Regierung derart unter Druck zu setzen, dass sie die einflussreichste Menschenrechts-Nichtregierungsorganisation der Malediven Ende 2019 aufgelöst hat.⁷⁷

Auch in mehreren anderen Staaten im Maritimen Asien sind die gravierenden Folgen des Islamismus für die Religionsfreiheit sichtbar. In Indonesien (dem mit Abstand bevölkerungsreichsten Land der Region und der größten muslimischen Nation der Welt) haben militante Islamisten, die mit Gruppen wie der *Front Pembela Islam* (FPI, Front der Islam-Verteidiger) verbunden sind und sich gegen die offizielle Pancasila-Ideologie der religiösen Toleranz in Indonesien stellen, weiterhin mit einigen kommunalen Regierungsbeamten zusammengearbeitet, um Gotteshäuser religiöser Minderheiten zu schließen. Besonders aufsehenerregend war allerdings ihr Zusammenschluss mit Geschäftsleuten und politischen Eliten,⁷⁸ um den christlichen, chinesischstämmigen Gouverneur von Jakarta, Basuki Tjahaja Purnama (bekannt unter seinem Spitznamen „Ahok“), zu stürzen. Nachdem Ahok im Jahr 2017 eine Wahlniederlage erlitten hatte, musste er eine zweijährige Haftstrafe wegen Blasphemie verbüßen und wurde im Januar 2019 freigelassen.⁷⁹ Auch auf den mehrheitlich katholischen Philippinen befeuert nicht staatlicher Islamismus die gewalttätige Militanz der Terrororganisation Abu Sayyaf auf der großen, mehrheitlich muslimischen Südinsel Mindanao. Unterdessen hat das kleine Sultanat Brunei Darussalam im Berichtszeitraum ebenfalls Schritte zur Umsetzung einer kompromissloseren islamischen Ideologie unternommen. Im April 2019 führte Brunei Darussalam ein Scharia-Strafgesetzbuch ein,⁸⁰ welches die Diffamierung des Propheten Mohammed, Apostasie und sogar Missionierungen unter Nicht-Muslimen verbietet und Strafen wie das Auspeitschen oder den Tod durch Steinigung vorsieht (siehe Länderberichte).

Zumindest in einigen wesentlichen Aspekten weicht Indonesien von dem Muster einer fortschreitenden Islamisierung und Radikalisierung ab, das heute in vielen Ländern mit muslimischer Bevölkerungsmehrheit vorherrscht – sei es im Maritimen Asien, in Festland-Asien oder anderswo. Denn in Indonesien stehen den Anzeichen islamistischer Aktivität einige positive Trends im rechtlichen, politischen und religiösen Bereich gegenüber, die sich besonders in den vergangenen drei Jahren entwickelt haben. So wurde etwa mit einem weithin bejubelten Urteil des Verfassungsgerichts im Jahr 2017 der Schutz der Religionsfreiheit und der Zugang zu staatlichen Mitteln auf indigene spirituelle Gemeinschaften ausgeweitet, die keiner der sechs offiziell im Land anerkannten Religionen angehören.⁸¹ Des Weiteren konnte die Welle der islamistischen Mobilisierung, die Ahok zu Fall brachte, die Wahl des gemäßigten Präsidenten Joko Widodo im April 2019 nicht verhindern. Tatsächlich hat die Zurschaustellung islamistischer Macht in der Ahok-Affäre führende Persönlichkeiten in den Bereichen Politik und Religion dazu gebracht, Indonesiens politische und kulturelle Tradition der religiösen Toleranz zu stärken. Die *Nahdlatul Ulama* (NU; „Wiedererwachen der Gelehrten“) zum Beispiel, die größte zivilgesellschaftliche Bewegung des Landes und mit rund 90 Mio. Mitgliedern die größte islamische Organi-

sation der Welt, verfolgt eine nationale und globale Kampagne, um Elemente der islamischen Orthodoxie, die den dschihadistischen Extremismus und religiöse Intoleranz gegenüber Nicht-Muslimen begünstigt haben, neu zu kontextualisieren. Ende Oktober 2020 empfing die NU den damaligen US-amerikanischen Außenminister Mike Pompeo in Jakarta, um das gemeinsame Engagement für Religionsfreiheit und unveräußerliche Menschenrechte zum Ausdruck zu bringen.⁸²

Ermutigend ist außerdem, dass viele Länder der Region Maritimes Asien zu den religiös freiesten und friedlichsten der Welt gehören. Dazu zählen die großen Staaten Australien und Neuseeland, die mehrheitlich christlichen Staaten Papua-Neuguinea und Timor-Leste sowie die pazifischen Mikrostaaten Vanuatu, Samoa, Kiribati, Tonga, Mikronesien, Marshallinseln, Palau, Tuvalu, Nauru, Fidschi und Salomonen (siehe Länderberichte). Doch sind auch diese Länder nicht vor ernsthaften Herausforderungen gefeit: Das bemerkenswerteste Beispiel hierfür war sicherlich der Terroranschlag im neuseeländischen Christchurch, den ein australischer „White Supremacy“-Anhänger im März 2019 auf zwei Moscheen verübte, wo die Menschen sich zum Freitagsgebet versammelt hatten; bei dem Attentat wurden 51 Menschen getötet und mehr als 40 verletzt.⁸³ Darüber hinaus liegen Berichte über die Diskriminierung muslimischer Minderheiten in Australien, Papua-Neuguinea, Timor-Leste und auf den Marshallinseln vor. Vor allem Australien sieht sich anhaltender Kritik ausgesetzt – sowohl wegen mangelnder Offenheit gegenüber Menschen aus ganz Asien, die vor religiöser Verfolgung fliehen und Zuflucht suchen, als auch angesichts des Versagens, angemessene Einrichtungen für Asylsuchende zur Verfügung zu stellen.⁸⁴

Ethnoreligiöser Nationalismus: Manipulation des Strebens nach gemeinsamer Identität

Neben dem kommunistischen Totalitarismus und dem Islamismus gehört der religiöse Nationalismus zu den größten Bedrohungen für die Religionsfreiheit und das friedliche Zusammenleben der Religionen in unserer heutigen Welt. In zahlreichen Ländern (wie Indien, Sri Lanka, Pakistan, Myanmar, Malaysia, Bhutan und Nepal, um nur einige Beispiele zu nennen) sind religiöse Minderheiten zunehmend mit gravierender Marginalisierung und aktiver Verfolgung (oft durch ihre eigenen Mitbürger) konfrontiert – und dies inmitten anschwellender populistischer Bewegungen eines religiösen Majoritarismus (siehe Länderberichte).

In einer immer stärker von einer spirituell entleerten, globalen Konsumkultur geprägten Welt dürsten viele Menschen geradezu nach Formen der Identität und Gemeinschaft, die gehaltvoller und tiefgründiger sind. Ethnoreligiöser Nationalismus ist ein Versuch, widerstandsfähige Modelle der Zugehörigkeit in einer Welt des enormen Wandels zu schaffen. Er geht davon aus, dass sich die Identität des Einzelnen zum Teil aus seiner Zugehörigkeit zu einer großen Nation ableitet (definiert als ein einzigartiges Zusammenfließen von Religion, Ethnie, Sprache und Territorium) und durch eben diese Zugehörigkeit eine Aufwertung erfährt. Derartige Bewegungen erleben ihr größtes Wachstum derzeit offenbar in Asien. Wie die Länderberichte zeigen, florieren ethnoreligiöse nationalistische Bewegungen vor allem in den mehrheitlich buddhistischen Ländern Myanmar und Sri Lanka, im malaiisch-muslimischen Malaysia und im bengalisch-muslimischen Bangladesch.

Die Partei des indischen Premierministers Narendra Modi, die *Bharatiya Janata Party* (BJP; Indische Volkspartei) – die sich mit einem klaren Sieg bei den Parlamentswahlen 2019 erneut die Macht sichern konnte – hat der jahrzehntealten hindu-nationalistischen Bewegung zu neuer Attraktivität verholfen. Der Hindu-Nationalismus ist die weltweit größte religiös-nationalistische Bewegung und gründet auf einer im Wesentlichen ethnisch-religiösen Identität, deren glühendste Verfechter im konservativen „Kuhgürtel“ in Zentral- und Nordindien leben. Wie in vielen Ländern mit starken religiös-nationalistischen Bewegungen ist das institutionelle Bollwerk des Hindu-Nationalismus ein Netzwerk von nicht-staatlichen Akteuren, das sich zunehmender Resonanz und Einflussnahme in der indischen Bevölkerung erfreut. Das schlägt sich auch in den Wahlen nieder: Das Ergebnis von 40 % der Wählerstimmen im Jahr 2019 bescheinigt der BJP mit ihrer Hindutva-Philosophie (Errichtung eines mächtigen Hindu-Staats) eine hohe Massenattraktivität.⁸⁵

Wenn der Trend zu einem virulenten ethnoreligiösen Natio-

nalismus nicht gestoppt oder zumindest gebremst wird, sind katastrophale Folgen unvermeidlich. In vielen Ländern Asiens (aber auch in anderen populistischen Regimen weltweit), die der ethnoreligiöse Nationalismus in der Hand hat, ist bereits eine Kombination aus demokratischem Rückschritt und wachsender religiöser Unterdrückung zu beobachten. Wie in den Länderberichten ersichtlich wird, vollzieht sich beispielsweise in Demokratien wie Indien, Myanmar und Sri Lanka, die besonders stark von ethnoreligiösem Nationalismus geprägt sind, eine Entwicklung hin zu „hybriden“ autokratisch-demokratischen Regimen, die reguläre Wahlen mit starken Einschränkungen grundlegender Verfassungsrechte wie der Religionsfreiheit verbinden. Ein weiteres Beispiel in diesem Zusammenhang ist Pakistan: Seit Langem in den Fängen einer zur Waffe geratenen religiös-nationalistischen Identität und seit geraumer Zeit im Dunstkreis Chinas, ist das Land ein Lehrbuchfall einer religiös dominierten „Wahlautokratie“.

Was wir möglicherweise gerade erleben, ist das, was die Südasien-Wissenschaftlerin Farahnaz Ispahani als „Pakistanisierung“ Asiens bezeichnet hat:⁸⁶ Auf Exklusivismus gründende Mehrheitsidentitäten wirken mit zunehmend autoritären Staaten zusammen, um religiöse Minderheiten dauerhaft zu Bürgern zweiter Klasse zu machen – wenn sie nicht sogar vollkommen entrechtet oder vernichtet werden. Es bleibt ungewiss, wie viele weitere Länder entscheiden mögen, dass diese Art von Regime ein attraktives und tragfähiges politisches Modell darstellt. Gewiss ist allerdings, dass eine Kombination aus ethnoreligiösem Nationalismus und autoritärer Regierungsführung zutiefst unvereinbar ist mit einer stabilen Religionsfreiheit für alle Bürger – unabhängig von Glaube, Kaste oder Ethnie.

Demonstration in Kolkata, Indien, am 18. Januar 2020 gegen die im Dezember 2019 vom Parlament verabschiedete Änderung des Staatsbürgerschaftsgesetzes.



**STOP DIVIDING
INDIA ON
RELIGIOUS
LINES**

REGIONALE ANALYSE

Naher Osten und Nordafrika

von **Oliver Maksan**

Die Region Naher Osten und Nordafrika (MENA; Akronym nach der englischen Bezeichnung), zu der auch Afghanistan und Pakistan gezählt werden, erstreckt sich vom Iran im Südwesten Asiens bis nach Marokko im Nordwesten Afrikas.⁸⁷ In dieser transkontinentalen Region leben gut 6 % der Weltbevölkerung,⁸⁸ und es sind zahlreiche kulturelle und ethnische Gemeinschaften vertreten. Als Wiege der großen monotheistischen Weltreligionen (Judentum, Christentum und Islam) beherbergen diese Länder – in denen Religion und Politik häufig miteinander verflochten sind – mehr als 20 % Prozent aller Muslime⁸⁹ und 60 % der weltweiten Ölreserven,⁹⁰ was MENA zu einer Region mit erheblichem politischen und religiösen Einfluss auf globaler Ebene macht.

Mehrere MENA-Staaten haben im Berichtszeitraum zwar positive politische und gesellschaftliche Veränderungen erfahren, sind jedoch bei der Förderung und dem Schutz der Menschenrechte gewissermaßen stecken geblieben. Das rechtliche und gesellschaftliche Umfeld zeigt sich wenig veränderungswillig, und diskriminierende Gesetze und Praktiken, unter denen hauptsächlich Nicht-Muslime leiden, bestehen fort.

Bestenfalls wird die freie Religionsausübung garantiert, nicht aber vollumfängliche Religionsfreiheit. Wie die Länderberichte zeigen, beschränkt sich die systematische Verfolgung religiöser Minderheiten auf wenige Staaten (wie Saudi-Arabien, Iran und Pakistan); doch in den meisten Ländern der Region ist die Konversion vom Islam entweder gesetzlich verboten oder infolge des starken gesellschaftlichen Drucks faktisch nicht erlaubt. Missionstätigkeit ist in vielen dieser Länder gesetzeswidrig. Darüber hinaus werden sogenannte Blasphemiegesetze genutzt, um religiöse Minderheiten wie Christen, aber auch Atheisten und Islamkritiker zum Schweigen zu bringen. Die gesellschaftliche Toleranz gegenüber Christen ist nach wie vor gering, und es

kann jederzeit zu Gewaltausbrüchen kommen, wie zahlreiche Vorfälle in Oberägypten belegen.⁹¹

Trotz enormer Anstrengungen vonseiten internationaler staatlicher und nicht staatlicher (vor allem christlicher) Geber wird sich die Zahl der Christen im Irak wahrscheinlich nie von dem Schlag erholen, den die Dschihadisten des sogenannten Islamischen Staats (IS; auch: Daesh) der Gemeinschaft im Jahr 2014 versetzten. Die gleiche Tragödie hat sich in Syrien abgespielt: Im Jahr 2011 waren 10 % der Bevölkerung Christen; heute sind es nach Angaben des Apostolischen Nuntius nur noch 2 %.⁹²

Da die wirtschaftlichen und politischen Probleme, die den Arabischen Frühling ausgelöst haben, nicht grundlegend angegangen worden sind, wird die politische Instabilität weiter fortbestehen und gelegentlich „aufflammen“ – ein weiterer Unsicherheitsfaktor für die Angehörigen religiöser Minderheiten in der Region.

Im Berichtszeitraum waren einige wesentliche Tendenzen offensichtlich:

IS geschwächt, aber nicht zerstört

Die Zahl der abscheulichen Verbrechen, die von dschihadistischen Gruppen wie dem IS begangen wurden, ging im Berichtszeitraum – zumindest, was großangelegte Gewaltoffensiven betraf – zurück, nachdem sie vorher offensichtlich ihren Höchststand erreicht hatte. Trotzdem stellt bewaffneter islamistischer Fanatismus nach wie vor ein großes militärisches Problem dar, z. B. in Libyen und Teilen Syriens; und die territoriale Niederlage des IS in Syrien und im Irak sowie der Tod seines selbsternannten Kalifen Abu Bakr al-Baghdadi im Rahmen eines Einsatzes von US-Spezialkräften im Jahr 2019⁹³ hat nicht das Ende der Terrororganisation als solche bedeutet.⁹⁴ Wie in den Länderberich-

ten ersichtlich wird, hat der IS seinen Einflussbereich teilweise nach Afrika (vor allem südlich der Sahara) und Asien verlagert; in der MENA-Region ist er relativ untätig geblieben und hat nur sporadisch Muslime ebenso wie Nicht-Muslime terrorisiert. Mit dem Ende der territorialen Ausdehnung endete auch der unmittelbare und beispiellose Terror in der Region, den der IS auf dem Höhepunkt seiner Macht unter Menschen jeglicher Herkunft verbreitete.

Muslimische Selbstprüfung

Die in den sozialen Medien professionell zur Schau gestellte Brutalität des IS und anderer extremistischer Gruppen hat innerhalb der muslimischen Gemeinschaft einen Prozess gründlicher Selbstkritik in Gang gesetzt. So benannte beispielsweise der Generalsekretär der in Saudi-Arabien ansässigen Islamischen Weltliga, Muhammad bin Abdul Karim Al-Issa, im Jahr 2019 die Ursache der Islamophobie in der Welt schlicht wie folgt: „Wir Muslime selbst.“⁹⁵ Auch Ägyptens Präsident Sisi forderte wiederholt eine echte Reform des Islam.⁹⁶ Leider sind reformistische Diskurse von politischen Führern wie Sisi häufig mit deren eigener düsterer Menschenrechtsbilanz behaftet. Der Top-down-Ansatz ist auch deshalb eher kontraproduktiv, weil Reformbemühungen so als vornehmlich politisch motiviert wahrgenommen werden und es ihnen daher unter Anhängern des politischen Islam an Glaubwürdigkeit mangelt.

Kluft innerhalb des sunnitischen Islam vertieft sich

Unter den islamischen Ländern mit sunnitischer Mehrheit ist eine wachsende Kluft in Bezug auf die Unterstützung oder Nicht-Unterstützung der Muslimbruderschaft zu beobachten. Am Beginn stand der Sturz von Mohammed Mursi und der Muslimbruderschaft in Ägypten im Jahr 2013, der zu großen Teilen von Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten finanziert wurde.⁹⁷ Diese Anti-Muslimbrüder-Bewegung vertritt das Interesse, die selektive politische Dimension des Islam einzudämmen und schließlich zu beseitigen. Die Pro-Muslimbrüder-Bewegung wird durch die regionalen Gönner Türkei und Katar vertreten. Insbesondere die Türkei hat ihren Kurs bezüglich der politischen Rolle des Islam geändert. Wie der Länderbericht zeigt, hat Präsident Erdoğan mit seiner neo-osmanischen Außenpolitik den Laizismus Atatürks gewissermaßen beiseitegelegt und versucht, die Türkei als sunnitische Weltmacht zu positionieren. Dies hat zu militärischen Interventionen u. a. in Libyen, Syrien und im Krieg zwischen Armenien und Aserbaidschan geführt – wobei sich Erdoğan, wenn es denn opportun schien, auch mit Dschihadisten und Söldnern verbündete.⁹⁸ Die Umwandlung der Hagia Sophia von einem Museum in eine Moschee ist das aussagekräftigste und symbolträchtigste Beispiel für den Charakterwandel des türkischen Staats, in dessen Verlauf der Islam stärker in den Vordergrund rückt. Wie in den Länderberichten deutlich wird, gibt es zur gleichen Zeit in vielen anderen mehrheitlich muslimischen Ländern allerdings einen gegenläufigen Trend – hier sind die Machthaber bestrebt, engere Beziehungen zu Minderheiten aufzubauen.

Gesten der Regierung gegenüber religiösen Minderheiten

Einige Regierungen waren bemüht, in der Öffentlichkeit eine erneuerte Sensibilität im Hinblick auf religiöse Minder-

heiten und die Notwendigkeit, den religiösen Pluralismus zu erhalten, zu demonstrieren. Im Irak unternahm die Regierung entsprechende Schritte, indem sie Christen für hohe öffentliche Ämter nominierte und Weihnachten zum gesetzlichen Feiertag erklärte.⁹⁹ In Ägypten sorgten Projekte zum Bau von Kirchen, die Ende 2020 realisiert wurden, für neues Vertrauen unter den Christen.¹⁰⁰ Die Vereinigten Arabischen Emirate stellten ihr Engagement unter Beweis, indem sie den Wiederaufbau von christlichen Kulturerbestätten im Irak finanzierten, die der IS zerstört hatte.¹⁰¹ Obwohl auf solch große Gesten eher zaghafte Taten folgten, machten sie der nicht muslimischen Bevölkerung dennoch Hoffnung auf zunehmende Anerkennung ihres Platzes in der Gesellschaft. Die erste öffentliche heilige Messe, die Papst Franziskus 2019 auf der Arabischen Halbinsel feierte, ist ein weiteres wichtiges Beispiel für den Wandel.¹⁰²

Tendenzen in Richtung Überwindung des Sektarismus

Wie aus den Länderberichten Irak und Libanon hervorgeht, haben die Proteste in den Jahren 2019 und 2020 gezeigt, dass sich die Bevölkerung in der Region zunehmend nach einer guten Regierungsführung sehnt, die nicht auf Sektarismus beruht. Ein wichtiger Indikator hierfür waren die Demonstrationen von Sunniten, Schiiten und Christen im Irak, die geeint gegen einen dysfunktionalen Staat auf die Straße gingen. Nach den Demonstrationen ging der schiitische Premierminister Mustafa al-Kadhimi öffentlich auf die christliche Gemeinschaft zu. Er besuchte die Ninive-Ebene (wo Christen von Schabak-Milizen terrorisiert wurden) und rief die Christen öffentlich dazu auf, in dieser ihrer Heimat zu bleiben bzw. dorthin zurückzukehren, indem er erklärte: „Christen stellen eine der authentischsten Komponenten des Irak dar, und es schmerzt uns zu sehen, wie sie das Land verlassen.“¹⁰³ Im Januar 2021 wurde ein Ausschuss für die Rückgabe von christlichem Eigentum gegründet.¹⁰⁴

Auch die regierungskritischen Proteste im Libanon im Zeitraum 2019-2020, die Bürger aller Glaubensrichtungen vereinten, wurden vielfach als Aufstand gegen ein korruptes, auf Sektarismus basierendes System gewertet.¹⁰⁵ Doch die politische Sackgasse, in der das Land auch nach der Explosion in Beirut im August 2020 und den darauffolgenden internationalen Rufen nach Reformen weiter feststeckt, macht deutlich, wie tief der Sektarismus verwurzelt ist.

Verbesserungen im katholisch-muslimischen Dialog

Papst Franziskus hat erhebliche Anstrengungen unternommen, um das Verhältnis der Katholischen Kirche zur arabischen, überwiegend sunnitisch-muslimischen Welt zu verbessern. Die „Abkühlung“, die im Jahr 2006 nach der Regensburger Rede von Papst Benedikt XVI. eingetreten war (die als Kritik an einem inhärent gewalttätigen Islam interpretiert wurde), zog sich durch sein gesamtes Pontifikat.¹⁰⁶ Zur Aussetzung des institutionalisierten Dialogs zwischen Rom und der al-Azhar-Universität kam es schließlich im Jahr 2011, nachdem Papst Benedikt XVI. zum Schutz der Christen in Ägypten aufgerufen hatte.¹⁰⁷ Mit dem Amtsantritt von Papst Franziskus im Jahr 2013 konnte ein neues Kapitel aufgeschlagen werden. Er baute eine persönliche Beziehung zu Ahmad al-Tayyib, Großimam von al-Azhar, auf, die in der im Februar 2019 unterzeichneten Erklärung

von Abu Dhabi mit dem Titel „Brüderlichkeit aller Menschen für ein friedliches Zusammenleben in der Welt“ gipfelte.¹⁰⁸ Das Dokument ist zwar nur ein erster Schritt, aber dennoch ein Meilenstein im katholisch-muslimischen Dialog und gleichzeitig eine Bitte an alle Beteiligten, „aufzuhören, die Religionen zu instrumentalisieren, um Hass, Gewalt, Extremismus und blinden Fanatismus zu entfachen. Wir bitten, es zu unterlassen, den Namen Gottes zu benutzen, um Mord, Exil, Terrorismus und Unterdrückung zu rechtfertigen.“ Der Besuch von Papst Franziskus im Irak im Frühjahr 2021 – sein erster in einem Land mit schiitischer Mehrheit – wird hoffentlich zu einer Vertiefung des interreligiösen Dialogs beitragen und helfen, über die desolate Lage aufzuklären, in der sich Christen und andere religiöse Minderheiten im Irak und darüber hinaus befinden.

Herausbildung eines sunnitisch-israelischen Bündnisses

Die historische Feindschaft zwischen sunnitischen und schiitischen Regionalmächten wurde mit dem Entstehen einer anti-iranischen Allianz im Jahr 2020 weiter gefestigt: Sunnitische Staaten wie Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) sowie der jüdische Staat Israel verbündeten sich gegen Stellvertreter des Iran in Syrien, im Irak, Libanon und Jemen.¹⁰⁹ Die Tatsache, dass sich der jüdische Staat Israel offen auf eine solche Allianz eingelassen und der israelische Premierminister Netanjahu darüber hinaus sogar Saudi-Arabien besucht hat,¹¹⁰ ist bemerkenswert – und stellt eine bedeutende Wende in einer jahrzehntelangen Politik dar. Die von der US-Regierung vermittelten Abraham-Abkommen¹¹¹ zwischen Israel und muslimischen Staaten (darunter die VAE, Bahrain, Sudan und Marokko) sind eine Folge und nicht die Ursache dieser Entwicklung. Es ist durchaus denkbar, dass der antiisraelische und antijüdische Diskurs und die Ressentiments in den Mitgliedsländern der Allianz abnehmen werden. Andererseits könnte das neue Bündnis dazu führen, dass sich der ohnehin giftige antisemitische Diskurs in der Islamischen Republik Iran und bei deren regionalen Verbündeten verschärft.

Pakistan: Hoffnungsschimmer in einer dunklen Landschaft

Auch in dieser islamischen Republik hat es bezüglich der Religionsfreiheit bedeutende Veränderungen gegeben. Trotz nach wie vor vieler Verletzungen dieses Rechts und einer Zunahme der Blasphemie-Verfahren gab es im Berichtszeitraum einige juristische Erfolge bezüglich der Aufhebung von Urteilen unterer Instanzen zu verbuchen: Höherinstanzliche Gerichte entschieden zugunsten der Freiheit von Menschen, die wegen Gotteslästerung angeklagt oder verurteilt worden waren – darunter auch einige namhafte Angehörige nicht muslimischer Minderheiten wie die Christin Asia Bibi.¹¹² Exekutives und richterliches Handeln auf der föderalen Ebene hatte einen positiven Einfluss auf die Provinzen und umgekehrt. Diese Dynamik ist ermutigend – sofern es gelingt, sie aufrechtzuerhalten.

Muslimische Studenten beim Gebet in der Universitätsmoschee in Yogyakarta, Indonesien, März 2014.



Gibt es den einen Islam?

Faktensammlung zu den Zweigen des Islam

Der Begriff einer „arabischen Welt“ als Synonym für alle Länder mit muslimischer Bevölkerungsmehrheit kann zu Verwirrung führen. Denn der Islam hat – wie andere Religionen auch – verschiedene Zweige. Die beiden Hauptzweige sind das Sunnitentum (70 % der Muslime)¹¹³ – abgeleitet von *Sunna* („Brauch“), welche die vier Rechtgeleiteten Kalifen¹¹⁴ als legitime Nachfolger Mohammeds anerkennt; und das Schiitentum¹¹⁵ bzw. die *Schia* – verkürzt für *Shī‘atu ‘Alī*, („Anhänger Alis“) –, in der Mohammeds Neffe und Schwiegersohn Ali als natürlicher und designierter Nachfolger des Propheten gilt. Betrachtet man die Länder, stehen Saudi-Arabien (Sunniten) und der Iran (Schiiten) jeweils an der Spitze eines der Zweige. Der islamische Kalender ist ein Mondkalender, genannt *Hijrī*, der im Jahr 622 nach christlicher Zeitrechnung beginnt.

Es mag offensichtlich erscheinen, dass Muslime Gläubige sind, die den Lehren des Islam folgen und die Mohammed als Gesandten Gottes betrachten, dem die göttliche Botschaft offenbart und in Form des Koran¹¹⁶ auf Arabisch zusammengestellt wurde. Allerdings können nicht alle Muslime die arabische Schrift lesen und die Lehre wurde entsprechend angepasst. Obwohl die Arabische Halbinsel der Geburtsort des Islam ist und die Botschaft Allahs als auf Arabisch offenbart gilt, sprechen die meisten Muslime nicht Arabisch als Muttersprache und werden daher nicht als *Araber* betrachtet. Die fünf Länder mit der größten muslimischen Bevölkerung wiederum sind keine arabischen Länder. Die Zahl der Muslime in Indonesien, Indien, Pakistan, Bangladesch und Nigeria summiert sich auf ca. 864 Millionen, das entspricht rund 48 % der weltweiten muslimischen Gesamtbevölkerung von ca. 1,8 Milliarden.¹¹⁷

Im sunnitischen Islam gibt es vier Rechtsschulen¹¹⁸ (*Mālikī*,¹¹⁹ *Hanafī*,¹²⁰ *Hanbalī*,¹²¹ und *Shāfi‘ī*¹²²). Auch im schiitischen Islam existieren verschiedene Strömungen (u. a. Zwölferschiiten,¹²³ Alawiten,¹²⁴ [Aleviten in der Türkei]). Darüber hinaus bestehen weitere Gemeinschaften (wie z. B. Ahmadiyya,¹²⁵ Drusen,¹²⁶ Ibaditen¹²⁷) oder Ansätze wie der Sufismus.¹²⁸ Letztere werden von Anhängern der Hauptströmungen des Islam mehr oder weniger akzeptiert.

Die wichtigsten pan-islamischen Organisationen sind die Organisation für Islamische Zusammenarbeit¹²⁹ mit Sitz in Dschidda (Saudi-Arabien), der 57 Ländern angehören,¹³⁰ die Organisation der Islamischen Welt für Bildung, Wissenschaft und Kultur (ICESCO; Akronym nach der englischen Bezeichnung)¹³¹ mit 54 Mitgliedsstaaten und Sitz in Rabat (Marokko), die Islamische Weltliga,¹³² eine pan-islamische Nichtregierungsorganisation mit Sitz in Mekka (Saudi-Arabien) sowie die Liga der Arabischen Staaten.

Der Begriff „arabische Welt“ bezieht sich auf Länder, in denen Arabisch die Haupt-/Amtssprache ist. Die Liga der Arabischen Staaten zählt 22 Mitglieder,¹³³ die sich alle als „arabische Länder“ verstehen.

Mit dem Begriff „Araber“¹³⁴ wiederum wurden ursprünglich die Bewohner der Arabischen Halbinsel bezeichnet; heute steht er eher für Menschen, die in arabischen Ländern leben, Arabisch sprechen und eine arabische Kultur teilen. Obwohl es innerhalb dieser Länder sehr starke Homogenisierungsbestrebungen gibt, ist es einigen sprachlichen, religiösen und kulturellen Minderheiten gelungen, in dem Gebiet zu bleiben. Einige von ihnen lehnen es ab, als „Araber“ bezeichnet zu werden. Zu diesen Gemeinschaften gehören die Berber, die Nubier, die Kopten, die „Phönizier“ und die Kurden. Sie alle beanspruchen für sich, sprachliche, kulturelle und/oder religiöse Wurzeln zu haben, die nicht arabisch sind.

Einige religiöse Minderheiten (hauptsächlich Christen) sind Teil der indigenen Bevölkerung arabischer Länder;¹³⁵ Juden sind aus diesen Ländern nahezu verschwunden. Jesiden, Bahai oder auch einige muslimische Minderheiten genießen in muslimischen Ländern ein unterschiedliches Maß an Freiheit.

Pakistan: Sexuelle Gewalt und Zwangskonversion

Am 30. November 2020 wurde in Pakistan eine 24-jährige Christin ermordet, nachdem sie die Avancen eines muslimischen Mannes namens Muhammad Shehzad zurückgewiesen hatte. Sonia Bibi war auf dem Weg zur Arbeit, als sie Berichten zufolge an einer Bushaltestelle in Rawalpindi in den Kopf geschossen wurde. Die Polizei leitete eine Fahndung nach dem mutmaßlichen Mörder ein.¹³⁶

Sonias Vater Allah Rakha Masih zufolge hatte Muhammad Shehzad die junge Frau in den vorausgehenden vier oder fünf Monaten verfolgt und belästigt – und dies auch, nachdem sie seinen Heiratsantrag abgelehnt hatte. Shehzad wurde beschuldigt, Sonia mit dem Tode gedroht zu haben, wenn sie sich seinen Forderungen widersetzen würde; außerdem hieß es, er habe sie unter Druck gesetzt, zu konvertieren. Shehzads Eltern hätten sogar das Haus von Sonia Bibi aufgesucht, um ihre Eltern zu überzeugen, einer Heirat zuzustimmen, jedoch ohne Erfolg. Masih sagte über seine Familie, dass sie seit Generationen Christen seien und Sonia „eine wahre Christin und stark in ihrem Glauben war und getötet wurde, weil sie ihrem christlichen Glauben folgte“.¹³⁷

Die Menschenrechtsorganisation „Bewegung für Solidarität und Frieden“ hat ermittelt, dass in Pakistan jedes Jahr bis

zu 1.000 christliche und hinduistische Mädchen und junge Frauen zwischen zwölf und 25 Jahren von muslimischen Männern entführt werden.¹³⁸ Die Studie, der zufolge in 70 % der Fälle Christinnen betroffen sind, legt allerdings nahe, dass das Ausmaß des Problems „wahrscheinlich weitaus größer ist, da etliche Fälle nie zur Anzeige gebracht werden und nicht die Strafverfolgungs- und Rechtssysteme durchlaufen“.¹³⁹ Viele der betroffenen Mädchen sind Opfer von Vergewaltigung, Zwangsprostitution, Menschenhandel und häuslicher Gewalt.

Zwar gibt es Fälle, in denen es den Familien gelingt, ihre Töchter auf dem Rechtsweg zu befreien; doch häufig entscheiden die Gerichte zugunsten der Entführer. Dieses Schicksal widerfuhr auch der 14-jährigen Maira Shahbaz, deren Ehe mit Mohamad Nakash Tariq im August 2020 vom Obersten Gerichtshof in Lahore bestätigt wurde, obwohl das Mädchen erwiesenermaßen minderjährig war.

Im November 2020 ordnete der pakistanische Premierminister Imran Khan eine Untersuchung zu Zwangskonversionen von Frauen und Mädchen aus religiösen Minderheitsgemeinschaften an.

Sonia Bibi (24) wurde am 30. November 2020 an der Bushaltestelle ‚Fazaia Colony‘ in Rawalpindi (nahe der Hauptstadt Islamabad) erschossen.



REGIONALE ANALYSE

OSZE-Staaten

von **Ellen Kryger Fantini, J.D.**

Die Region der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) wird oft in Länder „östlich von Wien“ und „westlich von Wien“ unterteilt. Eine andere gängige Umschreibung ist „von Vancouver bis Wladiwostok“, womit nicht nur die geografische Ausdehnung der Teilnehmerstaaten, sondern auch die große Bandbreite an vertretenen Ethnien, Religionen und politischen Strukturen anschaulich wird.

Die Region umfasst 57 Länder und mehr als eine Milliarde Menschen – von den USA, Kanada, Europa, Russland, über das Baltikum, den Balkan, das ehemals sowjetische Osteuropa bis hin zu Zentralasien und dem Kaukasus. Zu den Teilnehmerstaaten gehören einige der mächtigsten oder einflussreichsten Länder der Erde, z. B. die USA, Russland, Deutschland, Frankreich, das Vereinigte Königreich und die Türkei. Andere OSZE-Staaten wiederum gehören zu den ärmsten oder am wenigsten mächtigen Ländern, darunter Tadschikistan, Kirgisistan und Usbekistan.

Während alle Länder der Region über eine Form des verfassungsrechtlichen Schutzes der Religionsfreiheit verfügen, variiert die tatsächliche Anwendung dieser Schutzbestimmungen – und deren gesellschaftliche Achtung – erheblich.

Covid-19-Pandemie

Im Jahr 2020 war in der gesamten OSZE-Region ein bemerkenswertes Phänomen im Zusammenhang mit den Bestimmungen zur Bekämpfung der Covid-19-Pandemie und deren Auswirkungen auf die Religionsfreiheit zu beobachten. Viele europäische Staaten sowie die USA und Kanada verhängten Maßnahmen, mit denen öffentliche Gottesdienste verboten oder stark eingeschränkt wurden; davon waren auch die Karwoche, Jom Kippur und der Ramadan betroffen. Samuel Alito, Richter am Obersten Gerichtshof der USA, sagte, dass die Pandemie zu „bisher unvorstellbaren“ Einschränkungen der Freiheit – insbesondere der Religionsfreiheit – geführt habe: „Wir haben nie zuvor Einschränkungen gesehen, die so gravierend, umfangreich und lang anhaltend waren wie die, die wir während des größten Teils des Jahres 2020 erlebt haben.“¹⁴⁰

Mitunter wurden diese Einschränkungen der Religionsausübung als „ungleich“ und damit diskriminierend empfunden. Denn trotz verschärfter Vorschriften für Gottesdienste waren andere Versammlungen erlaubt, z. B. politische Kundgebungen und öffentliche Demonstrationen, und der Einzelhandel durfte wieder öffnen. Ein Beispiel dafür war die Anordnung des Gouverneurs von Nevada, mit der die

Besucherzahl bei Gottesdiensten auf maximal 50 Personen begrenzt wurde (unabhängig von der Größe der Kirche und den Maßnahmen zur räumlichen Distanzierung), wohingegen Geschäfte, Restaurants und Kasinos mit einer Auslastung von 50 % wieder öffnen durften.¹⁴¹

Von größerer Bedeutung war jedoch ein wachsendes Unbehagen darüber, dass viele westliche Regierungen die Religionsausübung in einer „Hierarchie der Rechte“ offenbar niedriger einstufen als die Meinungsfreiheit. Der Mehrheitsführer im US-Senat, Mitch McConnell, wies darauf hin, dass die Gesetzgeber in mehreren Bundesstaaten und Großstädten Gottesdienste verboten oder stark eingeschränkt hätten, während sie öffentliche Kundgebungen genehmigten. Darüber hinaus erklärte er, dass Rede-, Versammlungs- und Religionsfreiheit „denselben verfassungsrechtlichen Stammabzweig“ hätten und demzufolge auch gleichbehandelt werden sollten.¹⁴² In den USA wurden zahlreiche Klagen im Namen von Glaubensgemeinschaften eingereicht, die die Ansicht vertraten, dass die Einschränkungen im Rahmen des Infektionsschutzes ungerechte Belastungen für die Religion darstellten, die säkulare Einrichtungen nicht zu spüren bekämen.¹⁴³

Anfang Juni 2020 durften sich in Madrid und Barcelona Tausende zu Demonstrationen gegen Rassismus versammeln, während die Besucherzahlen bei Gottesdiensten mit 30 % und die Zahl der Anwesenden bei Trauerfeiern in Innenräumen mit zehn Personen im Rahmen der geltenden Corona-Beschränkungen weiterhin begrenzt wurden.¹⁴⁴

In der kanadischen Provinz Quebec forderten katholische Bischöfe, dass die Beschränkungen für die Belegung von Kirchen mindestens denen angepasst werden sollten, die für andere Innenräume, wie z. B. Theater und Konzertsäle, galten. Der Erzbischof von Quebec und Primas von Kanada verließ seiner Frustration über die mangelnde Gleichbehandlung von Glaubensgemeinschaften Ausdruck (siehe Länderbericht).

In vielen Ländern der OSZE-Region wurden Verfügungen zur Einschränkung öffentlicher Gottesdienste gegen den Widerstand der Religionsgemeinschaften erlassen. Im November 2020 wandten sich Englands ranghöchste Vertreter der Glaubensgemeinschaften in einem gemeinsamen Schreiben an die Regierung, in dem sie erklärten, dass sie mit „der Entscheidung, öffentliche Gottesdienste auszusetzen, absolut nicht einverstanden“ seien.¹⁴⁵ Der Erzbischof von Westminster und Vorsitzende der Katholischen Bischofskonferenz von England und Wales sagte, er habe „noch keine Beweise“ gesehen, die das Verbot von Gottesdiensten rechtfertigen würden.¹⁴⁶ Der Vorsitzende des nationalen Beratungsgremiums der Moscheen und Imame wiederum bezeichnete das Verbot der Versammlung zum gemeinsamen Gebet in Gotteshäusern als „entmutigend“ und sagte, die muslimische Gemeinschaft wünsche sich „ein begrenztes gemeinschaftliches Gebet in Moscheen, was effektiv ein Unisono-Gebet von Einzelpersonen unter Einhaltung der Maßnahmen zur räumlichen Distanzierung ist“. ¹⁴⁷ Er fügte hinzu: „Der grundlegende Unterschied zwischen Moscheen und einigen anderen Gebetsstätten besteht darin, dass Moscheen in erster Linie für das gemeinschaftliche Gebet genutzt werden.“¹⁴⁸

In Griechenland gab der Heilige Synod der Orthodoxen Kirche im Januar 2021 bekannt, dass er eine von der Regierung angeordnete einwöchige Aussetzung von Präsenzgottesdiensten nicht akzeptieren würde und wies Priester an, die Lockdown-Maßnahmen zu ignorieren, um Gläubigen am Dreikönigsfest die Teilnahme an Gottesdiensten zu ermöglichen.¹⁴⁹ In Zypern hielt Bischof Neophytos von Morphou eine öffentliche Messe zur Feier des Palmsonntags ab und verstieß damit gegen die behördlichen Anordnungen (siehe Länderbericht).

Religionsfreiheit in der Region

In den übrigen OSZE-Ländern wurde im Berichtszeitraum ein breites Spektrum von Verletzungen der Religionsfreiheit beobachtet, das von schweren Menschenrechtsverletzungen und Verstößen gegen die Religionsfreiheit bis hin zur Diskriminierung bestimmter Religionsgemeinschaften reichte.

Das in Zentralasien gelegene Turkmenistan gehört im Hinblick auf die Religionsfreiheit weiterhin zu den schlimmsten Rechtsverletzern weltweit und zeigte im Berichtszeitraum keinerlei Anzeichen einer Verbesserung. Sein Nachbar Usbekistan hingegen unternahm im gleichen Zeitraum zahlreiche Schritte, um die Religionsfreiheit besser zu schützen und wurde daher von der Liste der *Countries of Particular Concern* (CPC; Staaten, die zu besonderer Sorge Anlass geben) des US-Außenministeriums gestrichen und stattdessen auf die *Special Watch List* (besondere Beobachtungsliste) gesetzt.¹⁵⁰ Das Nachrichtenmagazin „The Economist“ wählte Usbekistan 2019 zum „Land des Jahres“, da im Hinblick auf Reformen „kein anderes Land so weit gereist“ sei.¹⁵¹ In anderen Ländern in dieser Region waren zwar weiterhin mittelschwere bis äußerst schwerwiegende Verletzungen der Religionsfreiheit zu verzeichnen, jedoch auch Zeichen der Hoffnung auf Verbesserungen in der Zukunft festzustellen.

In den ehemaligen Sowjetrepubliken Zentralasiens bestanden auf Behördenseite weiterhin Bedenken in Bezug auf die Ausbreitung des „nicht-traditionellen Islam“. Wie die Länderberichte aus Usbekistan, Kasachstan und Tadschikistan zeigen, führte diese Sorge zu strengeren Vorschriften, mit denen eine Verbreitung extremerer Formen des Islam und ein damit einhergehender Dschihadismus verhindert werden sollen. Einige Bürgerrechtsorganisationen befürchteten allerdings, dass die Bekämpfung des Dschihadismus dem Staat als Vorwand dienen könnte, um Formen des Islam außerhalb der Hauptströmungen stärker zu kontrollieren.

Im Kaukasus beeinträchtigte ein Wiederaufflammen des historischen Konflikts zwischen Aserbaidschan und Armenien gegen Ende des Jahres 2020 die allgemeine Stabilität in der Region und brachte neue Allianzen hervor. Aserbaidschan zählte in diesem Krieg auf die Unterstützung der Türkei (und erhielt sie auch),¹⁵² und letztlich konnte nur ein von Russland vermittelter Waffenstillstand eine weitere Eskalation des Konflikts verhindern.

In der Türkei, die eine Brücke zwischen Südosteuropa, dem Nahen Osten und Zentralasien bildet, lässt die Entwicklung

im Berichtszeitraum nichts Gutes für die Religionsfreiheit erahnen. So gab es während der vergangenen zwei Jahre Anzeichen für wachsende gesellschaftliche und politisch-religiöse Spannungen. Dazu gehörten die politische Entscheidung, die Hagia Sophia und die byzantinische Kirche in Chora in Moscheen umzuwandeln,¹⁵³ christenfeindliche Übergriffe und Rhetorik und ein Mangel an Rechten oder Anerkennung für religiöse Minderheiten, Atheisten und Agnostiker. Darüber hinaus spielte bei der Abnahme der Religionsfreiheit in allen drei Nachbarregionen auch der Einfluss der Türkei eine Rolle. Auf Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo und Aserbaidschan, ganz zu schweigen vom nördlichen Teil der Insel Zypern, lastete das Gewicht türkischer Expansionsbestrebungen (siehe Länderberichte).

In Russland steht die Religionsfreiheit nach wie vor unter dem Druck von zu weit gefassten Gesetzen und einer Politik, die sich im Namen der „Extremismusbekämpfung“ gegen „nicht-traditionelle“ religiöse Minderheiten richtet. Wie der Länderbericht aufzeigt, wurde im Rahmen der Anwendung dieser Gesetze gegen die Religionsfreiheit verstoßen, u. a. durch die Kriminalisierung der Missionstätigkeit oder des gemeinsamen Gebets (auch in Privathäusern), durch die umfassende Überwachung von Gruppen und Einzelpersonen sowie die Verhängung von Strafen wie Geldbußen oder Freiheitsentzug. Manche Religionsgemeinschaften, z. B. die Zeugen Jehovas, gelten nach wie vor als „extremistische Organisationen“, und ihre Mitglieder sind den Gerichten auf Gedeih und Verderb ausgeliefert. Von Diskriminierung waren auch Protestanten (u. a. Baptisten, Lutheraner und Pfingstgemeinden), die Kirche Jesu Christi der Heiligen der Letzten Tage, die Ukrainische Reformierte Orthodoxe Kirche und diverse muslimische Gemeinschaften betroffen.

In der Ukraine – insbesondere auf der russisch besetzten Krim sowie in den Gebieten Luhansk und Donezk – waren Religionsgemeinschaften (darunter die Orthodoxe Kirche der Ukraine, die Ukrainische Griechisch-katholische Kirche, Protestanten und Zeugen Jehovas) nach wie vor gravierenden Menschenrechtsverletzungen und Verstößen gegen die Religionsfreiheit ausgesetzt. Dazu gehörten Festnahmen und Inhaftierungen, die Beschlagnahme von Eigentum, körperliche Gewalt und das Verbot von Versammlungen und Gottesdiensten sowie des Besitzes oder der Verbreitung von religiöser Literatur (siehe Länderbericht).

Auf der Balkanhalbinsel im Südosten Europas blieb die Lage in einigen Staaten stabil oder verbesserte sich sogar, wohingegen in anderen Ländern (z. B. in Bosnien und Herzegowina) tiefgreifende gesellschaftliche Zerwürfnisse, ethnische und religiöse Spannungen sowie politische Instabilität die Grundrechte – einschließlich der Religionsfreiheit – gefährdeten. Im Kosovo könnte ein zunehmender Trend zur fundamentalistischen politischen und religiösen Einflussnahme – gepaart mit finanzieller Unterstützung aus muslimischen Staaten wie Saudi-Arabien und der Türkei¹⁵⁴ und dem Selbstverständnis des Landes, ein „Beschützer des Islam auf dem Balkan“ zu sein – dazu führen, dass sich die europäisch orientierte, tolerante muslimische Gesellschaft in einen Hort des Extremismus verwandelt.

Während die meisten Länder der Region insgesamt stabil blieben, ist der in einigen westeuropäischen Staaten sowie in den USA und Kanada neu auflebende oder erstarkende Antisemitismus Anlass zur Sorge. Darüber hinaus gab es in vielen OSZE-Ländern öffentlichkeitswirksame Angriffe und Vandalismus gegen Gotteshäuser, u. a. Kirchen, Synagogen und Moscheen. Ferner wurden in diversen Staaten Gesetze zur unmittelbaren Bekämpfung von „religiösem Extremismus“ oder „Separatismus“ erlassen oder zumindest erwogen (siehe Länderberichte).

In seiner Ansprache an die OSZE im Dezember 2020 brachte Kurienerzbischof Paul Richard Gallagher die große Besorgnis des Heiligen Stuhls „angesichts der wachsenden Zahl von Terroranschlägen, Hassverbrechen und anderer Manifestationen von Intoleranz gegenüber Personen, Gotteshäusern, Friedhöfen und religiösen Stätten im gesamten OSZE-Gebiet und darüber hinaus“ zum Ausdruck.¹⁵⁵ „Die Tatsache, dass viele dieser Gewalttaten gegen Gläubige begangen werden, wenn sie sich in ihren Gotteshäusern zum Gebet versammeln, macht sie besonders abscheulich: Oasen des Friedens und der Ruhe werden schnell zu Hinrichtungskammern, wenn wehrlose Kinder, Frauen und Männer ihr Leben verlieren, nur weil sie sich versammeln, um ihre Religion auszuüben“, so Gallagher.¹⁵⁶

Wie vielfache Berichte zeigen, geraten in vielen Ländern der Europäischen Union sowie in Kanada neue kulturelle Normen, die gesetzlich verankert werden (z. B. Gesetze gegen Hassreden, Entfernung von religiösen Symbolen aus öffentlichen Gebäuden, Gleichstellungsgesetze), sowie die Verpflichtung, diese Gesetze zu befolgen, zunehmend in Konflikt mit dem Recht auf Gewissens- und Religionsfreiheit.

„Höfliche Verfolgung“: Verfolgung getarnt als Fortschritt

von Ellen Kryger-Fantini, J.D.

Im April 2016 erklärte Papst Franziskus in einer Predigt, dass es zwei Arten von Christenverfolgung gebe. Die erste äußere sich in Form von offener Gewalt gegen Christen, wie zum Beispiel die gezielten Bombenanschläge auf Kirchen in Sri Lanka am Ostersonntag des Jahres 2019. Die zweite Form hingegen komme „höflich“ daher – „getarnt als Kultur, getarnt als Modernität, getarnt als Fortschritt“. Die Botschaft dahinter: „Wenn du dies nicht tust, wirst du bestraft: Du verlierst deinen Job und viele andere Dinge, oder du wirst fallen gelassen“, so Papst Franziskus.¹⁵⁷

Die erste Art, also die gewaltsame Verfolgung von Anhängern vieler Glaubensrichtungen, ist in diesem Bericht und anderswo gut dokumentiert. Mit der zweiten, „höflichen“ Verfolgung – die ebenfalls zahlreiche Glaubensgemeinschaften in Entwicklungs- und Industrieländern betrifft – gehen Eingriffe in die Gewissens-, Meinungs- und Vereinigungsfreiheit sowie die Verweigerung des Zugangs zu bestimmten Arbeitsplätzen und Bildungsangeboten oder zu Justiz- und Rechtsdiensten einher; oft geschieht dies im Namen „neuer“ bzw. entgegenstehender Rechte. Im Jahr 2018 äußerte Erzbischof Paul Richard Gallagher, Sekretär des Vatikans für die Beziehungen zu den Staaten, seine Besorgnis über „eine radikal individualistische Auslegung bestimmter Rechte sowie die Bestätigung ‚neuer Rechte‘“.¹⁵⁸

So genießt beispielsweise in mehreren Ländern der OSZE-Region das Recht auf Verweigerung aus Gewissensgründen für Angehörige der Gesundheitsberufe oder Apotheker mit religiösen Vorbehalten keinen ausreichenden gesetzlichen Schutz mehr. Im Oktober 2019 wurde Papst Franziskus eine Erklärung gegen Sterbehilfe und ärztlich assistierten Suizid überreicht, die katholische, orthodoxe, muslimische und jüdische Vertreter unterzeichnet hatten. Ziel dieser Erklärung war es, „die Positionen der monotheistischen Religionen in Bezug auf ‚Werte und Praktiken, die für sterbende Patienten relevant sind‘ darzulegen“ und zu bekräftigen, dass kein Mitarbeiter im Gesundheitswesen „gezwungen oder unter Druck gesetzt werden sollte, entweder direkt oder indirekt zum absichtlichen und vorsätzlichen Tod eines Patienten durch assistierten Suizid oder irgendeine Form der Sterbehilfe beizutragen, insbesondere wenn dies den religiösen Überzeugungen des Dienstleisters entgegensteht“; die Verweigerung aus Gewissensgründen als solche „sollte respektiert werden“.¹⁵⁹

Auch das Recht von Religionsgemeinschaften, eigene Schulen entsprechend ihrer Grundsätze zu betreiben, ist in mehreren Ländern gefährdet.¹⁶⁰ Zudem wird Absolventen bestimmter religiöser Hochschulen zunehmend der Zugang zu bestimmten Berufen verwehrt.¹⁶¹ Eltern verschiedener Glaubensrichtungen protestieren gegen Regelungen, denen zufolge ihre Kinder am Unterricht in bestimmten Fächern teilnehmen müssen (z. B. Sexualkunde), deren Inhalte mit den Lehren ihrer Religion in Konflikt stehen.¹⁶²

Eine besonders besorgniserregende Entwicklung im rechtlichen Bereich betrifft die Gesetzgebung in den Bereichen „Gleichstellung“ und Hasskriminalität. In die Tat umgesetzt, würden manche Gesetzesvorhaben Handlungen kriminalisieren, die folglich als Beitrag zum „Aufstacheln von Hass“ aufgefasst werden könnten. So könnte zum Beispiel das Äußern von Überzeugungen, die mit der Religion und der moralischen Lehre verschiedener Glaubensrichtungen (einschließlich Judentum, Islam und Christentum) übereinstimmen, als „Aufstachelung zum Hass“ ausgelegt werden¹⁶³ – selbst wenn diese Äußerungen im privaten Rahmen gemacht werden. Eine Erweiterung der Definition von „Hass“ könnte eine ernsthafte Bedrohung für die Ausübung der Grundrechte auf Religionsfreiheit und freie Meinungsäußerung darstellen.

Das Unvermögen, der Rolle der Religion – und der Bedeutung ihrer Ausübung im öffentlichen Raum für den Einzelnen – ein angemessenes Verständnis entgegenzubringen, „nährt weiterhin Gesinnungen und Manifestationen der Intoleranz und Diskriminierung gegen Christen, was man durchaus als ‚letztes akzeptables Vorurteil‘ in vielen Gesellschaften bezeichnen könnte“, so Erzbischof Gallagher.¹⁶⁴

Dieser reduktionistische Ansatz zum Verständnis der Religionsfreiheit zielt darauf ab, Religionen „zum Schweigen zu bringen und auf die Verborgenheit des Gewissens jedes Einzelnen zu beschränken oder sie ins Randdasein des geschlossenen, eingefriedeten Raums der Kirchen, Synagogen oder Moscheen zu verbannen“, wie Papst Franziskus es ausgedrückt hat. Auf staatlicher Seite kommt dies einer radikalen Auslegung von „Säkularität“ gleich – obwohl es die Aufgabe einer Regierung ist, den öffentlichen Raum für alle Menschen (ob mit Religion oder ohne) offen zu halten.

Proteste der „Kleinen Schwestern der Armen“ – ein katholischer Orden, der sich um kranke und sterbende Menschen kümmert – gegen die verpflichtende Kostenübernahme für Verhütungsmittel (einschließlich abtreibungsfördernder Medikamente) im Rahmen der vom Arbeitgeber bereitgestellten Krankenversicherung.





REGIONALE ANALYSE

Lateinamerika und Karibik

von **Paulina Eyzaguirre**

Zur Region Lateinamerika und Karibik zählen 33 Ländern mit einer geschätzten Bevölkerung von gut 657 Millionen Menschen, deren Durchschnittsalter bei 31 Jahren liegt.¹⁶⁵ Diese Länder teilen ein ähnliches historisches und kulturelles Erbe, wobei sich knapp 60 % der Bevölkerung mit dem katholischen Glauben identifizieren.¹⁶⁶ Als Staatsform in der Region herrscht die Demokratie vor; in 17 Staaten wurden zwischen 2018 und 2020 Wahlen abgehalten. Mehrere lateinamerikanische Länder stecken jedoch in einer gesellschaftspolitischen Krise fest, die vielerorts durch Gewalt, mangelnde Rechtsstaatlichkeit, Drogenhandel, Korruption und – zu allem Überfluss – auch noch durch die Covid-19-Pandemie verschärft wird. Die Region bringt daher nach wie vor eine bedeutende Zahl von Migranten hervor, die auf ein besseres Leben hoffen und die es vor allem in die USA zieht.

Die starke Präsenz des Christentums in Lateinamerika und der Karibik ist kein Garant für die Wahrung der Religionsfreiheit. So meldeten z. B. afro-brasilianische Religionsgemeinschaften im Berichtszeitraum Vorfälle religiöser Intoleranz, und in Argentinien war vor allem die Jüdische Gemeinschaft von Intoleranz und Verfolgung betroffen (siehe Länderberichte). Die christliche Mehrheit ist nach wie

vor die Glaubensgemeinschaft, die am stärksten von Hasskriminalität betroffen ist, sei es in Form von Angriffen auf ihre Oberhäupter¹⁶⁷ oder in Form von Anschlägen auf Kultstätten, Friedhöfe, Denkmäler und religiöse Symbole. Derartige Angriffe stehen in Verbindung mit dem Eintreten des Christentums¹⁶⁸ für die Verteidigung der Unterdrückten, mit öffentlichen Äußerungen des Widerstands oder der Kritik sowie mit dem Handeln staatlicher und nicht staatlicher Akteure.

Feindseligkeit gegenüber religiösen Organisationen

Wie aus den Länderberichten hervorgeht, waren die schwerwiegendsten Verletzungen der Religionsfreiheit in Ländern zu verzeichnen, die insgesamt eine fragwürdige Bilanz hinsichtlich der Achtung der Menschenrechte und der Demokratie aufweisen, darunter Kuba, Nicaragua und Venezuela. Ihre Regierungen brachten Feindseligkeit und Aggression gegenüber christlichen Kirchen (sowohl katholischen als auch nicht katholischen) zum Ausdruck, deren Oberhäupter Korruption und gesellschaftliche oder politische Maßnahmen anprangerten, die dem Gemeinwohl schaden. Konkret nahm die Feindseligkeit des Staates durch Anwendung von Gewalt folgende Formen an: Störung

religiöser Feiern; Einschüchterung von Gläubigen durch aggressive Polizeieinsätze im Umfeld von Kirchen und Prozessionen – wobei auffällig war, dass die Polizei nicht einschritt, wenn etwa ein wütender Mob Gotteshäuser angriff und verwüstete; Drohungen gegenüber religiösen Oberhäuptern und Gläubigen; Stornierung der Visa von ausländischen Kirchenmitarbeitern; undurchsichtige Registrierungsverfahren für Religionsgemeinschaften.

Der Mangel an Rechtsstaatlichkeit und die daraus resultierenden Auswirkungen auf die Religionsfreiheit werden am Beispiel Mexikos am deutlichsten. Hier gingen kriminelle Banden gewaltsam gegen die Zivilbevölkerung vor, wobei die organisierte Kriminalität (u. a. Drogenhandel, Menschenhandel, Landstreitigkeiten, Korruption, Erpressung und Vergeltungsmaßnahmen) eine tragende Rolle spielte. Doch nicht nur die unmittelbaren Opfer dieser Verbrecher waren dem Risiko, verletzt oder getötet zu werden, ausgesetzt, sondern auch diejenigen, die sich – inspiriert von ihren religiösen Überzeugungen – um den Schutz der Menschenrechte der Unterdrückten bemühten. Wie im Länderbericht Mexiko nachzulesen ist, wurden im Land weiterhin Priester entführt und ermordet, weil sie ihre pastorale Verantwortung wahrnahmen, sich schützend vor ihre Gemeinde stellten oder gegen das Vorgehen des organisierten Verbrechens die Stimme erhoben. So berichtete die Katholische Kirche im Bundesstaat Chiapas von telefonischen Morddrohungen gegen einen Priester, seine Familie und seine Gemeinde durch mutmaßliche Mitglieder des Drogenkartells *Jalisco Nueva Generación*, die verlangten, dass die Kirche das Kartell als Besitzer des Territoriums anerkenne – als „Gegenleistung“ für die Wahrung des Friedens.¹⁶⁹

Im Berichtszeitraum wurden acht Priester in fünf Ländern (Honduras, Nicaragua, El Salvador, Mexiko und Peru) ermordet. Die Ermittlungen in diesen Fällen sind noch nicht abgeschlossen (siehe Länderberichte).

Zunahme der Angriffe auf Gotteshäuser, religiöse Bilder und Symbole

Anschläge auf Gotteshäuser, Denkmäler und religiöse Symbole wurden in Argentinien, Brasilien, Chile, Kolumbien, Guatemala, Honduras, Mexiko, Nicaragua und Venezuela gemeldet (siehe Länderberichte). Die Motivation der Täter war vielfach ideologischer Natur, doch als wesentlicher gemeinsamer Nenner war die Haltung der staatlichen Behörden auszumachen, die in den meisten Fällen die Angriffe während öffentlicher Demonstrationen geschehen ließen ohne einzugreifen und die Täter anschließend nicht strafrechtlich verfolgten.¹⁷⁰ Auf Gebäude, Autos und Denkmäler wurden Parolen geschmiert, mit denen für Abtreibungen, Homo-Ehe und Gay Pride eingetreten oder auch Gewalt gegen Frauen und sexueller Missbrauch durch Geistliche angeprangert wurde.¹⁷¹

Beschleunigung der Säkularisierung

In mehreren Ländern wurde zunehmend über das staatliche Säkularitätsprinzip und den Platz der Religionsfreiheit im öffentlichen Raum debattiert. In diesem gesellschaftlichen Diskurs wurde das Recht auf Religionsfreiheit von diversen Gruppen als etwas dargestellt, das zum säkularen Charakter

des Staates im Widerspruch stehe. Andere wiederum setzten dieser Auffassung das Argument entgegen, Säkularität bedeute nicht, dass der Staat aufhören müsse, das Recht des Einzelnen zu garantieren, zu glauben oder nicht zu glauben und sein öffentliches Leben in Übereinstimmung mit seinen Überzeugungen zu gestalten.

Die Stimme der Katholischen Kirche als Autorität war in diesen Debatten gewissermaßen zum Schweigen verurteilt. Grund dafür waren die Verbrechen des sexuellen Missbrauchs innerhalb der Kirche und die zögerliche und verspätete Reaktion in Bezug auf die Anerkennung und Wiedergutmachung ihrer Schuld.

Migration

Allein aus Venezuela sind seit Beginn der politischen und wirtschaftlichen Krise im Jahr 2015 über 4,8 Mio. Menschen geflohen.¹⁷² Ähnlich, wenn auch nicht so extrem, ist die Situation in Ländern Guatemala, El Salvador, Honduras, Nicaragua und Haiti – auch hier kehrten ganze Karawanen von Migranten ihrer Heimat wegen vergleichbarer Krisen den Rücken (siehe Länderberichte). In Mexiko erreichte die Zahl der Binnenvertriebenen beträchtliche Ausmaße, da Menschen vor der Gewalt des organisierten Verbrechens aus ihren Dörfern flohen. Darüber hinaus mussten aufnehmende Nachbarstaaten in der Region die Herausforderung bewältigen, Migranten mit anderem religiösen Hintergrund in eine zuvor mehr oder weniger homogene Gesellschaft zu integrieren. Wie der Länderbericht Chile zeigt, verdoppelte sich dort mit der Ankunft der Migranten die Zahl der haitianischen Religionsgemeinschaften binnen weniger Jahre.¹⁷³

Covid-19-Pandemie

Die Covid-19-Pandemie hatte erhebliche Auswirkungen auf die Region. Wie aus den Länderberichten hervorgeht, wurden die Einschränkungen, die der Bevölkerung auferlegt wurden, im Allgemeinen respektiert. Religiöse Oberhäupter arbeiteten mit den Regierungen zusammen, um die Gläubigen davon zu überzeugen, die Maßnahmen zu befolgen. In manchen Fällen wurden religiöse Autoritäten sogar als „strenger“ wahrgenommen als die Gesundheitsbehörden und erteteten dafür Kritik. Der Fall Uruguay ist insofern bemerkenswert, als die Behörden dort (anstatt einseitig zu handeln und Einschränkungen bloß anzuordnen) auf die verschiedenen Religionsgemeinschaften zuzingen, um ein einheitliches Vorgehen abzustimmen.¹⁷⁴ Die Religionsgemeinschaften wiederum trugen ebenfalls zu den Bemühungen zur Eindämmung der Pandemie ein, indem sie ihre Gesundheitseinrichtungen (wie Krankenhäuser und Kliniken) und weitere Gebäude zur Verfügung stellten, z. B. um Obdachlosen eine Unterkunft und Mahlzeiten anzubieten.

Positive Aspekte

In sechs Ländern – Brasilien, Chile, Costa Rica, Honduras, Jamaika und Kolumbien – hat das Recht auf Religionsfreiheit durch Entscheidungen höherinstanzlicher Gerichte zusätzlichen Schutz erfahren (siehe Länderberichte). In Anerkennung der positiven Kraft des Glaubens in Krisenzeiten behielten mehrere Länder (vor allem in der Karibik) traditionelle, populäre religiöse Veranstaltungen bei – wenn auch mit gewissen pandemiebedingten Einschränkungen.



Chile: Kirchen in Flammen

Am 18. Oktober 2020 wurden in Santiago de Chile zwei Kirchen geplündert und niedergebrannt – die Kirche San Francisco de Borja (ein Wahrzeichen der Hauptstadt) und die Parroquia de la Asunción. Als der Turm der Kirche La Asunción (die auch als „Pfarrrei der Künstler“ bekannt ist) in Flammen aufging, wurde dies von einer Gruppe ver mum mter Demonstranten mit Jubel („Fallen soll er, fallen soll er!“) begrüßt.¹⁷⁵

Der Anschlag auf die beiden historischen Kirchen ereignete sich am ersten Jahrestag der weitreichenden regierungskritischen Proteste. Sie nahmen am 7. Oktober 2019 ihren Anfang, als Studenten zunächst gegen eine Erhöhung der Fahrpreise der Metro in Santiago de Chile demonstrierten. Doch schon bald wandelten sie sich zu einer breiteren Kritik im Hinblick auf gesellschaftliche und wirtschaftliche Missstände und wurden unter dem Namen *Estallido Social* („soziale Explosion“) bekannt.¹⁷⁶ Auf ihrem Höhepunkt gingen mehr als eine Million Menschen auf die Straße.¹⁷⁷

Auf anfangs friedliche Kundgebungen folgten Konfrontationen, die in Gewalt ausarteten. Es kam zu Ausschreitungen und weitverbreitetem Vandalismus, der sich gegen Infrastrukturen der Regierung richtete; vor allem die U-Bahn-Stationen der Metro in Santiago de Chile fielen der Zerstörungswut zum Opfer. Im Zuge der Unruhen starben 30 Menschen; über 3000 wurden verletzt. Am 19. Oktober 2019 verhängte Präsident Sebastián Piñera den Ausnahmezustand und setzte in der gesamten Hauptstadt das Militär ein.¹⁷⁸

In der ersten Phase dauerten die gesellschaftlichen Unzufriedenheitsbekundungen über drei Monate an und gingen dann in sporadische Proteste im ganzen Land über. Im Rahmen der Demonstrationen (Oktober 2019 – Oktober 2020) wurden landesweit Kirchen geplündert und zerstört. Letztendlich wurden 59 Kirchen (53 katholische, sechs evangelische) in acht Städten mutwillig beschädigt oder zerstört.¹⁷⁹

Die Liste der Gewaltakte ist lang: Brandstiftung, Plünderungen, Schändung des Allerheiligsten, Störung von Gottesdiensten und Beschädigungen von Kirchentüren und -toren. Darüber hinaus wurden in einigen Fällen Kirchenbänke oder religiöse Statuen entwendet und zum Bau von Barrikaden benutzt und Kirchenfenster mit Steinen eingeworfen.¹⁸⁰

Obwohl die chilenischen Behörden die Taten verurteilten, wurde trotz kirchlicher Forderungen nach entsprechenden Ermittlungen – in einigen Fällen waren die Täter bekannt¹⁸¹ – keine umfassende offizielle Untersuchung eingeleitet.¹⁸²

Ein Jahr nach Beginn der regierungskritischen Proteste: Demonstranten setzen die Kanzel in der Kirche San Francisco de Borja in Brand; Santiago de Chile, 18. Oktober 2020.

Covid-19: Auswirkungen auf die Religionsfreiheit weltweit

von **Maria Lozano**

„Die erforderlichen Maßnahmen zur Eindämmung der Ausbreitung des Virus hatten auch Auswirkungen auf verschiedene Grundfreiheiten, einschließlich der Religionsfreiheit, aufgrund der Einschränkung der Gottesdienste und der Bildungs- und Wohltätigkeitsarbeit der Religionsgemeinschaften. Es darf jedoch nicht außer Acht gelassen werden, dass die religiöse Dimension einen grundlegenden Aspekt der menschlichen Person und der Gesellschaft darstellt, der nicht abgewertet werden darf; und man darf nicht vernachlässigen, dass man bei allem Bestreben, Menschenleben vor der Ausbreitung des Virus zu schützen, die spirituelle und moralische Dimension des Menschen gegenüber der körperlichen Gesundheit nicht für zweitrangig halten darf.“¹⁸³

Papst Franziskus

Es gibt in der jüngeren Geschichte kein vergleichbares Ereignis, das so starke und universelle Auswirkungen auf das alltägliche Leben der gesamten Weltbevölkerung hatte, wie die Covid-19-Pandemie. Ohne Rücksicht auf Ethnie, Hautfarbe oder Glaubensbekenntnis hat die Pandemie an den Strukturen des Gesundheitswesens gerüttelt und angestammte Praktiken der Weltwirtschaft wie auch die Regierungsführung auf den Kopf gestellt – oft mit weitreichenden Folgen für die Menschenrechte, einschließlich der Religionsfreiheit. Die Pandemie hat nicht nur grundlegende gesellschaftliche Schwächen offenbart, sondern in vielen Teilen der Welt auch bestehende Probleme verschärft, die auf Armut, Korruption und anfällige staatliche Strukturen zurückzuführen sind.

In mehreren afrikanischen Staaten, die mit den Herausforderungen der grassierenden Pandemie überfordert waren, wurden das Militär und Sicherheitskräfte eingesetzt, um die Gesundheitsversorgung der Bevölkerung zu gewährleisten.¹⁸⁴ Vor allem in den ersten Monaten der Pandemie nutzten Terrorgruppen und Dschihadisten den verschobenen Fokus der Aufmerksamkeit der Regierungen aus, um gewalttätige Angriffe zu verstärken und territoriale Eroberungen zu festigen.¹⁸⁵ Darüber hinaus bedienten Extremisten sich der Pandemie, um neue Mitglieder zu rekrutieren. So wurde Covid-19 in zahlreichen internetbasierten Propaganda-Publikationen von al-Qaida, dem sogenannten Islamischen Staat (IS) und Boko Haram¹⁸⁶ als Strafe Gottes für den „dekadenten Westen“ bezeichnet; darüber hinaus wurde Dschihadisten Immunität gegen das Virus und ein sicherer Platz im Paradies versprochen.¹⁸⁷ In der gesamten Sahelzone,¹⁸⁸ zum Beispiel in Mali, Burkina Faso,¹⁸⁹ Niger und Nigeria sowie in der Provinz Cabo Delgado im Norden Mosambiks stellten sich Islamisten neu auf, rüsteten auf und verstärkten bestehende – oder schufen neue – Strukturen und Allianzen.

Auch Staaten nutzten die allgemeine Verwirrung aus. Vor allem autoritäre Regime, wie z. B. China, nutzten die Pandemie, um die Religionsausübung stärker einzuschränken und Webseiten, auf denen Gottesdienste gestreamt wurden, aus dem Verkehr zu ziehen.¹⁹⁰

Die Covid-19-Pandemie löste nicht nur eine globale Gesundheitskrise, sondern auch eine weltweite Rezession aus. Angst und Ungewissheit im Hinblick auf die ansteckende Krankheit und Frustration angesichts wiederholter „Lock-downs“ führten zu gesellschaftlichen Konflikten, die wiederum – vor allem in den sozialen Medien – hasserfüllte Angriffe auf vermeintliche Sündenböcke wegen deren Zugehörigkeit zu einer bestimmten ethnischen oder religiösen Gemeinschaft hervorbrachten. Im Internet verbreiteten sich Verschwörungstheorien, denen zufolge Juden den Ausbruch verursacht hätten;¹⁹¹ in Indien war die muslimische Minderheit der designierte Prügelknabe;¹⁹² und in mehreren Ländern (z. B. China,¹⁹³ Niger,¹⁹⁴ Türkei,¹⁹⁵ Ägypten¹⁹⁶) wurden Christen für die Pandemie verantwortlich gemacht. Darüber hinaus führten bereits bestehende gesellschaftliche Vorurteile gegenüber religiösen Minderheiten während der Pandemie zu verstärkter Diskriminierung im Hinblick auf den Zugang zu Lebensmitteln und medizinischer Versorgung – so geschehen in Pakistan, wo muslimische Wohltätigkeitsorganisationen Christen und Angehörigen anderer Minderheiten Lebensmittelhilfe und Notfall-Kits verweigerten.¹⁹⁷

Andererseits gab es im Zuge der Pandemie auch positive Beispiele, wie sich Religionsgemeinschaften gegenseitig unterstützten. In Kamerun schlossen sich am Weihnachtstag Tausende von Muslimen den Gebeten der Christen für ein Ende der Pandemie und für den Frieden an.¹⁹⁸ In Bangladesch, wo religiöse Minderheiten aufgrund der Infektionsgefahr keine Beerdigung durchführen konnten, begrub eine islamische Wohltätigkeitsorganisation nicht nur muslimische, sondern auch hinduistische und christliche Covid-19-Tote.¹⁹⁹ In Zypern, wo Grenzsicherungen Christen und Muslime daran hinderten, ihre jeweiligen religiösen Stätten zu besuchen, beteten mehrere türkisch-zypriotische Muslime am Grab des Apostels Barnabas (Schutzpatron Zyperns) – als Geste des guten Willens und des Respekts gegenüber den Christen, denen ein Besuch nicht möglich war.²⁰⁰ Zu guter Letzt ein Beispiel für eine positive Reaktion auf staatlicher Ebene: In Kuba genehmigte die kommunistische Regierung erstmals eine Übertragung des Kreuzwegs von Papst Franziskus und der Osterliturgien im Staatsfernsehen.²⁰¹

Die Reaktionen der Regierungen auf den Gesundheitsnotstand hatten tiefgreifende Auswirkungen auf die grundlegenden Menschenrechte, einschließlich der Versammlungsfreiheit und der Religionsfreiheit, und lösten Debatten über die Folgen der getroffenen politischen Entscheidungen aus. Die Schwierigkeit, zu beurteilen, inwiefern das Recht auf Religionsfreiheit eine universelle Bedrohung erfahren hat, ist der Tatsache geschuldet, dass jeder Staat – und manchmal einzelne Landesteile – unterschiedlich auf dieses globale Ereignis reagiert haben.

Es ist klar, dass die Welt mit einer unvorhersehbaren Notlage konfrontiert wurde und die Staats- und Regierungschefs daher außergewöhnliche Maßnahmen ergreifen und auch mit bisher nicht erprobten Regelungen improvisieren mussten, als sich die Situation weiter verschlechterte. Innerhalb dieses Kontextes ist jedoch auch klar, dass es Fälle von Verstößen und Angriffen gegen die Religionsfreiheit gegeben hat, die sich folgendermaßen äußerten: in Form eines Missverhältnisses zwischen den Auflagen, die für religiöse Aktivitäten einerseits und für geschäftliche Aktivitäten andererseits galten; und in Gestalt von übertriebener Härte der Ordnungskräfte beim Vorgehen gegen Regelverletzungen, die in Verbindung mit der Einschränkung der Religionsausübung begangen wurden.

Als Beispiel für die Unverhältnismäßigkeit mögen Regelungen in einigen Bundesstaaten der USA²⁰² und in Spanien²⁰³ dienen, wo die Teilnahme an Gottesdiensten stark eingeschränkt wurde, während an Orten wie Geschäften oder Freizeiteinrichtungen mehr Menschen aufeinandertreffen durften. Darüber hinaus erfolgte in einigen Fällen selbst dann keine Anpassung der Regelungen, wenn Gerichte auf die Widersprüche hingewiesen und entsprechende Urteile gefällt hatten. Die Verantwortlichen blieben eine Erklärung schuldig, warum sie die Maßnahmen trotzdem nicht änderten (siehe Länderberichte). Was das aggressive Vorgehen von Sicherheitskräften angeht, kam es vor allem zu Zwischenfällen, wenn die Begrenzungen, die für die Teilnahme an religiösen Zeremonien oder die Besucherzahl in Gotteshäusern galten, nicht eindeutig waren. Rechtliche Unschärfe führte zu praktischer Ungewissheit, die wiederum übertriebene Reaktionen aufseiten der Sicherheitskräfte hervorrief.

Die Covid-19-Pandemie hat weltweit eine wichtige Debatte angestoßen: über die Grundrechte des Menschen, einschließlich des Rechts auf Religionsfreiheit, über die Auswirkungen von gesetzgeberischer Überregulierung und in einigen Fällen auch über die Frage, ob offensiv säkulare Staaten in der Lage sind, die Bedeutung der Religionsfreiheit als Grundrecht angemessen zu beurteilen.

Katholische Kirche „Holy Apostles“, London, Vereinigtes Königreich, November 2020.



Globale Entwicklung der Religionsfreiheit

	Verfolgung, Hasskriminalität und religiös motivierte Gewalt.	Diskriminierung, Hasskriminalität und religiös motivierte Gewalt	↑	Verbesserung seit 2018
			↓	Verschlechterung seit 2018
			–	Keine Veränderung seit 2018
Länderbezeichnung	Kategorie/Entwicklung	Hauptverantwortlich für Verfolgung / Diskriminierung		
Afghanistan	↓	Islamitischer Extremismus		
Bangladesch	↓	Autoritäre Regierung		
Burkina Faso	↓	Islamitischer Extremismus		
China	↓	Autoritäre Regierung		
Demokratische Republik Kongo	↓	Islamitischer Extremismus		
Eritrea	↓	Autoritäre Regierung		
Indien	↓	Ethno-religiöser Nationalismus		
Iran	↓	Autoritäre Regierung		
Jemen	↓	Autoritäre Regierung und Islamitischer Extremismus		
Kamerun	↓	Islamitischer Extremismus		
Komoren	↓	Autoritäre Regierung und Islamitischer Extremismus		
Libyen	↓	Autoritäre Regierung und Islamitischer Extremismus		
Malaysia	↓	Autoritäre Regierung und Islamitischer Extremismus		
Malediven	↓	Autoritäre Regierung und Islamitischer Extremismus		
Mali	↓	Islamitischer Extremismus		
Mosambik	↓	Islamitischer Extremismus		
Myanmar	↓	Autoritäre Regierung		
Niger	↓	Islamitischer Extremismus		
Nigeria	↓	Islamitischer Extremismus		
Nordkorea	↓	Autoritäre Regierung		
Pakistan	↑	Autoritäre Regierung und Ethno-religiöser Nationalismus		
Saudi-Arabien	↓	Autoritäre Regierung		
Somalia	↓	Islamitischer Extremismus		
Sri Lanka	↓	Ethno-religiöser Nationalismus		
Tschad	↓	Islamitischer Extremismus		
Turkmenistan	↓	Autoritäre Regierung		
Ägypten	↑	Autoritäre Regierung und Islamitischer Extremismus		
Äthiopien	↓	Autoritäre Regierung und Islamitischer Extremismus		
Algerien	↓	Autoritäre Regierung		
Aserbaidshjan	↓	Autoritäre Regierung		
Bahrain	–	Autoritäre Regierung		
Brunei Darussalam	↓	Autoritäre Regierung		
Dschibuti	↓	Autoritäre Regierung		
Indonesien	↑	Islamitischer Extremismus		
Irak	↑	Islamitischer Extremismus		
Jordanien	↓	Autoritäre Regierung und Islamitischer Extremismus		
Kasachstan	–	Autoritäre Regierung		
Katar	–	Autoritäre Regierung		
Kirgisistan	↓	Autoritäre Regierung		

Länderbezeichnung	Kategorie/Entwicklung	Hauptverantwortlich für Verfolgung / Diskriminierung
Kuba	↑	Autoritäre Regierung
Kuwait	↓	Autoritäre Regierung
Laos	–	Autoritäre Regierung
Madagaskar	↓	Islamitischer Extremismus
Mauretanien	↓	Islamitischer Extremismus
Mauritius	↓	Islamitischer Extremismus
Marokko	↑	Autoritäre Regierung und Islamitischer Extremismus
Nepal	↓	Ethno-religiöser Nationalismus
Nicaragua	↓	Autoritäre Regierung
Oman	↓	Autoritäre Regierung
Palästinensische Gebiete	↑	Autoritäre Regierung
Singapur	↓	Autoritäre Regierung
Sudan	↑	Autoritäre Regierung
Syrien	↑	Islamitischer Extremismus
Tadschikistan	↓	Autoritäre Regierung
Tansania	↓	Autoritäre Regierung und Islamitischer Extremismus
Thailand	↓	Autoritäre Regierung
Tunesien	↓	Autoritäre Regierung
Türkei	↓	Autoritäre Regierung
Usbekistan	↑	Autoritäre Regierung
Venezuela	↓	Autoritäre Regierung
Vereinigte Arabische Emirate	↓	Autoritäre Regierung
Vietnam	↓	Autoritäre Regierung

Länder unter Beobachtung

Ost- und Westafrika	Lateinamerika und Karibik	Naher Osten und Nordafrika
Côte d'Ivoire (Elfenbeinküste)	Chile	Israel
Gambia	Guatemala	Libanon
Guinea	Haiti	OSZE-Staaten
Kenia	Honduras	Russland
Liberia	Mexiko	Ukraine
Ruanda	Festland-Asien	Weißrussland
Südafrika	Bhutan	
Südsudan	Kambodscha	
Togo	Maritimes Asien	
Uganda	Philippinen	
Zentralafrikanische Republik		

Länder „unter Beobachtung“: Länder, in denen neu auftretende Faktoren beobachtet wurden, die das Potenzial haben, einen grundlegenden Zusammenbruch der Religionsfreiheit zu verursachen. Zu diesen Faktoren gehören rechtliche Maßnahmen gegen einzelne Aspekte der Religionsfreiheit, zunehmende Hasskriminalität sowie gelegentlich auftretende religiös motivierte Gewalt.

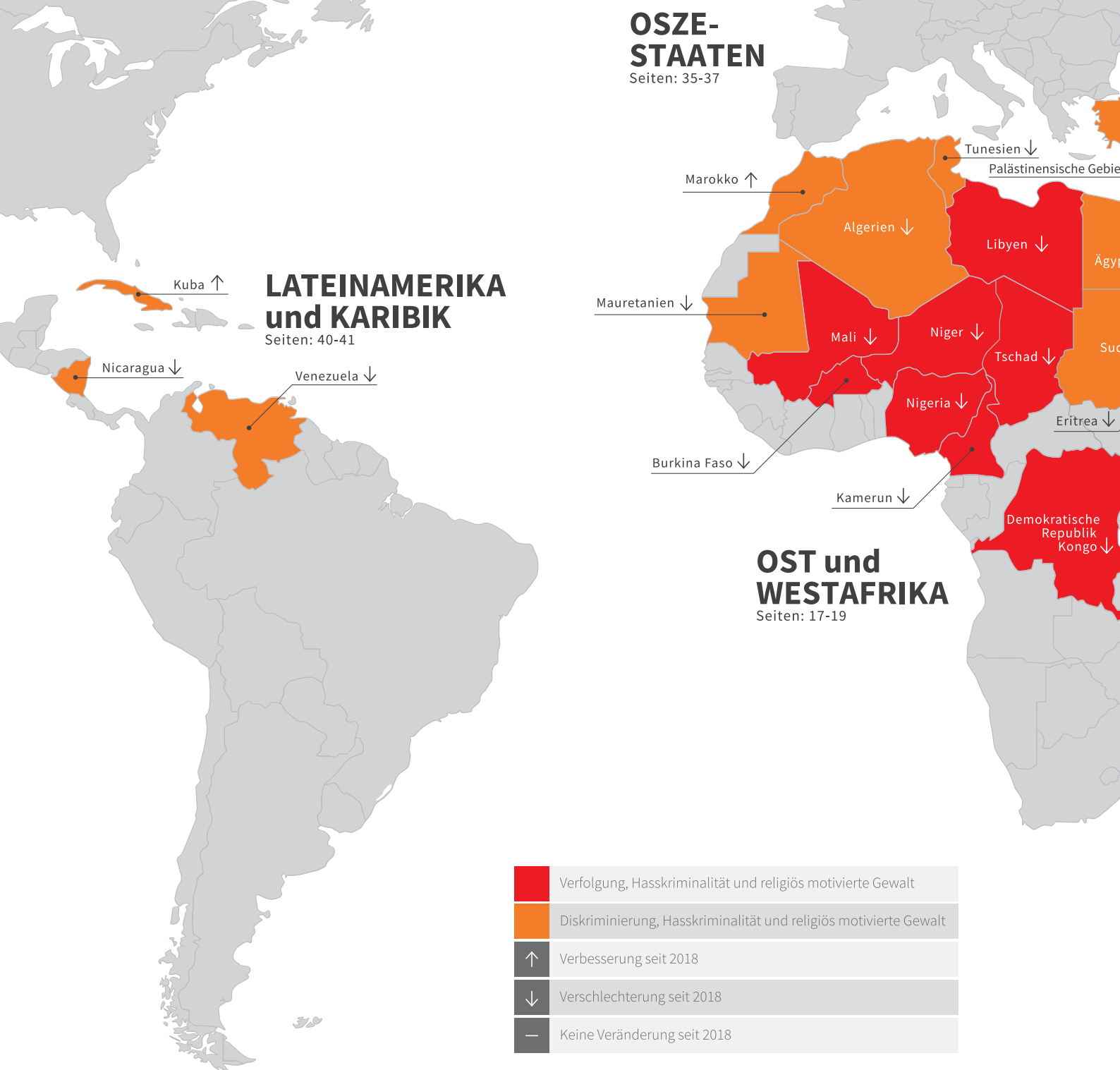
Alle übrigen Staaten wurden keiner Kategorie zugeordnet.

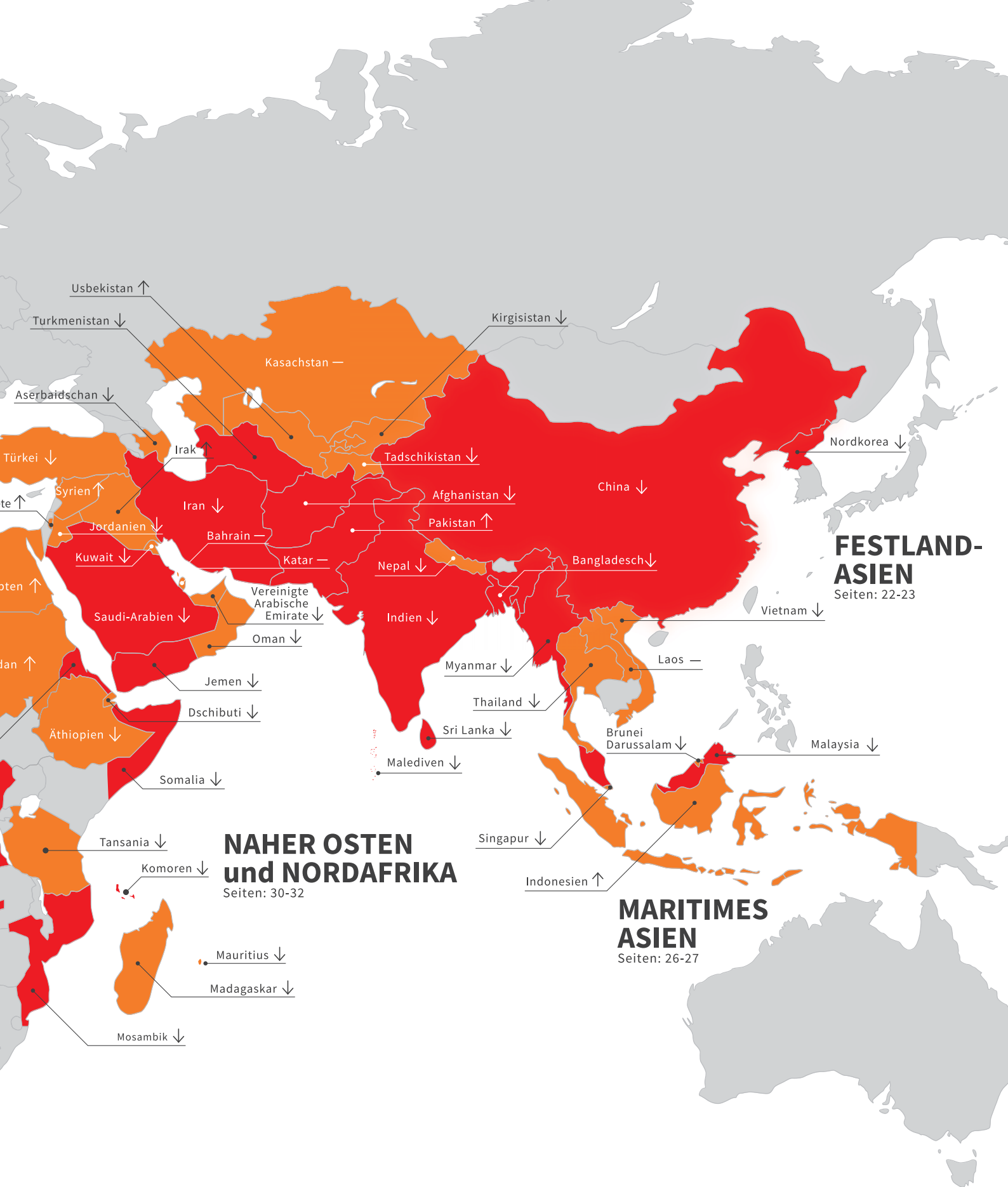
Anmerkungen:

Berichtszeitraum: August 2018 bis November 2020 (einschließlich). Die einzelnen Länderberichte finden Sie hier: www.religionsfreiheit-weltweit.de. Bei der Bewertung des Ausmaßes der Unterdrückung von Religionsgemeinschaften haben der Redaktionsausschuss und die regionalen Redakteure die im Abschnitt „Methodik und Definitionen“ beschriebenen Faktoren berücksichtigt. KIRCHE IN NOT erkennt an, dass der qualitative Ansatz bei der Kategorisierung bedeutet, dass eine derartige Analyse zwangsläufig subjektive Elemente enthält.

Länder mit schwerwiegenden Verletzungen der Religionsfreiheit

Die Karte zeigt diejenigen Länder, in denen gemäß der Analyse des Berichts „Religionsfreiheit weltweit“ ein erhebliches Maß an Diskriminierung oder Verfolgung festgestellt wurde. Weitere Einzelheiten sind der Tabelle auf den folgenden Seiten zu entnehmen.





FESTLAND-ASIEN

Seiten: 22-23

NAHER OSTEN und NORDAFRIKA

Seiten: 30-32

MARITIMES ASIEN

Seiten: 26-27



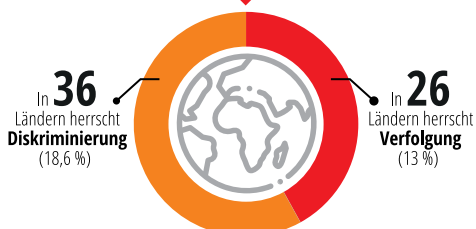
KIRCHE IN NOT

ACN DEUTSCHLAND

RELIGIONSFREIHEIT WELTWEIT REPORT 2021

RELIGIONSFREIHEIT IN 196 LÄNDERN DER WELT

IN **62 LÄNDERN** WIRD DAS RECHT AUF
RELIGIONSFREIHEIT VERLETZT (31,6 %)



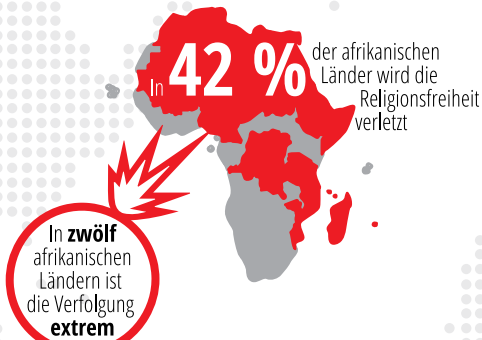
1 von 3 Ländern weltweit
respektiert die Religionsfreiheit nicht

67 % der Weltbevölkerung leben in
Ländern* mit **schweren Verstößen** gegen die
Religionsfreiheit: **5,2 Milliarden Menschen**

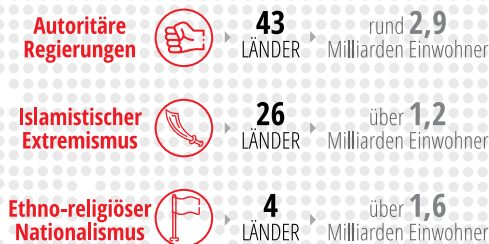


* In vielen von ihnen sind vor allem religiöse Minderheiten das Ziel

Verletzungen der Religionsfreiheit in 23 VON 54 AFRIKANISCHEN LÄNDERN

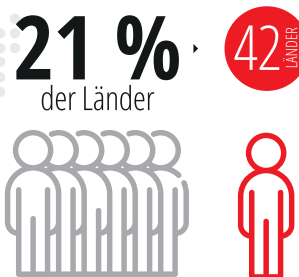


Von wem gehen die Angriffe
gegen die Religionsfreiheit aus?*



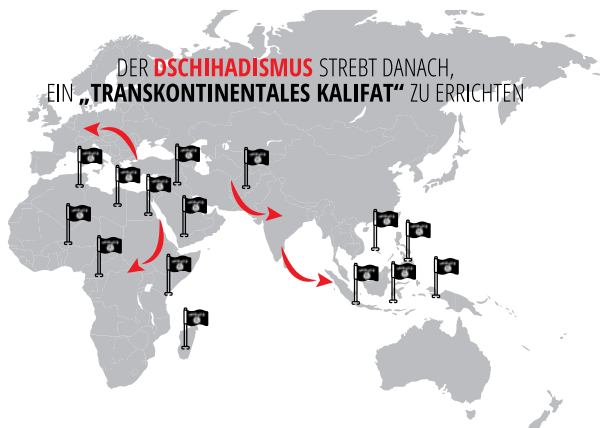
* Einige Länder sind in zwei Gruppen enthalten

Religionswechsel oder Austritt aus einer
Religionsgemeinschaft ist mit **schwerwiegenden**
rechtlichen und/oder sozialen Konsequenzen verbunden in

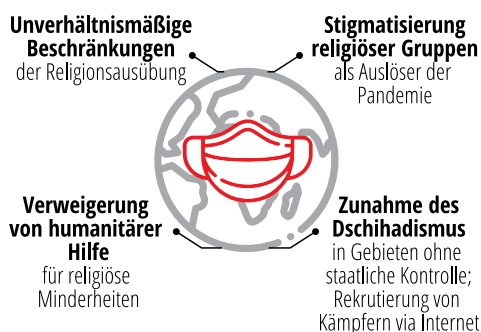


In **30 Ländern** wurden seit Mitte 2018
Menschen aus Glaubensgründen ermordet.

DER **DSCHIHADISMUS** STREBT DANACH,
EIN „**TRANSKONTINENTALES KALIFAT**“ ZU ERRICHTEN



AUSWIRKUNG der Covid-19-Pandemie AUF DIE RELIGIONSFREIHEIT



QUELLEN

- 1 "Meeting for Religious Liberty, Address of the Holy Father", 26th September 2015; http://www.vatican.va/content/francesco/en/speeches/2015/september/documents/papa-francesco_20150926_usa-liberta-religiosa.html.
- 2 "Religious Freedom, the Path to Peace", Message of His Holiness Pope Benedict XVI for the Celebration of The World Day Of Peace, 1st January 2011; http://www.vatican.va/content/benedict-xvi/en/messages/peace/documents/hf_ben-xvi_mes_20101208_xliv-world-day-peace.html.
- 3 "Guide on Article 9 of the European Convention on Human Rights", aktualisiert am 31. August 2020; https://www.echr.coe.int/Documents/Guide_Art_9_ENG.pdf.
- 4 Ibid.
- 5 "Universal Declaration of Human Rights", United Nations, 1948; <https://www.un.org/en/universal-declaration-human-rights/>.
- 6 "Religion: why faith is becoming more and more popular", The Guardian, 27th August 2018; <https://www.theguardian.com/news/2018/aug/27/religion-why-is-faith-growing-and-what-happens-next>.
- 7 "How transnational jihadist groups are exploiting local conflict dynamics in Western Africa", Danish Institute for International Studies, 10. Mai 2020; <https://www.diis.dk/en/research/how-transnational-jihadist-groups-are-exploiting-local-conflict-dynamics-in-western-africa>.
- 8 "Threat from African Militant Islamist Groups Expanding, Diversifying", Africa Center for Strategic Studies, 18. Januar 2020; <https://africacenter.org/spotlight/threat-from-african-militant-islamist-groups-expanding-diversifying/>.
- 9 "Threat from African Militant Islamist Groups Expanding, Diversifying", Africa Center for Strategic Studies, 18. Januar 2020; <https://africacenter.org/spotlight/threat-from-african-militant-islamist-groups-expanding-diversifying/>.
- 10 Ibid.
- 11 T. Bowker, "Civilians reel as violence spins out of control in Mozambique", Al Jazeera, 11. November 2020; <https://www.aljazeera.com/news/2020/11/11/we-want-the-war-to-stop-attacks-spread-in-mozambique> (abgerufen am 20. November 2020).
- 12 "How transnational jihadist groups are exploiting local conflict dynamics in Western Africa", Danish Institute for International Studies, 10. Mai 2020; <https://www.diis.dk/en/research/how-transnational-jihadist-groups-are-exploiting-local-conflict-dynamics-in-western-africa>.
- 13 "In Africa's Sahel, 'places where Christians and Muslims live alongside one another are next target' for Islamist terror", ACN News, 27. Februar 2020; In Africa's Sahel, 'places where Christians and Muslims live alongside one another are next target' for Islamist terror – Aid to the Church in Need – ACN United States.
- 14 "Nigeria's Katsina school abduction: Boko Haram says it took the students", BBC News, 15. Dezember 2020; <https://www.bbc.com/news/world-africa-55295701>.
- 15 "Nigeria school abduction: Hundreds of girls released by gunmen", BBC News, 3. März 2021; <https://www.bbc.com/news/world-africa-56249626>.
- 16 "Gunmen Attack School, Abduct Students, Others In Niger", Live TV News, 17. Februar 2021; <https://www.channelstv.com/2021/02/17/gunmen-attack-niger-school-kill-one-student-abduct-others/>.
- 17 "Hundreds of schoolgirls abducted in Nigeria, government official says", CNN, 17. Februar 2021; <https://edition.cnn.com/2021/02/26/africa/schoolgirls-abducted-nigeria-intl/index.html>.
- 18 "Nigeria school abduction: Hundreds of girls released by gunmen" op., cit.
- 19 "Nigeria's school abductions: Why children are being targeted", BBC News, 2. März 2021; <https://www.bbc.com/news/world-africa-56212645>.
- 20 Ibid.
- 21 "More Nigerian Schoolgirls Kidnapped while a Christian Pastor Pleads for His Life", Family Research Council, 1. März 2021; <https://frcblog.com/2021/03/more-nigerian-schoolgirls-kidnapped-while-christian-pastor-pleads-his-life/>.
- 22 Ibid.
- 23 "UNHCR outraged by attack on camp hosting displaced people in Cameroon, at least 18 people killed", UNHCR Briefing, 4. August 2020; <https://www.unhcr.org/news/briefing/2020/8/5f291a704/unhcr-outraged-attack-camp-hosting-displaced-people-cameroon-18-people.html>.
- 24 "20 peacekeepers wounded in Mali attack: UN", EWN, 10. Februar 2021; <https://ewn.co.za/2021/02/10/20-peacekeepers-wounded-in-mali-attack-un>.
- 25 "Islamic State claims its first Congo attack", Reuters, 18. April 2019; <https://www.reuters.com/article/us-congo-security-idUSKCN1RU2KD> (abgerufen am 2. Januar 2020).
- 26 "Mayor of Mogadishu dies as result of al-Shabaab attack", The Guardian, 1. August 2019; <https://www.theguardian.com/world/2019/aug/01/mayor-of-mogadishu-dies-as-result-of-al-shabaab-attack-somalia>.
- 27 "Kenya Looks to Secure Border as Al-Shabab Launches Deadly Attacks", VOA News, 16. Januar 2020; <https://www.voanews.com/africa/kenya-looks-secure-border-al-shabab-launches-deadly-attacks>.
- 28 "Kivu, Africa's Great Lakes battleground", News24, 6. Oktober 2018; <https://www.news24.com/news24/africa/news/kivu-africas-great-lakes-battleground-20181005>.
- 29 "U.S. counterterrorism chief says Mozambique militants are Islamic State affiliate", Reuters, 9. Dezember 2020; <https://jp.reuters.com/article/ozatp-us-mozambique-insurgency-usa-idAFKBN28J0QL-OZATP>.
- 30 Nonkululeko Njilo, "Muslim army major at centre of hijab case wins interim relief", Times Live, 7. August 2019; <https://www.timeslive.co.za/news/south-africa/2019-08-07-muslim-army-major-at-centre-of-hijab-case-wins-interim-relief/> (abgerufen am 23. Oktober 2020).
- 31 "Sudan's clerics voice outrage at violation of mosques", Radio Dabanga, 17. Februar 2019; <https://www.dabangasudan.org/en/all-news/article/sudan-s-clerics-voice-outrage-at-violation-of-mosques> (abgerufen am 9. November 2020).
- 32 "Christian man in Uganda loses family to attack on home", International Christian Concern, 3. Oktober 2019; <https://www.persecution.org/2019/10/03/christian-man-uganda-loses-family-attack-home/> (abgerufen am 6. November 2020).
- 33 Linda Bordon, "South Sudan leaders: 'How can we not bring peace if the Pope pushes us to do so?'" Vatican News, 14. Januar 2020; <https://www.vaticannews.va/en/world/news/2020-01/south-sudan-rome-declaration-pope-saint-egidio.html> (abgerufen am 10. November 2020).
- 34 Philip Pullella, "Pope kisses feet of South Sudan leaders, urging them to keep the peace", Reuters, 11. April 2019; <https://www.reuters.com/article/us-pope-southsudan-idUSKCN1RN27G> (abgerufen am 11. November 2020).
- 35 "Peace talks between the government and separatists in the bishop's residence: the Church promotes dialogue and reconciliation", Agenzia Fides, 20. Juli 2020; http://www.fides.org/en/news/68392-AFRICA_CAMEROON_Peace_talks_between_government_and_separatists_in_the_bishop_s_residence_the_Church_promotes_dialogue_and_reconciliation (abgerufen am 27. Oktober 2020).
- 36 "Cameroon: Survivors of Military Assault Await Justice", Human Rights Watch, 26. Februar 2021; <https://www.hrw.org/news/2021/02/26/cameroon-survivors-military-assault-await-justice>.
- 37 Office of International Religious Freedom, Burundi, "2018 International Religious Freedom Report, U.S. Department of State; <https://www.state.gov/reports/2018-report-on-international-religious-freedom/burundi/> (abgerufen am 20. Oktober 2020).
- 38 "Kenya Catholics seek donations for Muslims during Christmas season", CatholicPhilly, 17. Dezember 2019; <https://catholicphilly.com/2019/12/news/world-news/kenya-catholics-seek-donations-for-muslims-during-christmas-season/>.
- 39 "Nigeria's Boko Haram pledges allegiance to Islamic State", BBC News, 7. März 2015; <https://www.bbc.com/news/world-africa-31784538>.
- 40 "Outlasting the Caliphate: The Evolution of the Islamic State Threat in Africa", Combatting Terrorism Center, Dezember 2020; <https://ctc.usma.edu/outlasting-the-caliphate-the-evolution-of-the-islamic-state-threat-in-africa/>.
- 41 "Regional conflicts add to Somalia's security concerns", Institute for Security Studies, 17. Dezember 2020; <https://reliefweb.int/report/somalia/regional-conflicts-add-somalia-s-security-concerns>.
- 42 "Why now? Dismay as US considers troop pullout from Somalia", AP News, 26. November 2020; <https://apnews.com/article/islamic-state-group-elections-africa-somalia-kenya-6fad3fe2b14858274daf34a29a78dbe7>.
- 43 "Christmas message: minister apologizes to Sudan's Christians for their suffering", Radio Dabanga, 26. Dezember 2019; <https://www.dabangasudan.org/en/all-news/article/christmas-message-minister-apologizes-to-sudan-s-christians-for-their-suffering> (abgerufen am 9. November 2020).
- 44 "By the Numbers: Cabo Delgado, October 2017-November 2020", 10. November 2020, Armed Conflict Location & Event Data Project (ACLED); <https://acleddata.com/2020/11/10/cabo-ligado-weekly-2-8-november-2020/>.
- 45 "With Village Beheadings, Islamic State Intensifies Attacks in Mozambique", The New York Times, 11. November 2020; <https://www.nytimes.com/2020/11/11/world/middleeast/mozambique-isis-beheading.html>.
- 46 "Mozambique villagers 'massacred' by Islamists", BBC News, 22. April 2020; <https://www.bbc.com/news/world-africa-52381507> (abgerufen am 12. Januar 2020).
- 47 "Dozens killed in Mozambique for refusing to join terrorists", DW News, 22. April 2020; <https://www.dw.com/en/dozens-killed-in-mozambique-for-refusing-to-join-terrorists/a-53211140>.
- 48 "Mozambique Insurgents Attack in Total's LNG Concession Area", Bloomberg News, 2. Januar 2021; <https://www.bloomberg.com/news/articles/2021-01-02/mozambique-insurgents-attack-within-total-s-lng-concession-area>.
- 49 "In 2018, Government Restrictions on Religion Reach Highest Level Globally in More Than a Decade", Pew Research Center, 10. November 2020; <https://www.pewforum.org/2020/11/10/in-2018-government-restrictions-on-religion-reach-highest-level-globally-in-more-than-a-decade/>.
- 50 "China's Repression of Uyghurs in Xinjiang", Council on Foreign Relations, 1. März 2021; <https://www.cfr.org/backgrounders/chinas-repression-uyghurs-xinjiang>.
- 51 "India: Vigilante 'cow protection' groups attack minorities", Human Rights Watch, 18. Februar 2019; <https://www.hrw.org/news/2019/02/18/india-vigilante-cow-protection-groups-attack-minorities>.
- 52 "Government restrictions on religion around the world reached new record in 2018", Pew Research Center, 10. November 2020; <https://www.pewresearch.org/fact-tank/2020/11/10/government-restrictions-on-religion-around-the-world-reached-new-record-in-2018/>.

53 “Nepalese party wants to refound the Hindu state. Concern for Christians”, AsiaNews, 28. Februar 2019; <http://www.asianews.it/news-en/Nepalese-party-wants-to-refound-the-Hindu-state.-Concern-for-Christians-46377.html>.

54 “Genocide Against the Burmese Rohingya”, Hearing of the House Committee on Foreign Affairs on “Genocide Against Burmese Rohingya”, reliefweb, 16. Juli 2020; <https://reliefweb.int/report/myanmar/genocide-against-burmese-rohingya>.

55 “Burmese military bombs village and kills seven civilians”, Christian Solidarity Worldwide (CSW), 9. April 2020; <https://www.csw.org.uk/2020/04/09/press/4614/article.htm>.

56 “Sri Lanka attacks: What we know about the Easter bombings”, BBC News, 28. April 2019; <https://www.bbc.com/news/world-asia-48010697> (abgerufen am 30. Oktober 2020).

57 “Buddhist Militancy Rises Again in Sri Lanka”, by Alan Keenan, International Crisis Group, 7. März 2018; <https://www.crisisgroup.org/asia/south-asia/sri-lanka/buddhist-militancy-rises-again-sri-lanka>.

58 “Buddhist nationalists claim victory in Sri Lankan election”, AP News, 27. November 2019; <https://apnews.com/article/bf051a4b2673484f8460131a7500b0ec>.

59 “Five dead after ‘terror attack’, explosion in China’s Xinjiang”, Radio Free Asia, 29. Dezember 2016; <https://www.refworld.org/docid/58f9ca3013.html>.

60 Paul Mozur and Aaron Krolik, “A Surveillance Net Blankets China’s Cities, Giving Police Vast Powers”, The New York Times, 17. Dezember 2019; <https://www.nytimes.com/2019/12/17/technology/china-surveillance.html> (zuletzt abgerufen am 8. Januar 2021).

61 “China’s Smart Cities Development”, Research Report Prepared on Behalf of the U.S.-China Economic and Security Review Commission, SOSi, Januar 2020; https://www.uscc.gov/sites/default/files/China_Smart_Cities_Development.pdf.

62 Kenneth Roth and Maya Wang, “Data Leviathan: China’s Burgeoning Surveillance State”, Human Rights Watch, 16. August 2019; <https://www.hrw.org/news/2019/08/16/data-leviathan-chinas-burgeoning-surveillance-state>; (zuletzt abgerufen am 8. Januar 2021).

63 “Night Images Reveal Many New Detention Sites in China’s Xinjiang Region”, by Chris Buckley and Austin Ramzy, New York Times, 24. September 2020; <https://www.nytimes.com/2020/09/24/world/asia/china-muslims-xinjiang-detention.html>.

64 “We must keep up pressure on China over abuse of Turkic Muslims”, by Ellen Pearson, The Age, 20. Juli 2019; <https://www.theage.com.au/world/asia/we-must-keep-up-pressure-on-china-over-abuse-of-turkic-muslims-20190719-p528w8.html> (zuletzt abgerufen am 8. Januar 2021).

65 “Eradicating Ideological Viruses, China’s Campaign of Repression Against Xinjiang’s Muslims”, Human Rights Watch, 9. September 2018; <https://www.hrw.org/report/2018/09/09/eradicating-ideological-viruses/chinas-campaign-repression-against-xinjiangs> (zuletzt abgerufen am 8. Januar 2021).

66 “Eradicating Ideological Viruses, China’s Campaign of Repression Against Xinjiang’s Muslims”, Human Rights Watch, 9. September 2018; <https://www.hrw.org/report/2018/09/09/eradicating-ideological-viruses/chinas-campaign-repression-against-xinjiangs> (zuletzt abgerufen am 8. Januar 2021).

67 “Facial Recognition Cameras Installed in State-Run Religious Venues” by Yang Luguang, Bitter Winter, 24. Oktober 2020; <https://bitterwinter.org/facial-recognition-cameras-installed-in-state-run-religious-venues> (zuletzt abgerufen am 8. Januar 2021).

68 “China: Draft Regulations Limit Sharing Religious Information Online”, 13. September 2018; <https://www.csw.org.uk/2018/09/13/press/4069/article.htm>

69 Ibid.

70 “The ‘Big Brother’ of religions: Beijing’s new database”, by Wang Zhicheng, AsiaNews, 10. Februar 2021; <http://www.asianews.it/news-en/The-‘Big-Brother’-of-religions:-Beijing%E2%80%99s-new-database-52311.html> (zuletzt abgerufen am 8. Januar 2021).

71 Ibid.

72 “China’s use of technology for religious oppression a ‘threat to all of us,’ warns Brownback”, The Christian Post, 25. August 2020; <https://www.christianpost.com/news/chinas-use-of-technology-for-religious-oppression-a-threat-to-all-of-us-warns-brownback.html> (zuletzt abgerufen am 8. Januar 2021).

73 Bradley Jardine, “China’s Surveillance State Has Eyes on Central Asia”, Foreign Policy, 15. November 2019; <https://foreignpolicy.com/2019/11/15/huawei-xinjiang-kazakhstan-uzbekistan-china-surveillance-state-eyes-central-asia/>; (zuletzt abgerufen am 8. Januar 2021).

74 “From AI to facial recognition: how China is setting the rules in new tech”, James Kyngge and Nian Liu, Financial Times, 7. Oktober 2020; <https://www.ft.com/content/188d86df-6e82-47eb-a134-2e1e45c777b6> (zuletzt abgerufen am 8. Januar 2021).

75 “Freedom of religion after the Catholic Herald,” Kairos Research Center, September 2014; <http://www.krisispraxis.com/wp-content/uploads/2014/09/Freedom-of-Religion-after-the-Catholic-Herald.pdf> (abgerufen am 19. Oktober 2020).

76 “Muslims ‘have the right to kill millions of French people’, Malaysia’s former PM says after church terror attack in Nice - as Scott Morrison slams ‘abhorrent’ comments”, Daily Mail, 29. Oktober 2020; <https://www.dailymail.co.uk/news/article-8893671/Muslims-right-kill-millions-French-people-Malysias-former-PM-says.html>.

77 “Maldives: NGO closure shows repression hasn’t gone away”, Amnesty International, 5. November 2019; <https://www.amnesty.org/en/latest/news/2019/11/maldives-ngo-closure-shows-repression-hasnt-gone-away/>.

78 “Why hundreds of thousands of Muslims rallied against the Jakarta governor”, The Conversation, 9. November 2016; <https://theconversation.com/why-hundreds-of-thousands-of-muslims-rallied-against-the-jakarta-governor-68351>.

79 “Ahok: Former Jakarta governor released early from prison”, BBC News, 24. Januar 2019; <https://www.bbc.com/news/world-asia-46982779>.

80 “Brunei | Enforcement of Syariah Laws in Brunei Darussalam”, ZICO Law, 7. Juni 2019; <https://www.zicolaw.com/resources/alerts/brunei-enforcement-of-syariah-laws-in-brunei-darussalam/>.

81 “Indonesian court rules in favor of religious freedom”, Christian Science Monitor, 7. November 2017; <https://www.csmonitor.com/World/Asia-Pacific/2017/1107/Indonesian-court-rules-in-favor-of-religious-freedom>.

82 “Pompeo Says China ‘Gravest Threat to Future of Religious Freedom’”, VOA, 29. Oktober 2020; <https://www.voanews.com/east-asia-pacific/pompeo-says-china-gravest-threat-future-religious-freedom>.

83 “Christchurch shootings leave 50 people dead after attacks on mosques, as it happened”, ABC News, 15. März 2019; <https://www.abc.net.au/news/2019-03-15/christchurch-shooting-multiple-fatalities-mosque-new-zealand/10904416>.

84 “Australia’s offshore detention is unlawful, says international criminal court prosecutor”, The Guardian, 15. Februar 2020; <https://www.theguardian.com/australia-news/2020/feb/15/australias-offshore-detention-is-unlawful-says-international-criminal-court-prosecutor>.

85 “India election results 2019: Narendra Modi secures landslide win”, BBC News, 23. Mai 2019; <https://www.bbc.com/news/world-asia-india-48347081>.

86 “Referring to concerns about the ‘Pakistanization’ of the region of South Asia”, Dr. Farahnaz Ispahani, 18. Juli 2019; <https://twitter.com/RfInstitute/status/1151639626442035201>.

87 “Cultural Diversity In Mena Countries”, Researchomatic; <https://www.researchomatic.com/cultural-diversity-in-mena-countries-181087.html#buytopicstep>.

88 “MENA Countries 2021”, World Population Review; <https://worldpopulationreview.com/country-rankings/mena-countries>.

89 “What Percent of Muslims live in Arab countries?”, Answers; https://www.answers.com/Q/What_Percent_of_Muslims_live_in_Arab_countries.

90 “Middle East and North Africa (MENA)”, Investopia; <https://www.investopedia.com/terms/m/middle-east-and-north-africa-mena.asp>.

91 “Copts persuaded to drop charges against mob who attacked their church”, World Watch Monitor, 30. Mai 2018; <https://www.worldwatchmonitor.org/2018/05/copts-persuaded-to-drop-charges-against-mob-who-attacked-their-church/>.

92 “Cardinal Zenari: Christians represent only 2% of the Syrian population”, Agenzia Fides, 28. Januar 2019; http://www.fides.org/en/news/65459-ASIA_SYRIA_Cardinal_Zenari_Christians_represent_only_2_of_the_Syrian_population.

93 “Abu Bakr al-Baghdadi: IS leader ‘dead after US raid’ in Syria”, BBC News, 28. Oktober 2019; <https://www.bbc.com/news/world-us-canada-50200339>.

94 “Suspected ISIS attack targets Kakai Kurds near Iraq-Iran border, Lawk Ghafuri”, Rudaw, 14. Juni 2020; <https://www.rudaw.net/english/middleeast/iraq/kaki-kurds-isis-attack14062020> (abgerufen am 27. September 2020).

95 Oliver Maksan, Die Tagespost, Zwischen den Mühlsteinen, 25. Dezember 2019; <https://www.die-tagespost.de/aktuelles/forum/forumweihnachten2019/Zwischen-den-Muehlsteinen;art4962,204010> (abgerufen am 7. Januar 2021).

96 “Egyptian President Sisi Calls for Reform of Islam”, Institute for Contemporary Affairs, 15. Februar 2015; <https://jcpa.org/article/sisi-calls-for-reform-of-islam/>.

97 “Why Saudi Arabia is taking a risk by backing the Egyptian coup”, The Guardian, 20. August 2013; <https://www.theguardian.com/commentisfree/2013/aug/20/saudi-arabia-coup-egypt>.

98 “France accuses Turkey of sending Syrian jihadists to Nagorno-Karabakh”, Reuters, 1. Oktober 2020; <https://www.reuters.com/article/us-armenia-azerbaijan-putin-macron-idUSKBN26L3SB>.

99 “Iraqi parliament formally declares Christmas a national holiday”, Crux, 18. Dezember 2020; <https://cruxnow.com/church-in-the-middle-east/2020/12/iraqi-parliament-formally-declares-christmas-a-national-holiday/>.

100 “Egypt’s Sisi opens mega-mosque and Middle East’s largest cathedral in New Capital”, Reuters, 6. Januar 2019; <https://www.reuters.com/article/us-egypt-religion-idUSKCN1P00L9>.

101 “UAE to rebuild Iraqi churches destroyed by Daesh”, Gulf News, 10. Oktober 2019; <https://gulfnews.com/uae/uae-to-rebuild-iraqi-churches-destroyed-by-daesh-1.67042805>.

102 “Pope Francis’s mass in the United Arab Emirates was historic — and complicated,” Vox, 5. Februar 2019; <https://www.vox.com/2019/2/5/18211956/pope-francis-mass-united-arab-emirates-arab>.

103 “New Prime Minister al Kadhim visits Mosul and the Nineveh Plain: “Christians, one of the most authentic members of the Country”, Agenzia Fides, 12. Juni 2020; http://www.fides.org/en/news/68118ASIA_IRAQ_New_Prime_Minister_al_Kadhimi_visits_Mosul_and_the_Nineveh_Plain_Christians_one_of_the_most_authentic_members_of_the_Country.

104 Agenzia Fides, ASIA/IRAQ - Shiite leader Muqtada al Sadr creates a Committee for the return of illegal expropriations from Christian property owners, 4. Januar 2021; http://www.fides.org/en/news/69329-ASIA_IRAQ_Shiite_leader_Muqtada_al_Sadr_creates_a_Committee_for_the_return_of_illegal_expropriations_from_Christian_property_owners (abgerufen am 8. Januar 2021).

105 Sune Haugbolle, Foreign policy, Lebanon has suffered from sectarianism too long, 1. November 2019; <https://foreignpolicy.com/2019/11/01/lebanon-has-suffered-from-sectarianism-for-too-long/> (abgerufen am 7. Januar 2021).

106 David Gibson, Religion News Service, 10. September 2014; https://www.washingtonpost.com/national/religion/regensburg-redux-was-pope-benedict-xvi-right-about-islam-analysis/2014/09/10/d14f0080-391c-11e4-a023-1d617f31a05_story.html (abgerufen am 10. Januar 2021).

107 "Vatican to restart stalled talks with Egypt's Al-Azhar University", Catholic News Service, 4. Dezember 2013; <https://ecumenism.net/2013/12/vatican-to-restart-stalled-talks-with-egypts-al-azhar-university.htm>.

108 "A Document On Human Fraternity For World Peace And Living Together", Libreria Editrice Vaticana, 4. Februar 2019; http://www.vatican.va/content/francesco/en/travels/2019/outside/documents/papa-francesco_20190204_documento-fratellanza-umana.html.

109 "Israel in talks with Saudi, UAE, Bahrain for defense alliance against Iran", Jerusalem Post, 1. März 2021; <https://www.jpost.com/middle-east/israel-saudi-arabia-uae-bahrain-talking-defense-alliance-660588>.

110 Lahav Harkov, Jerusalem Post, Netanyahu and Mossad chief may have visited Saudi Arabia alongside Pompeo, 23. November 2020; <https://www.jpost.com/israel-news/netanyahu-mossad-chief-may-have-visited-saudi-arabia-alongside-pompeo-649959> (abgerufen am 7. Januar 2021).

111 "Iran and the Palestinians Lose Out in the Abraham Accords", The Atlantic, 16. September 2020; <https://www.theatlantic.com/ideas/archive/2020/09/winners-losers/616364/>.

112 Pakistan blasphemy case: Asia Bibi freed from jail", BBC News, 8. November 2018; <https://www.bbc.com/news/world-asia-46130189>.

113 'Sunni Islam', Britannica; <https://www.britannica.com/topic/Sunni> (abgerufen am 5. Januar 2021); Frederick Mathewson Denny, 'Sunni Islam', Oxford Bibliographies, 19. Mai 2017; <https://www.oxfordbibliographies.com/view/document/obo-9780195390155/obo-9780195390155-0084.xml?rskey=YdPcN1&result=1&q=sunni#firstMatch>.

114 Asma Afsaruddin, 'Caliph Islamic title', Britannica; <https://www.britannica.com/topic/caliph> (abgerufen am 5. Januar 2021); James E. Sowerwine, 'Caliph and Caliphate', Oxford Bibliographies, 10. Mai 2017; <https://www.oxfordbibliographies.com/view/document/obo-9780195390155/obo-9780195390155-0013.xml?rskey=4mGh8q&result=2&q=caliphs#firstMatch>.

115 Andrew J. Newman, 'Shi'i Islam', Britannica; <https://www.britannica.com/topic/Shii> (abgerufen am 5. Januar 2021); Andrew A. Newman, 'Shi' i Islam', Oxford Bibliographies, 19. Mai 2017; <https://www.oxfordbibliographies.com/view/document/obo-9780195390155/obo-9780195390155-0076.xml?rskey=9io4Tv&result=3&q=shia#firstMatch>.

116 Andrew Rippin, 'Qur'an', Oxford Bibliographies, 29. September 2014; <https://www.oxfordbibliographies.com/view/document/obo-9780195390155/obo-9780195390155-0066.xml?rskey=lg04R&result=1&q=quran#firstMatch>.

117 Todd M. Johnson and Brian J. Grim, eds., World Religion Database, Leiden/Boston, Brill, 2021.

118 Allan Christelow, 'Islamic Law', Oxford Bibliographies, 27. Februar 2019; <https://www.oxfordbibliographies.com/view/document/obo-9780199846733/obo-9780199846733-0042.xml?rskey=W6Jhpq&result=2&q=maliki#firstMatch>.

119 'Mālikī Islamic law'; <https://www.britannica.com/topic/Maliki-school>; Delfina Serrano, 'Mālikīs', Oxford Bibliographies, 30. Juli 2014; <https://www.oxfordbibliographies.com/view/document/obo-9780195390155/obo-9780195390155-0220.xml?rskey=W6Jhpq&result=1&q=maliki#firstMatch>.

120 'Hanafi school Islamic law'; <https://www.britannica.com/topic/Hanafiyah>; Christie S. Warren, 'The Hanafi School', Oxford Bibliographies, 28. Mai 2013; <https://www.oxfordbibliographies.com/view/document/obo-9780195390155/obo-9780195390155-0082.xml?rskey=g5KiQW&result=1&q=hanafi#firstMatch>.

121 Ahmed El Shamsy, 'Hanbali school Islamic law'; <https://www.britannica.com/topic/Hanabilah>; Livnat Holtzman, 'Hanbalis', Oxford Bibliographies, 10. März 2015; <https://www.oxfordbibliographies.com/view/document/obo-9780195390155/obo-9780195390155-0210.xml?rskey=0JDVGZ&result=1&q=hanbali#firstMatch>.

122 'Shāfi'ī Islamic law'; <https://www.britannica.com/topic/Shafiiyah>; Ahmed el Shamsy, 'Shafi'is', Oxford Bibliographies, 19. Mai 2017; <https://www.oxfordbibliographies.com/view/document/obo-9780195390155/obo-9780195390155-0148.xml?rskey=YcG2oV&result=2&q=shafii#firstMatch>.

123 Andrew A. Newman, 'Twelver Shi'a', Oxford Bibliographies, 25. Mai 2011; <https://www.oxfordbibliographies.com/view/document/obo-9780195390155/obo-9780195390155-0077.xml>.

124 Stephan Prochazka, Alawis, Oxford Bibliographies, 28. Mai 2013; <https://www.oxfordbibliographies.com/view/document/obo-9780195390155/obo-9780195390155-0175.xml?rskey=VqWGa&result=2&q=alevis#firstMatch>.

125 Yohanan Friedmann, 'The Ahmadiyah Movement', Oxford Bibliographies, 19. Mai 2017; <https://www.oxfordbibliographies.com/view/document/obo-9780195390155/obo-9780195390155-0004.xml?rskey=cgg1qh&result=1&q=ahmadis#firstMatch>.

126 Hussam Timani, 'Druze', Oxford Bibliographies, 24. Juli 2018; <https://www.oxfordbibliographies.com/view/document/obo-9780195390155/obo-9780195390155-0104.xml?rskey=Y0RTbY&result=2&q=druzes#firstMatch>.

127 Martin Custers, 'Ibadiyya', Oxford Bibliographies, 24. Juli 2018; <https://www.oxfordbibliographies.com/view/document/obo-9780195390155/obo-9780195390155-0112.xml?rskey=3taibq&result=1&q=ibadism#firstMatch>.

128 Marcia Hermansen, 'Sufism', Oxford Bibliographies, 19. Mai 2017; <https://www.oxfordbibliographies.com/view/document/obo-9780195390155/obo-9780195390155-0081.xml?rskey=4tPZYn&result=1&q=sufism-firstMatch>.

129 <https://www.oic-oci.org/home/?lan=en>; 'Organization of the Islamic Cooperation Islamic organization', Britannica; <https://www.britannica.com/topic/Organization-of-the-Islamic-Cooperation>.

130 <https://www.oic-oci.org/states/?lan=en>.

131 <https://www.icesco.org/en/>; 'ICESCO', Kaiicid Dialogue Centre; <https://www.kaiciid.org/who-we-are/our-partners/icesco>.

132 <https://themwl.org/en>.

133 'The Arab League', Council on Foreign Relations; <https://www.cfr.org/background/arab-league>.

134 'Arab people', Britannica; <https://www.britannica.com/topic/Arab>.

135 Siehe KIRCHE-IN-NOT-Berichte zu Ägypten, Libanon, Syrien und Irak.

136 John Pontifex, 'Pakistan Christian woman murdered for refusing to convert and marry', ACN News 4. Dezember 2020, (Aid to the Church in Need | PAKISTAN: Christian woman murdered for refusing to convert and marry (acnuk.org)).

137 Nasir Sayeed, 'Muslim man shoots Christian woman dead for refusing to marry him', CLAAS, 7. Dezember 2020, (Muslim man shoots Christian woman dead for refusing to marry him - Supporting Persecuted Christians in Pakistan | Blasphemy Law (claas.org.uk)).

138 'Christian aid group applauds investigation into forced conversions, marriages in Pakistan', Catholic News Agency, 3. Dezember 2020 Christian aid group applauds investigation into forced conversions, marriages in Pakistan (catholicnewsagency.com).

139 'Forced Marriages & Forced Conversions In the Christian Community of Pakistan', Movement for Solidarity and Peace, April 2014; https://d3n8a8pro7vhmx.cloudfront.net/msp/pages/162/attachments/original/1396724215/MSP_Report_-_Forced_Marriages_and_Conversions_of_Christian_Women_in_Pakistan.pdf?1396724215.

140 "U.S. Justice Alito says pandemic has led to 'unimaginable' curbs on liberty," Reuters, 13. November 2020; <https://www.reuters.com/article/us-health-coronavirus-usa-supremecourt-idUSKBN27TOLD>.

141 "Nevada to Loosen Cap on Conventions, Concerts and Churches", Associated Press, 29. September 2020; <https://www.usnews.com/news/best-states/nevada/articles/2020-09-29/nevada-to-loosen-cap-on-conventions-concerts-and-churches>.

142 Niels Lesniewski, "McConnell blasts Bowser for restricting church services but allowing protests," Roll Call, 9. Juni 2020; <https://www.rollcall.com/2020/06/09/mcconnell-blasts-bowser-for-restricting-church-services-while-allowing-protests-during-covid-19-pandemic/>.

143 "Covid-19 and Religious Liberty," Becket Law; <https://www.becketlaw.org/covid-19-religious-worship/>.

144 "Spain: Authorities ease COVID-19 restrictions in Madrid and Barcelona from June 8 /update 29," GardaWorld, 6. Juni 2020; <https://www.garda.com/crisis24/news-alerts/348531/spain-authorities-ease-covid-19-restrictions-in-madrid-and-barcelona-from-june-8-update-29>; Pablo Linde, "Coronavirus deescalation plan: Everything you need to know about the changes in Spain on Monday," El Pais, 17. Mai 2020; https://english.elpais.com/spanish_news/2020-05-17/coronavirus-deescalation-plan-everything-you-need-to-know-about-the-changes-in-spain-on-monday.html.

145 Faith Communities Letter to Prime Minister, 3. November 2020; <https://www.churchofengland.org/news-and-media/news-and-statements/archbishops-join-interfaith-call-pm-allow-public-worship>.

146 "Catholic bishops fight for public Masses as England prepares for second lockdown", Catholic News Agency, 2. November 2020; <https://www.catholicnewsagency.com/news/bishops-fight-for-public-masses-as-england-prepares-for-second-lockdown-28946>.

147 "Catholic church leader criticises Covid worship restrictions in England", The Guardian, 1. November 2020; <https://www.theguardian.com/world/2020/nov/01/catholic-church-leader-criticises-covid-worship-restrictions-england>.

148 Ibid.

149 Jesse O'Neill, "Greek Orthodox Church Tells Priests to Defy Lockdown Measures," New York Post, 4. Januar 2021; <https://nypost.com/2021/01/04/greek-orthodox-church-tells-priests-to-defy-lockdown-measures/>.

150 "Uzbekistan", 2020 Annual Report, United States Commission for International Religious Freedom (USCIRF); <https://www.uscifr.gov/sites/default/files/Uzbekistan.pdf>.

151 "Which nation improved the most in 2019?" The Economist, 21. Dezember 2019; <https://www.economist.com/leaders/2019/12/21/which-nation-improved-the-most-in-2019>.

152 "Turkey to send soldiers to Azerbaijan", Atalayar, 17. November 2020; <https://atalayar.com/en/content/turkey-send-soldiers-azerbaijan>.

153 "After Hagia Sophia, Turkey converts historic Chora church into mosque", The Jerusalem Post, 24. August 2020; <https://www.jpost.com/middle-east/after-hagia-sophia-turkey-converts-historic-chora-church-in-to-mosque-639703>.

154 "The influence of external actors in the Western Balkans", Konrad-Adenauer-Stiftung, 2018; https://www.kas.de/c/document_library/get_file?uuid=194afc48-b3be-e3bc-d1da-02771a223f73&groupId=252038.

155 Statement of the Holy See at the 27th Ministerial Council of the Organization for Security and Cooperation in Europe, Archbishop Paul Richard Gallagher, 3. Dezember 2020; https://drive.google.com/file/d/1hWGNg5Y_SxxSn92Qo9KL_zopB4jVxo-/view.

156 Ibid.

157 Pope Francis, "Two kinds of persecution," Morning Meditation in the Chapel of the Domus Sanctae Marthae, 12. April 2016; http://www.vatican.va/content/francesco/en/cotidie/2016/documents/papa-francesco-cotidie_20160412_two-kinds-of-persecution.html (abgerufen am 25. Januar 2021).

158 Archbishop Paul Gallagher, "Celebrating the Universal Declaration of Human Rights," Intervention of the Secretary for Relations with States at the Council of Europe for the celebration of the 70th anniversary of the Universal Declaration of the Rights of Man, 10. September 2018; <https://press.vatican.va/content/salastampa/en/bollettino/pubblico/2018/09/11/180911d.html> (abgerufen am 1. März 2021).

159 Carol Glatz, "Joint declaration against assisted suicide presented to Pope Francis," The Catholic Register, 3. November 2019; <https://www.catholicregister.org/item/30612-joint-declaration-against-assisted-suicide-presented-to-pope-francis> (abgerufen am 1. März 2021).

160 "President Biden Has Promised to Pass the Equality Act—Here's How That Threatens Your Freedoms", Alliance Defending Freedom, 18. Februar 2021; <https://www.adflegal.org/blog/president-biden-has-promised-pass-equality-act-heres-how-threatens-your-freedoms> (abgerufen am 1. März 2021).

161 "Trinity Western University Community Covenant Agreement", Trinity Western University; https://www.twu.ca/sites/default/files/community_covenant_june_25_2019.pdf, (abgerufen am 21. April 2020).

162 "Ontario Teachers' Perceptions of the Controversial Update to Sexual Health and Human Development", Canadian Journal of Education, Canadian Society for the Study of Education, 2019; <file:///C:/Users/kink560/AppData/Local/Temp/3527-Article%20Text-14239-1-10-20190324.pdf>.

163 "Scotland: Church leaders urge withdrawal of controversial section of Hate Crime Bill to allow 'adequate consideration'", Independent Catholic News, 12. Februar 2021; <https://www.indcatholicnews.com/news/41533> (abgerufen am 1. März 2021).

164 Archbishop Paul Gallagher, Intervention of the Secretary for Relations with States at the 25th Ministerial Council of the OSCE in Milan, 7. Dezember 2018; <https://press.vatican.va/content/salastampa/en/bollettino/pubblico/2018/12/07/181207d.html> (abgerufen am 1. März 2021).

165 "Latin America and the Caribbean Population", Worldometer; <https://www.worldometers.info/world-population/latin-america-and-the-caribbean-population>.

166 "Religion affiliation in Latin America as of 2018, by type", Statista, November 2018; <https://www.statista.com/statistics/996386/latin-america-religion-affiliation-share-type/>.

167 "Christians in Latin America are numerous, but still vulnerable", CRUX, 31. Dezember 2015; <https://cruxnow.com/faith/2015/12/christians-in-latin-america-are-numerous-but-still-vulnerable/>.

168 In diesem Zusammenhang: überwiegend (jedoch nicht ausschließlich) die Katholische Kirche.

169 "Iglesia católica denuncia amenazas del CJNG contra sacerdotes", televisa.news, 24. April 2020; <https://noticieros.televisa.com/ultimas-noticias/amenazas-cjng-sacerdotes-iglesia-catolica-chiapas/>.

170 "Feministas pintan y atacan iglesia en Colombia durante marcha del 8M", ACI Prensa, 9. März 2020; <https://www.aciprensa.com/noticias/feministas-pintan-y-atacan-iglesia-en-colombia-durante-marcha-del-8m-54264> (abgerufen am 7. März 2021).

171 "Marcha de mujeres termina con daños a la catedral de Hermosillo", Proyecto Puente, 9. März 2020; <https://proyectopuente.com.mx/2020/03/09/marcha-de-mujeres-termina-con-danos-a-catedral-de-hermosillo-y-palacios-de-gobierno-municipal-y-del-estado/> (abgerufen am 7. März 2021).

172 Luis Triveno and Olivia Nielsen, "It's time to start solving Latin America's migration crisis with creative housing solutions", World Bank Blogs, 4. Februar 2020; <https://blogs.worldbank.org/sustainablecities/its-time-start-solving-latin-americas-migration-crisis-creative-housing-solutions>.

173 Pamela Gutiérrez, "Comunidades haitianas forman sus propias iglesias y los pastores podrían crear una nueva asociación". El Mercurio, 7. Januar 2019; <http://www.economiaynegocios.cl/noticias/noticias.asp?id=536167> (abgerufen am 28. Oktober 2020).

174 "Seminario 2020: Los desafíos de la libertad religiosa en el sistema interamericano de Derechos Humanos", Libertad religiosa en el Sistema Interamericano: Uruguay, Dra. Carmen Asiain, 24. September 2020; <https://www.facebook.com/JuanPabloIFamilia/videos/384698952560490> (abgerufen am 10. Oktober 2020).

175 "Two churches set on fire in Chile" UCANEWS, 19. Oktober 2020; <https://www.ucanews.com/news/two-churches-set-on-fire-in-chile/89936#>.

176 "Amid tumult over constitution, Chile watches two churches burn", CRUX, 19. Oktober 2020; <https://cruxnow.com/church-in-the-americas/2020/10/amid-tumult-over-constitution-chile-watches-two-churches-burn/>.

177 "Al menos un millón de personas protestan en Santiago contra Piñera y la desigualdad social", El País, 25. Oktober 2019; <https://www.elpais.com.uy/mundo/personas-protestan-santiago-chile-medio-estallido-social.html>.

178 "Chile President Pinera declares emergency as capital rocked by riots", Reuters, 19. Oktober 2019; <https://www.reuters.com/article/uk-chile-protests-metro/chile-president-pinera-declares-emergency-as-capital-rocked-by-riots-idUKKBN1WY03I?edition=redirect>.

179 "CIDH culmina visita in loco a Chile y presenta sus observaciones y recomendaciones preliminares", Organización de los Estados Americanos, 31. Januar 2020; <https://www.oas.org/es/cidh/prensa/comunicados/2020/018.asp> (abgerufen am 28. Oktober 2020).

180 "Valiosos vitrales, pinturas y una torre destruida: Los graves daños a las iglesias incendiadas ayer", Tercera PM, 19. Oktober 2020; <https://www.latercera.com/la-tercera-pm/noticia/valiosos-vitrales-pinturas-y-una-torre-destruida-los-graves-danos-a-las-iglesias-incendiadas-ayer/NRQNVSLWNFB4RFKSNZZ6V544YU/> (abgerufen am 3. März 2021).

181 "Uno de los detenidos por incendio a iglesia en Chile es un funcionario de la Armada, reconoce la institución", El Comercio/Agencia EFE, 19. Oktober 2020; <https://www.elcomercio.com/actualidad/iglesias-incendio-chile-protestas-armada.html> (abgerufen am 3. März 2021).

182 "La policía se ve sobrepasada en Chile", Deutsche Welle, 19. Oktober 2020; <https://www.dw.com/es/la-polic%C3%ADa-se-ve-sobrepasada-en-chile/a-55352719> (abgerufen am 3. März 2021).

183 Address of His Holiness Pope Francis to the Members of the Diplomatic Corps Accredited to the Holy See, 8. Februar 2021; http://www.vatican.va/content/francesco/en/speeches/2021/february/documents/papa-francesco_20210208_corpo-diplomatico.html.

184 "Extremist Groups Stepping up Operations during the Covid-19 Outbreak in Sub-Saharan Africa", Center for Strategic and International Studies, 1. Mai 2020; <https://www.csis.org/analysis/extremist-groups-stepping-operations-during-covid-19-outbreak-sub-saharan-africa>.

185 Ibid.

186 Audu Bulama Bukarti, "How Is Boko Haram Responding to Covid-19?", Tony Blair Institute for Global Change, 20. Mai 2020; <https://institute.global/policy/how-boko-haram-responding-covid-19> (abgerufen am 30. Januar 2021).

187 Johannes Dieterich, "Corona als 'Strafe Gottes für dekadenten Westen'", Der Standard, 16. April 2020; <https://www.derstandard.de/story/2000116913040/corona-als-strafe-gottes-fuer-dekadenten-westen> (abgerufen am 30. Januar 2021); Alice Cachia, "ISIS tells its followers to show no mercy and launch attacks during coronavirus crisis amid fears counter-terror efforts will be weakened by the outbreak", Daily Mail, 2. April 2020; https://www.dailymail.co.uk/news/article-8180683/ISIS-tells-followers-no-mercy-launch-attacks-coronavirus-crisis.html?ito=social-twitter_mailonline (abgerufen am 30. Januar 2021).

188 Wolf Kinzel, "Mali, der Terror im Sahel und Covid-19. Das neue Bundeswehr-Mandat für die Beteiligung an MINUSMA", Stiftung Wissenschaft und Politik, 27. April 2020; <https://www.swp-berlin.org/10.18449/2020A27/> (abgerufen am 30. Januar 2021).

189 "Burkina Faso: Entire towns and villages emptied or cut off – not because of COVID-19, but because of terrorism", ACN International, 8. Mai 2020; <https://acninternational.org/burkina-faso-entire-towns-and-villages-emptied-or-cut-off-not-because-of-covid-19-but-because-of-terrorism/> (abgerufen am 30. Januar 2021).

190 Heather Zeiger, "How China's Technocracy Uses the Pandemic to Suppress Religion", Mind Matters News, 18. Oktober 2020; <https://mindmatters.ai/2020/10/how-chinas-technocracy-uses-the-pandemic-to-suppress-religion/> (abgerufen am 30. Januar 2021).

191 "Israel predicts rise in anti-Semitism, as virus-related hate is spread online", The Times of Israel, 24. Januar 2021; <https://www.timesofisrael.com/israel-predicts-rise-in-anti-semitism-as-virus-related-hate-is-spread-online/> (abgerufen am 30. Januar 2021).

192 Sriram Lakshman, "U.S. envoy calls out COVID-19 related harassment of minorities in India", The Hindu, 15. Mai 2020; <https://www.thehindu.com/news/international/us-envoy-calls-out-harassment-of-minorities-in-india-over-covid-19/article31591566.ece> (abgerufen am 30. Januar 2021).

193 Shan Ren Shen Fu, "Hebei, Christians labelled 'spreaders'. The return of Nero", AsiaNews, 8. Januar 2021; <http://www.asianews.it/news-en/Hebei,-Christians-labelled-%E2%80%9898spreaders%E2%80%999.-The-return-of-Nero-52016.html> (abgerufen am 30. Januar 2021).

194 "Niger: Coronavirus pandemic – Is there a danger of renewed anti-Christian riots, as happened after the 'Charlie-Hebdo' incident?", ACN International, 5. Mai 2020; <https://acninternational.org/niger-coronavirus-pandemic-is-there-a-danger-of-renewed-anti-christian-riots-as-happened-after-the-charlie-hebdo-incident/> (abgerufen am 30. Januar 2021).

195 "Attacks on Turkish Churches as Some Blame Christians for COVID-19", Missions Box, 26. Juni 2020; <https://missionsbox.org/press-releases/turkish-churches-attacked-as-christians-are-blamed-for-covid-19/> (abgerufen am 30. Januar 2021).

196 Kevin Zeller, "Oppression of Egyptian Christians worsens during COVID-19 pandemic", Mission Network News, 29. September 2020; <https://www.mnnonline.org/news/oppression-of-egyptian-christians-worsens-during-covid-19/> (abgerufen am 30. Januar 2021).

197 Robin Gomes, "ACN reaches out to Pakistan's Christians hit by Covid-19 crisis", Vatican News, 17. Mai 2020; <https://www.vaticannews.va/en/church/news/2020-05/pakistan-covid-19-lockdown-christians-discrimination-aid-acn.html> (abgerufen am 30. Januar 2021).

198 Moki Edwin Kindzeka, "Cameroon Muslims Join Christians in Christmas Prayer for Peace", VOA News, 25. Dezember 2020; <https://www.voanews.com/africa/cameroon-muslims-join-christians-christmas-prayer-peace> (abgerufen am 30. Januar 2021).

199 Stephan Uttom/Rock Rozario, "Humanity and harmony in the time of Covid-19", UCA News, 17. Juli 2020; <https://www.ucanews.com/news/humanity-and-harmony-in-the-time-of-covid-19/88809> (abgerufen am 30. Januar 2021).

200 Office of the Religious Track of the Cyprus Peace Process, Monthly Archives June 2020, 11. Juni 2020; <http://www.religiustrack.com/2020/06/> (abgerufen am 30. Januar 2021).

201 Alina Tufani, "Cuba #Coronavirus: Gobierno concede espacio radial y televisivo a la Iglesia", Vatican News, 1. April 2020; <https://www.vaticannews.va/es/iglesia/news/2020-04/cuba-coronavirus-gobierno-concede-espacio-radial-tele-e-iglesia.html> (abgerufen am 30. Januar 2021).

202 Richard Wolf, "Supreme Court says Nevada can impose tighter virus limits on churches than casinos", USA Today, 24. Juli 2020; <https://eu.usatoday.com/story/news/politics/2020/07/24/supreme-court-nevada-covid-rules-can-favor-casinos-over-churches/5454128002/> (abgerufen am 30. Januar 2021).

203 José Beltrán, "El arzobispado de Barcelona denunciara a la Generalitat por limitar a 10 personas el funeral por las víctimas del coronavirus", Vida Nueva, 26. Juli 2020; <https://www.vidanuevadigital.com/2020/07/26/el-arzobispado-de-barcelona-denunciara-a-la-generalitat-por-limitar-a-diez-personas-el-funeral-por-las-victimas-del-coronavirus/> (abgerufen am 30. Januar 2021).

Steh auf für Religionsfreiheit!



Lesen Sie mehr unter:

www.religionsfreiheit-weltweit.de





KIRCHE IN NOT

ACN DEUTSCHLAND

PÄPSTLICHE
STIFTUNG



KIRCHE IN NOT

Das weltweite katholische Hilfswerk wurde 1947 gegründet, um Heimatvertriebenen zu helfen. Seit 2011 ist es als päpstliche Stiftung anerkannt und fördert jedes Jahr mehr als 5000 pastorale Projekte in über 140 Ländern. Durch Information, Gebet und tatkräftige Hilfe unterstützt KIRCHE IN NOT Christen überall dort, wo sie in Not sind, verfolgt oder unterdrückt werden. Die Stiftung erhält keine öffentlichen Gelder oder Kirchensteuermittel, sondern finanziert ihre Hilfen ausschließlich durch private Spenden.

KIRCHE IN NOT (ACN) Deutschland

Lorenzonstraße 62
81545 München

Tel.: 089 6424 888-0
Fax: 089 6424 888-50
E-Mail: info@kirche-in-not.de

www.kirche-in-not.de
www.religionsfreiheit-weltweit.de

ACN International

Bischof-Kindermann Str. 23
61462 Königstein
DEUTSCHLAND

Tel. +49 6174 291-0
press@acn-intl.org

www.acninternational.org

BÜROS VON KIRCHE IN NOT WELTWEIT

Australien

info@aidtochurch.org
www.acn-australia.org

Belgien

info@kerkinood.be
www.acn-belgie.org

Brasilien

atendimento@acn.org.br
www.acn-brasil.org

Chile

acn@acn-chile.org
www.acn-chile.org

Deutschland

info@kirche-in-not.de
www.kirche-in-not.de

Frankreich

aed@aed-france.org
www.aed-france.org

Irland

info@acnireland.org
www.acn-ireland.org

Italien

acs@acs-italia.org
www.acn-italia.org

Kanada

info@acn-canada.org
www.acn-canada.org

Kolumbien

info@acn-colombia.org
www.acn-colombia.org

Malta

info@acnmalta.org
www.acn-malta.org

Mexiko

info@acn-mexico.org
www.acn-mexico.org

Niederlande

info@kerkinood.nl
www.acn-nederlands.org

Österreich

kin@kircheinnot.at
www.acn-oesterreich.org

Philippinen

info@acn-philippines.org
www.acn-philippines.org

Polen

info@pkwp.org
www.acn-polska.org

Portugal

apoio@fundacao-ais.pt
www.acn-portugal.org

Schweiz

mail@kirche-in-not.ch
www.acn-schweiz.org

Slowakei

info@acn-slovensko.org
www.acn-slovensko.org

Südkorea

info@churchinneed.or.kr
www.acn-korea.org

Spanien

info@ayudaaliglesianecesitada.org
www.acn-espana.org

Vereinigtes Königreich

acn@acnuk.org
www.acn-uk.org

Vereinigte Staaten

info@churchinneed.org
www.churchinneed.org